



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

■ **Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann**

Bound to leave? Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen In-/Out-Referendum

■ **Philipp Grunewald / Louise Cooke**

Discursive structures in knowledge co-creation: Analysing interactions with SKAD and Social Network Analysis

■ **Oke Bahnsen / Eric Linhart**

Politische Diskurse in Print- und Online-Medien: Eine empirische Analyse am Beispiel der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014

■ **Lukas Bäuerle**

Warum VWL studieren? Sinnangebote ökonomischer Lehrbuchliteratur



Hermann Astleitner

Spezielle Verfahren sozialwissenschaftlicher Theorieentwicklung

2018, 188 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-3848)

Auch als **E-Book** erhältlich

In diesem Buch werden spezielle und anhand von vielen Beispielen illustrierte Verfahren und Kriterien einer empirisch-quantitativ-sozialwissenschaftlichen Theorieentwicklung behandelt.



Matthias Grundmann (Hrsg.)

Gesellschaft von unten!?

Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen

2018, 232 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-3904)

Auch als **E-Book** erhältlich

Wie können aus Graswurzelprozessen gesellschaftliche Erfahrungs- und politische und soziokulturelle Gestaltungsräume entstehen? Der Band gibt Antworten.



Nicole Hoffmann

Dokumentenanalyse in der Bildungs- und Sozialforschung

Überblick und Einführung

Grundlagentexte Methoden

2018, 224 Seiten, broschiert, € 16,95 (44-3800)

Auch als **E-Book** erhältlich

Aufgrund der wachsenden Aufmerksamkeit, welche die Analyse von vorfindlichen Dokumenten auch in der Bildungs- und Sozialforschung erfährt, wird hiermit eine Bestandsaufnahme in einführender Absicht vorgelegt.

Inhaltsverzeichnis

Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider

Editorial 220

Themenbeiträge

Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann

Bound to leave? Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen
In-/Out-Referendum 223

Philipp Grunewald / Louise Cooke

Discursive structures in knowledge co-creation:
Analysing interactions with SKAD and Social Network Analysis 247

Oke Bahnsen / Eric Linhart

Politische Diskurse in Print- und Online-Medien:
Eine empirische Analyse am Beispiel der Novelle des
Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014 277

Lukas Bäuerle

Warum VWL studieren?
Sinnangebote ökonomischer Lehrbuchliteratur 306

Reviews

Max Makovec

Schellhö, J./Reichert, J./Heins, V./Flender, A. (Hrsg.) (2018):
Großerzählungen des Extremen.
Neue Rechte, Populismus, Islamismus, ›War on Terror‹ 333

Dennis Lichtenstein

Lönnendonker, J. (2018): Konstruktionen europäischer Identität.
Eine Analyse der Berichterstattung über die Beitrittsverhandlungen
mit der Türkei 1959 bis 2004. 338

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir freuen uns Ihnen die vorliegende Ausgabe der Zeitschrift für Diskursforschung vorstellen zu dürfen; sie bildet das dritte und letzte Heft des Jahres 2018 und sie vereint Beiträge sowohl mit stärker konzeptionell und methodologisch ausgerichteten Anliegen wie auch solche mit einem wesentlich empirischen Fokus. So werden einerseits Versuche unternommen, Netzwerkanalysen und Diskursforschung mit Blick auf Wissens-/Machtverhältnisse innovativ zu verbinden oder andererseits auch Diskursanalysen mit politikwissenschaftlichen Problemstellungen der Mehrebenenanalyse fruchtbar in Beziehung zu setzen. Weiterhin werden, angesichts der neuen Kommunikationsmedien und Plattformen und diesbezüglichen Nutzungspraktiken implizit wie explizit Fragen nach einem Strukturwandel öffentlicher Kommunikation aufgeworfen. Thematisch nehmen die AutorInnen unter anderem Wissens-/Machtverhältnisse in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die Novelle des Erneuerbare-Energie-Gesetzes, den Brexit sowie die Sinnangebote der volkswirtschaftlichen Lehrbuchliteratur diskursanalytisch in den Blick. Begrüßenswert sind auch die Bemühungen die neuen Online-Daten und Kommunikationsplattformen explizit zum Gegenstand von Diskursforschung zu machen und deren Strukturen und Inhalte mit denen von Printmedien zu konfrontieren. Wir kommen damit zu den einzelnen Beiträgen des Heftes.

Der Beitrag von *Marlon Barbehön* (Heidelberg) und *Wolf J. Schünemann* (Hildesheim) »Bound to leave? Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen In/Out-Referendum« widmet sich dem Brexit-Diskurs im Vorfeld des Referendums vom 23.06.2016. Der Prozess des britischen Exits aus der Europäischen Union ist zwar inzwischen weiter vorangeschritten, der Beitrag ist gleichwohl aus diskurs- und identitätstheoretischer wie aus methodologischer Sicht höchst interessant, weil er den kontroversen Diskurs um den Ausstieg Großbritanniens als eine komplexe Mehrebenen-Kontroverse rekonstruiert, in der die Schottland-Frage als eine diskursive Kategorie verstanden wird, die für die unterschiedlichen beteiligten Akteure zu einer strategisch verwendeten argumentativen Ressource wird. Aus der Sicht der Autoren steht damit nicht nur das Verhältnis Großbritanniens zur EU im Zentrum der diskursiven Auseinandersetzungen, sondern zugleich auch die innerstaatliche Frage der Einheit Großbritanniens in Relation zu den schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Der empirische Fokus liegt dabei auf der Online-Kommunikation (Twitter), mit dem Ziel, die entsprechenden Argumentationsmuster der Online-Kontroverse herauszuarbeiten. In dieser Hinsicht will der Artikel, neben der Bewäl-

tigung der methodologischen Herausforderungen, die mit der Analyse von Online-Kommunikation verbunden sind, einen Beitrag zur Debatte über die europäische Identität leisten, die sich nach Meinung der Autoren bislang lediglich auf das Verhältnis nationaler Identitäten zur Frage der (Krise der) europäischen Identität konzentriert. Dabei würde, wie sich am Beispiel des britischen Referendums zeigen ließe, übersehen, dass der Identitätsdiskurs auch auf der innerstaatlichen Ebene kontrovers geführt wird. Darüber hinaus wird die Schottlandfrage im Referendumsdiskurs von den beteiligten Akteuren auf unterschiedliche Weise in die strategischen Argumentationen für oder gegen den Brexit in Stellung gebracht.

Philipp Grunewald (London) und *Louise Cooke* (Loughborough) untersuchen in ihrem Beitrag »Discursive structures in knowledge co-creation: analysing interactions with SKAD and Social Network Analysis« auf der Basis zweier Fallstudien zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit Wissens- und Machtverhältnisse. Anhand der Fallstudien zeigen die AutorInnen auf, dass ein netzwerkanalytisches Vorgehen zu einem angemessenen Verständnis der Wissens-/Machtverhältnisse notwendigerweise der Einbeziehung qualitativer Daten bedarf. Das Anliegen des Beitrages ist somit die Entwicklung einer innovativen mixed methods Methodologie, wobei die Wissenssoziologische Diskursanalyse mit der Sozialen Netzwerkanalyse verknüpft wird. Der Schwerpunkt der Studie liegt entsprechend auf der Methodologie, wobei die Wissenssoziologische Diskursanalyse mit der Analyse der reziproken Beziehungen formeller und informeller Netzwerke verknüpft wird. Zugleich erhoffen sich die AutorInnen von ihrem Beitrag mögliche positive Effekte für die Praxis der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf die kritische Begleitung von Projekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Oke Bahnsen (Mannheim) und *Eric Linhart* (Chemnitz) gehen in ihrem Beitrag »Politische Diskurse in Print- und Online-Medien – eine empirische Analyse am Beispiel der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014« der Frage nach, inwiefern durch neue digitale Distributionskanäle und Plattformen auch die Struktur und der Modus der Kommunikation verändert wird. Ihre aufschlussreiche Analyse vergleicht Online- und Printdiskurse um die EEG-Novelle 2014, wobei gezeigt werden kann, dass sich die Print- und Online-Diskurse signifikant im Hinblick auf das Standing der Akteure als auch mit Blick auf die Argumente unterscheiden. Die Autoren führen die argumentationsbezogenen Differenzen auf die medialen Plattformen (Distributionswege) zurück. Überdies werden, so die Autoren, Unterschiede auch mit Blick auf die Qualität der Beiträge sichtbar. So wird beispielweise aufgezeigt, dass Online-Beiträge geringere inhaltliche Facetten im Vergleich zu den Printmedien aufweisen sowie auch eine mindere Vielfalt an Begründungen. Insgesamt scheinen die Online Beiträge homogener als ihren Pendants im Printmediendiskurs. Damit ließe sich der Artikel auch als aufschlussreicher Beitrag zur Analyse eines laufenden Strukturwandels der Öffentlichkeit lesen.

In seinem Beitrag »Warum VWL studieren? – Sinnangebote ökonomischer Lehrbuchliteratur« fragt *Lukas Bäuerle* (Bernkastel-Kues) mittels einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse nach den Sinnangeboten grundlegender ökonomischer Lehrbücher. Hintergrund des in kritischer Absicht geschriebenen Artikels bildet dabei Foucaults

Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie. Ausgangspunkt des Autors ist dabei die Frage, weshalb aus der ökonomischen Lehrbuchliteratur zwar die Fragen des was, wie für wen produziert stets gestellt werden, die Frage des *Warums* jedoch systematisch ausgeklammert würde. Gleichwohl so die These des Autors ließen sich in der Fachlehrbuchliteratur durchaus latente Sinnangebote finden, die auf die Frage des *Warums* des Produzierens Antworten böten. In dieser Hinsicht stellt der Autor die Frage nach entsprechenden Deutungsmustern im Rekurs auf die Methodologie der WDA. Bäuerles rekonstruktiv angelegter Beitrag mündet in eine Typologie dreier Deutungsmuster, die entsprechende Sinnangebote konfigurieren. Der Autor kommt diesbezüglich zu dem Schluss, dass entgegen der Erwartungen keine der drei für den Lehrbuchdiskurs typischen Sinn- und Deutungsangebote zur Schulung kritischer Urteilkraft anleiten. Dies muss aus Sicht des Autors als ein überraschendes Ergebnis gelesen und kritisch hinterfragt werden.

Den Abschluss des Themenheftes bilden zwei Rezensionen. *Max Makovec* rezensiert den bei transcript erschienenen und von Jennifer Schellhöh, Jo Reichertz, Volker M. Heins und Arnim Flender herausgegebenen Band »Großerzählungen des Extremen. Neue rechte, Populismus, Islamismus, war on Terror«. *Dennis Lichtenstein* widmet sich Julia Lönnendonkers umfassender Studie »Konstruktionen europäischer Identität. Eine Analyse der Berichterstattung über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 1959 bis 2004«.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme und inspirierende Lektüre.

Willy Viehöver, Reiner Keller und Werner Schneider

Anschriften:

Dr. Willy Viehöver
RWTH Aachen
Theaterplatz 14
52062 Aachen
wilhelm.viehoever@humtec.rwth-aachen.de

Prof. Dr. Reiner Keller
Lehrstuhl für Soziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Werner Schneider
Lehrstuhl für Soziologie/Sozialkunde
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
werner.schneider@phil.uni-augsburg.de

Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann

Bound to leave?

Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen In-/Out-Referendum

Zusammenfassung: Das britische Votum für einen Austritt aus der EU hat innerhalb des Königreichs die Frage nach der Unabhängigkeit Schottlands reaktiviert. Stimmt Mehrheiten in England und Wales für einen Austritt, wurde in Schottland (sowie Nordirland) der Verbleib mehrheitlich unterstützt. Zudem war die Schottland-Frage ein wesentlicher Bestandteil der Referendumsdebatte. In diesem Beitrag untersuchen wir die Interferenzen der beiden identitären Mehrebenenkonflikte aus diskursanalytischer Perspektive. Dabei gehen wir von komplexen Identitätsverhältnissen aus, die es beiden Wahlkampfslagern ermöglichten, »Schottland« für unterschiedliche Argumente einzusetzen. Für die Datenerhebung haben wir ein innovatives Verfahren der Sammlung von Online-Kommunikation erprobt. Im Ergebnis ermitteln wir sowohl eine Dichotomisierung als auch eine Überformung der soziohistorisch komplexen Schottland-Frage durch die bipolare Konfliktkonstellation des Referendums.

Schlagwörter: Brexit, EU-Referendum, Schottland, Identität, Argumentationsanalyse

Summary: The British vote to leave the EU has reactivated the question of Scottish independence. Whereas majorities in England and Wales voted to leave, EU membership was supported in Scotland (and Northern Ireland) by a majority. Moreover, the Scottish question had been an essential element of the referendum debate. In this article, we examine the interferences of both conflicts from a discourse-analytical perspective. We presume the existence of complex identity relations which allowed both sides of the election campaign to use »Scotland« for different argumentative purposes. To collect our data, we tested an innovative method for capturing online communication. As a result, we find that the socio-historically complex Scotland question is both dichotomised and superposed by the bipolar referendum situation.

Keywords: Brexit, EU-Referendum, Scotland, Identity, argumentation analysis

1 Einleitung

Die am 23. Juni 2016 in einem Referendum getroffene Entscheidung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die Europäische Union (EU) verlassen zu wollen, gehört ohne Zweifel zu den am meisten beachteten politischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit. Nachdem das europäische Projekt über Jahrzehnte hinweg nur die Richtung einer »immer engeren Union der Völker Europas« (Präambel des Vertrags über die Europäische Union) kannte, markiert die britische Entscheidung für einen EU-Austritt einen neuen Höhepunkt der zuletzt zunehmend sichtbaren Desintegrations-tendenzen innerhalb Europas. Entsprechend zahlreich sind die politikwissenschaftlichen Versuche, diese neue Eskalationsstufe des traditionell *konfliktbeladenen Verhältnisses*

zwischen Großbritannien und der EU zu deuten und zu erklären (Oppermann 2016; Sturm 2016a; Applebaum 2017; Clarke/Newman 2017; Schmidt 2017). Zugleich lässt sich anhand der Referendumsdebatte und des Abstimmungsergebnisses erkennen, dass der Brexit auch ein vielschichtiges *innerstaatliches Konfliktpotenzial* birgt (Hobolt 2016; McEwen 2016; Sturm 2016b; Ford/Goodwin 2017; Gallagher 2017; Guelke 2017), nicht zuletzt angesichts des territorial differierenden Wahlverhaltens der Bevölkerung. Während sich England und Wales mit 53,4 % und 52,2 % mehrheitlich für den Austritt aussprachen, errangen in Nordirland und insbesondere in Schottland die Anhänger eines Verbleibs in der Gemeinschaft mit 55,8 % und 62,0 % klare Mehrheiten (Lord Ashcroft Polls 2016). Ein ähnliches Bild liefern die Ergebnisse von Nachwahlbefragungen: Demnach haben diejenigen Befragten, die sich eher als britisch denn als englisch bezeichnen, zu 63 % für einen Verbleib in der EU gestimmt, wohingegen 79 % derjenigen Befragten, die sich als ausschließlich englisch verstehen, für einen Austritt votierten (ebd.).

Diese Beobachtungen machen deutlich, dass es beim Brexit nicht allein um die Beziehung zwischen Großbritannien und der EU ging. Vielmehr kam (mindestens) ein zweiter Konflikt mit ins Spiel, nämlich die Frage nach dem Status der unterschiedlichen Nationen innerhalb des Vereinigten Königreichs und deren (je spezifischem) Verhältnis zum europäischen Einigungsprozess. In diesem Zusammenhang spielt Schottland eine besondere Rolle. Einerseits haben die Autonomiebestrebungen des Nordens der Insel eine lange Vergangenheit, andererseits ist das schottische Verhältnis zur EU gerade im Vergleich zum übrigen Vereinigten Königreich von spezifischer Natur (detailliert hierzu Abschnitt 2). In der Brexit-Debatte kam es dementsprechend zu vielfältigen Verschränkungen zwischen EU- und Schottland-Frage, etwa im Hinblick auf die Implikationen eines EU-Austritts für die Sezessionsbemühungen schottischer Nationalisten oder die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für das politische Kräfteverhältnis zwischen Westminster und Holyrood (siehe auch Gallagher 2017).

Im vorliegenden Beitrag gehen wir derartigen Verkopplungen aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive nach. Wir befragen die Debatte rund um das Brexit-Referendum danach, welche Rolle die Schottland-Frage in den beiden Lagern zur britischen EU-Mitgliedschaft gespielt hat. Dabei gehen wir davon aus, dass zum Verständnis des europapolitischen Konflikts in Großbritannien die Bedeutung Schottlands nicht auf das (vor dem Referendum allgemein erwartete) spezifische Wahlverhalten des schottischen Elektorats reduziert werden kann. Im Anschluss an die konstruktivistische Identitätsforschung begreifen wir »Schottland« vielmehr als diskursive Kategorie, deren spezifische Bedeutung und argumentative Funktion in diskursiven Praktiken hergestellt wird. Wir nehmen an, dass in der argumentativen Auseinandersetzung jeweils spezifische Komponenten einer so verstandenen schottischen Identität sowie ihres Verhältnisses gegenüber Großbritannien und der EU¹ mobilisiert wurden. Einerseits erlaubt eine solche

1 »Großbritannien« und »EU« sind selbstredend ebenfalls als diskursiv konstruierte Kollektivitäten zu begreifen, aus Platzgründen können wir diese jedoch nicht systematisch in unsere Analyse integrieren. Für konstruktivistisch ausgerichtete Studien zu deren Verhältnis siehe etwa Jachtenfuchs/Diez/Jung (1998), Teubert (2008), Risse (2010) oder Wodak (2018).

Perspektive ein Verständnis dafür, wie die Schottland-Frage im Zuge der Brexit-Debatte in ihrer Komplexität reduziert wurde, um im Kontext einer bipolaren Entscheidungssituation (für oder wider EU-Mitgliedschaft) sinnhaft artikuliert werden zu können. Andererseits möchten wir die unterschiedlichen argumentativen Figuren ermitteln, mittels derer die beiden Lager im Referendumswahlkampf versuchten, die Schottland-Frage in ihre jeweilige Position zur EU-Mitgliedschaft in plausibler Art und Weise einzubetten.

Mit dieser Analyse der Wahlkampfdebatte, die territorialen Differenzen innerhalb eines EU-Mitgliedstaats Rechnung trägt, verorten wir uns auf einer vermittelnden Position zwischen einer auf die Momentaufnahme der Wahlentscheidung abzielenden Umfrageforschung, die Identität als individuelle Einstellung zu ermitteln sucht (Lord Ashcroft Polls 2016; für die EU-Forschung generell siehe Marks 1999; Citrin/Sides 2004), und einer sozialkonstruktivistischen Identitätsforschung, die in räumlicher Dimension zu einer Makroperspektive tendiert und Identitätsdiskurse in Bezug auf Mitgliedstaaten als (vermeintlich) homogene »Ganzheiten« untersucht (Diez 1999; Parsons 2003; Risse 2010; detailliert hierzu Abschnitt 2). Demgegenüber nehmen wir mit der Referendumsdebatte eine besonders intensive und in ihren Identitätsbezügen markante gesellschaftliche Kommunikationssituation in den Blick, wobei wir uns dafür interessieren, in welcher Weise die Figur »Schottland« genutzt wird, um ein kollektives Wissen über das spezifische Spannungsverhältnis im Dreieck Großbritannien, Schottland und EU zu mobilisieren und damit für diese oder jene Position zum Brexit-Referendum zu werben.

Zur Datenerhebung greifen wir auf neue Wege der digitalen Datenwissenschaften zurück. Damit stellen wir zum einen eine systematische Erhebung eines ausgewogenen Datenkorpus sicher, zum anderen tragen wir den strukturellen Besonderheiten einer Referendumsdebatte sowie den Praktiken moderner Wahlkampfkommunikation Rechnung. Als Materialzugang dient uns die referendumsbezogene Twitter-Kommunikation, die wir automatisiert erfasst, gefiltert und zur Generierung eines Korpus von Online-Dokumenten aus dem Wahlkampf genutzt haben (siehe Abschnitt 3). Die empirische Analyse (siehe Abschnitt 4) orientiert sich am Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse und seinem Zuschnitt auf (europa-)politische Debatten. Wir unternehmen darin den Versuch, die komplexen Verkopplungen zwischen Schottland- und EU-Frage im Vergleich der beiden Wahlkampflager zu systematisieren. Im Ergebnis (zusammengefasst in Abschnitt 5) zeigt unsere Analyse, dass der Konflikt um den politischen und territorialen Status Schottlands nicht nur in die bipolare Referendumslogik überführt, sondern zugleich vom Konflikt über die britische EU-Mitgliedschaft überlagert wird: Die Unabhängigkeit Schottlands tritt (bisweilen auch für deren zentrale Fürsprecher) in den Hintergrund, um sich für den historischen Moment der Brexit-Debatte in den Dienst der europapolitischen Frage zu stellen. Unsere Untersuchung macht somit deutlich, wie die politische und kommunikative Ausnahmesituation eines Referendums gesellschaftliche Konfliktlinien konfiguriert und einen spezifischen Diskursraum hervorbringt, der auch tief verwurzelte Konflikte (wie den um die nationale Integrität Großbritanniens bzw. die Selbstbestimmung Schottlands) auf seine Logik verpflichtet.

2 Schottland in Großbritannien und Europa als Identitätstheoretischer Gegenstand

Angetrieben von der vor über 80 Jahren gegründeten Scottish National Party (SNP) entwickelte sich die Frage nach dem konstitutionellen Status Schottlands (»The Scottish Question«, Mitchell 2014) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Dauergegenstand der politischen Auseinandersetzung im Vereinigten Königreich. Im Zuge der sog. Devolution wurden Schottland sukzessive weitgehende Autonomiebefugnisse übertragen. Als Folge des Devolutionsreferendums 1997 wurde 1999 erstmals ein Schottisches Parlament gewählt. Lange zuvor hatte sich der gemäßigte Ruf nach Selbstregierung seitens der Partei in eine dezidierte Forderung nach nationaler Unabhängigkeit verwandelt (Mitchell/Bennie/Johns 2012), die allerdings den Devolutionspfad nicht ausschloss. Der SNP gelang ein dynamischer Aufstieg von einer Partei am Rande des politischen Wettbewerbs zur schottischen Regierungspartei. 2007 ging sie erstmals als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor und stellt seither die Regierung. Die fortgesetzten Unabhängigkeitsbestrebungen der Partei kulminierten im September 2014 in einem (letztlich gescheiterten) Unabhängigkeitsreferendum.

Die Schottland-Frage ist auf komplexe und ambivalente Weise mit der europäischen Integration verschränkt (Paquin 2002; Dardanelli 2005). Dabei waren der früheren Unabhängigkeitsbewegung, angeführt durch die SNP, die supranationalen Einigungsbemühungen zunächst kaum minder suspekt denn die Herrschaftsansprüche Londons (Keating 2015, S. 201). Im ersten britischen In-/Out-Referendum 1975, als es um den Verbleib des frisch beigetretenen Königreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ging, führte die SNP eine Kampagne für den Austritt und war die Mehrheit für den Verbleib in keinem Landesteil so knapp wie in Schottland (McHarg/Mitchell 2017, S. 513). Im auffälligen Kontrast hierzu hat die Partei im Zuge ihrer ideologischen Redefinitionen 1988 zu einem offiziellen Bekenntnis zur Unabhängigkeit im Rahmen der Europäischen Union (»independence in Europe«) gefunden (McHarg/Mitchell 2017, S. 517; Mitchell/Bennie/Johns 2012, S. 32). Auch dieses Bekenntnis ist indes ambivalent, kommt doch seine taktische Dimension (nicht zuletzt in der zentralen Losung) immer wieder klar zum Vorschein. Denn zum einen ermöglicht es der SNP, die pro-europäische Karte in Abgrenzung insbesondere zur konservativ geführten,² europaskeptischen Zentralregierung (Keating 2015, S. 202; siehe auch Haesly 2001) auszuspielen, zum anderen können die Unabhängigkeitsbefürworter sich mit Verweis auf eine Zukunft innerhalb der EU unangenehmer Fragen, etwa nach Marktzugang, Währung und Grenzregime, besser erwehren. Tatsächlich zeigen auch Umfrageuntersuchungen unter SNP-Mitgliedern, dass eine nennenswerte Gruppe der Unabhängigkeitsbefürworter (22 %, Mitchell/Bennie/Johns 2012, S. 118) sich auch für einen Austritt aus der EU ausspricht. Überhaupt kann mit Keating (2015) für die europapolitische Einstellung der Schotten konstatiert werden, dass

2 Die Abgrenzung zu den Tories ist hierbei ein mindestens ebenso wichtiges Element wie die europapolitische Positionierung selbst: Wie Mitchell (2015, S. 100) festhält, gelten die Konservativen als »the ›other‹« für weite Teile der schottischen Wählerschaft.

der sog. permissive Konsens in Schottland noch zu funktionieren scheint, d.h.: Wir haben es nicht mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur EU zu tun, vielmehr ist die europäische Frage insgesamt von weit geringerer Salienz als insbesondere in England. Zudem ist in klarem Kontrast zu England die Euroskepsis weniger stark verbreitet. Mit anderen Worten kann sich die SNP eine offen pro-europäische Haltung erlauben, ohne dadurch Schaden zu nehmen. Sie wird aber nicht deshalb gewählt.

Der taktische Gebrauch ist auch in den eng aufeinander folgenden Referenden (in Schottland über die Unabhängigkeit 2014, im Vereinigten Königreich über den EU-Austritt 2016) deutlich zum Ausdruck gekommen. Im Referendumswahlkampf 2014 bildete die EU-Mitgliedschaft die wesentliche Hintergrundfolie für zentrale Visionen einer Lösung aus dem Königreich (Keating 2015, S. 201). Umgekehrt dienten die angebliche Unmöglichkeit oder die Unwägbarkeiten einer schottischen Mitgliedschaft nach der Abspaltung als ein zentrales Argument der Unabhängigkeitsgegner. Vor und nach der Brexit-Abstimmung drohte die schottische Regierung mit einem zweiten Unabhängigkeitsreferendum, sollte es durch ein missliebiges Austrittsvotum aus der EU gedrängt werden. Diese Forderung wurde wiederum vonseiten der Brexit-Gegner mobilisiert, um vor einem Auseinanderfallen des Vereinigten Königreichs zu warnen.

Diese knappe Skizze verdeutlicht, dass die Frage nach der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sowohl grundsätzlich und strategisch mit der Schottland-Frage verbunden ist (»independence in Europe«) als auch situativ-taktisch mit ihr verkoppelt wird. Dabei zeigt sich, wie die Beziehungen zwischen nationaler, zentralstaatlicher und supranationaler Ebene unterschiedlich arrangiert werden können. Diese Variabilität des Konfliktgegenstands gilt dabei nicht zuletzt für dessen Entitäten selbst: Das, was unter »Schottland«, »Großbritannien« und »EU« jeweils verstanden wird, ist nicht objektiv vorgegeben, sondern ein bewegliches Produkt diskursiver Praktiken, die diesen territorialen Kollektiven spezifische Bedeutungsgehalte erst zuweisen. Mit dieser zentralen theoretischen Annahme betreten wir das Feld der *Identitätsforschung*, die in der sozialwissenschaftlichen Europaforschung einen zentralen Stellenwert einnimmt, gehört doch die Frage nach dem Verhältnis von nationalstaatlichen Gemeinschaften und europäischer Integration sowie nach den Möglichkeiten und Grenzen der Herausbildung einer kollektiven Identität innerhalb des politisch integrierten Europas seit jeher zu den zentralen Gegenständen der wissenschaftlichen Diskussion.

Ein spezifischer Strang dieser Forschung begreift kollektive Identität dabei als etwas, das in sozialen Deutungsprozessen aktiv hervorgebracht wird. Empirisch zeigt diese Forschung, dass sich in den EU-Mitgliedstaaten signifikant unterschiedliche Vorstellungen dahingehend finden lassen, was die EU als soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft auszeichnet und in welchem Verhältnis sie zur nationalstaatlichen Gemeinschaft steht (Diez 1999; Parsons 2003; Risse 2010). Damit stehen diese Arbeiten mehr oder weniger explizit in der Tradition der wegweisenden Studien von Anderson (1991) und Billig (1995). Identität wird dort nicht als Substanz verstanden, die ein Individuum in sich trägt oder die ihm abgeht, sondern als stetig in Bewegung befindliches Produkt der Selbstbeobachtung und -beschreibung. Eine nationale Identität zu besitzen, so formuliert Billig, »is to possess ways of talking about nationhood« (Billig 1995, S. 8). Dies

verweist auf die konstitutive Bedeutung von Symbolsystemen, insbesondere von Sprache, die aktiv an der Hervorbringung von Kollektivität beteiligt ist. In diesem Sinne sind nationalstaatliche Gemeinschaften als »imaginiert« zu betrachten (Anderson 1991) – was nicht heißt, dass sie nicht »existieren« würden, sondern dass ihre Existenz an die soziale Praxis gebunden ist, sich fortdauernd als eine Gemeinschaft zu erzählen (Schünemann/Keller 2015).

Für den Fall Großbritannien hat sich nicht zuletzt durch die oben genannten Studien das Bild einer europaskeptischen Insel etabliert, die die europäische Einigung als Marktprojekt betrachtet und im bürokratischen Institutionensystem der EU eine permanente Gefahr für die nationale Souveränität und Identität erkennt (Jachtenfuchs/Diez/Jung 1998; Teubert 2008; Risse 2010; Wodak 2018). Dabei ist auffallend, dass das Verhältnis von europäischer Gemeinschaft und »heimischem« Kollektiv nahezu ausschließlich auf der Ebene des gesamten Mitgliedstaats behandelt wird. Die Identitätsforschung findet ihre Untersuchungseinheit in *dem* EU-Mitgliedstaat, für den *eine* sozial konstruierte Bedeutung der EU herausgearbeitet wird. Als paradigmatisches Beispiel hierfür kann der Zugriff von Risse (2010) gelten, der die Identitätsdiskurse unterschiedlicher Nationalstaaten auf ihre Passgenauigkeit mit dem europäischen Projekt hin befragt und damit die Potenziale der Entwicklung und Stabilisierung einer europäischen Identität in unterschiedlichen Mitgliedstaaten auslotet. Obgleich nationalstaatlichen Gemeinschaften sicherlich eine (besonders) wirkmächtige Stellung in der Imagination von politischer Kollektivität zufällt, so ist ein solcher Fokus doch blind für die Existenz von differierenden und sich gegebenenfalls widersprechenden Identitäten, die sich innerhalb eines Mitgliedstaats in Bezug auf das europäische Kollektiv ausbilden (Schmidt/Tenscher/Weber 2003; Barbehön 2015, 2016). Diese Sensibilität für die regionalen Differenzen in Identitätskonstruktionen scheint insbesondere auch zum Verständnis der innenpolitischen und innergesellschaftlichen Folgen des Brexit-Votums und der nationalistischen Rhetorik von großer Bedeutung zu sein (McEwen 2018).

Im Lichte der oben dargestellten Einsichten zur britischen Verschränkung von innerstaatlichen Identitätskonflikten und europäischer Integration ist die gängige Praxis, das Verhältnis von Mitgliedstaaten und EU allein als Zwei-Ebenen-Spiel zu behandeln, insbesondere im Falle Großbritanniens weitreichend. Um dem Beziehungsgeflecht der drei territorialen Entitäten Rechnung tragen zu können, schlagen wir daher eine Perspektive vor, die den Brexit nicht auf den Konflikt »Großbritannien« vs. »EU« beschränkt, sondern ebenfalls Bezugnahmen auf »Schottland« systematisch einbezieht. Dementsprechend fragen wir danach, welche Rolle die – jeweils spezifisch ausgedeutete – Schottland-Frage in den unterschiedlichen Lagern des Referendumswahlkampfes gespielt hat. Dabei untersuchen wir die Referendumsdebatte selbst auf nationalstaatlicher Ebene, d.h. nicht differenziert nach schottischen vs. restbritischen Äußerungen. Dies ist einerseits bedingt durch die methodische Schwierigkeit, die Autorenschaft von Twitter-Beiträgen regional zu verorten, sowie andererseits durch den Umstand, dass sich das Brexit-Referendum um die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs als Ganzes dreht, was es nahelegt, den Diskursraum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene anzusiedeln. Anstatt nach spezifischen Diskurssträngen innerhalb Großbritanniens zu fragen, möchten wir ermitteln, mit

welch unterschiedlichen Bedeutungen und argumentativen Funktionen »Schottland« in der Brexit-Debatte insgesamt aufgerufen wird. Im folgenden Abschnitt skizzieren wir das analytische Raster und den methodischen Zugriff, die uns eine solche Analyse ermöglichen sollen.

3 Untersuchungsgegenstand, Material und methodisches Vorgehen

Referendumsdebatten können als Ausnahmesituationen politischer Kommunikation gelten. Die sachunmittelbare Abstimmung befreit die Willensbildung und Entscheidungsfindung von den Regeln der eingespielten Aushandlungsprozesse und kommunikativen Praktiken parteipolitischer Akteure. Interessengruppen, Ad-hoc-Organisationen und Aktivisten können unmittelbar in das Wahlkampfgeschehen eintreten. Neben den politischen öffnen sich auch die »diskursiven Gelegenheitsstrukturen« (Ulrich 2013), sodass latente Deutungskämpfe »manifest« werden (Schünemann 2016). Das befreiende Potential der Referendumsituation wurde in der Vergangenheit insbesondere auf dem Feld europapolitischer Auseinandersetzung erkennbar. Denn diese fand während des politischen Regelbetriebs über lange Zeit eingehegt durch einen parteipolitischen Mainstream und Elitendiskurs statt, der den »Widerstand gegen Europa« (schon dies eine stigmatisierende Wendung, die nach außerhalb der Grenzen des Sagbaren verweist)³ Splittergruppierungen an den meist wenig sicht- und hörbaren Rändern des politischen Spektrums überließ (Taggart 1998; Roger 2009). Mit Blick auf die sog. Euroskepsis stellt Großbritannien zwar traditionell einen Sonderfall dar, denn die Kritik an der europäischen Einigung ist hier zu keinem Zeitpunkt ähnlich tabuisiert gewesen wie in vielen kontinentaleuropäischen Staaten. Und doch sind auch für Großbritannien Europareferenden als Sonderformen von Wahlkämpfen ausgesprochen intensive politische Kommunikationssituationen, die strukturelle und modale Besonderheiten aufweisen. Dies beinhaltet die Dichotomie der Entscheidungsalternative und die Tendenz zu Vereinfachung und Zuspitzung (hier: *Leave* vs. *Remain*) sowie die bipolare Ausrichtung der Auseinandersetzung, bedingt durch eine kampagnenregulatorisch vorgegebene Zwei-Lager-Konstellation (s.u.). Dies hat zur Folge, dass sich die Wahlkampfakteure stets als Vertreter des einen oder anderen Lagers positionieren und ihre Argumente in der jeweils spezifischen diskursiven Umwelt mit Plausibilität versorgen müssen.

Diese strukturellen und strukturierenden Besonderheiten (europa-)politischer (Referendums-)Debatten seien einem grundlegenden Diskursverständnis also hinzugefügt. In unserem Diskursbegriff, den grundlegenden diskurstheoretischen Annahmen sowie me-

- 3 Dementsprechend gehört es zu den Pflichtübungen von Widerstandsakteuren in europapolitischen Kampagnen, insbesondere, wenn Parteien sich als moderate Kräfte und wählbare Alternative präsentieren möchten, festzuhalten, dass ihre Gegnerschaft sich nicht gegen »Europa« oder die EU als solche, sondern gegen »dieses« Europa, den jeweiligen Reformvertrag oder als negativ wahrgenommene Tendenzen richte.

thodologischen Überlegungen orientieren wir uns am Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA, Keller 2011), die mit der Diskursforschung nach Foucault (1974, 1981) und der Hermeneutischen Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann (1969) zwei besonders einflussreiche Stränge der wissenschaftlichen Betrachtung von Wissen und Wissensformationen zusammenführt und für die empirische Sozialforschung handhabbar macht. Der besondere Zuschnitt der WDA auf die Analyse politischer Debatten erfolgte durch Schünemann (2013, 2016) in seinen Untersuchungen von Referendumsdebatten. Hierin führt er insbesondere das »Argument« als eine übergeordnete Analysekategorie politischer Diskursforschung ein. Argumente entstehen hiernach an den Schnittstellen von durch die Zeit prozessierenden Diskurssträngen und dem politischen Hier und Jetzt einer Referendumsdebatte, wenn Wahlkampfakteure aus politischer Überzeugung und/oder taktischem Kalkül diese Stränge aufgreifen und zu Argumenten formen.

Wir knüpfen an diese Konzeption an, wobei wir erwarten, dass es in der Brexit-Debatte zwei dominante Diskursstränge sind (Europapolitik Großbritanniens und schottische Devolution), die in der Referendumsituation auf spezifische Weise, dynamisiert und eingeschränkt durch Abstimmungsdispositiv sowie strategische Kampagnenkommunikation, interferieren. Da Referenden in der Regel einen bipolarisierenden Druck (vielfach wird auch kritisch von einer Simplifizierung gesprochen) auf Entscheidungsalternative und Debatte ausüben, kann die Annahme formuliert werden, dass die komplexe Schottland-Frage, obgleich zumindest für die schottische Bevölkerung von größerer Salienz als die europäische, sich diesem Druck gewissermaßen ergibt und eine bipolare Strukturierung erfährt. Offen bleibt dann die Frage, wie diese Komplexitätsreduktion im Zuge diskursiver Praktiken der Interpretation und Argumentation im Einzelnen erfolgt. In dieser besonderen sozialen Kommunikationssituation interessieren wir uns deshalb für die Bezugnahmen auf Schottland in der Brexit-Debatte als Argumente, die ihre Plausibilität, Legitimität und Überzeugungskraft aus den in Diskursen verankerten Wissensbeständen über die schottische Identität und deren Verhältnis zum Nationalstaat und zur EU beziehen müssen.

Für die Materialerhebung haben wir auf ein innovatives Verfahren zurückgegriffen, um ein ausgewogenes Korpus zusammenzustellen. Dabei haben wir uns die Besonderheiten einer digital mediatisierten Referendumsdebatte in Großbritannien zunutze gemacht, indem wir die Wahlkampfkommunikation über das soziale Netzwerk Twitter erfasst haben. Die Twitter-Nutzung ist in Großbritannien sehr verbreitet, mit über 14 Mio. Twitter-Nutzern steht das Land auf Rang 7 in der entsprechenden globalen Statistik. Vor dem Hintergrund dieser Ausbreitung der Technologie gehören die sog. »Hashtag Politics« (Jeffares 2014) auch und gerade im Vereinigten Königreich zum Standardrepertoire politischer Kampagnen. Für die Datenerhebung über Twitter konnten wir uns an einer Besonderheit des britischen Referendumsdispositivs orientieren. Das strenge Dispositiv schreibt für die offizielle Phase des Referendumswahlkampfes eine durch die britische Wahlkommission sanktionierte Lagerbildung gemäß der Entscheidungsalternative vor. Als sogenannte »designated lead campaigns« wurden am 13. April 2016 die Kampagnen »The In Campaign Ltd« und »Vote Leave Ltd« bestimmt, die wir in unserer Analyse als

Repräsentanten der beiden politischen Lager nutzen.⁴ Nur diese beiden Organisationen hatten das Recht auf Wahlwerbung in Rundfunk und Fernsehen, ihnen war eine weit höhere Ausgabenobergrenze gesetzt als allen übrigen Akteuren und sie kamen in den Genuss umfangreicher öffentlicher Kampagnensubventionen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im ersten Schritt vom Zeitpunkt der Entscheidung der Wahlkommission bis zum Abstimmungstermin alle versendeten Tweets (inkl. Retweets) der zugehörigen Twitter-Konten (@StrongerIn und @vote_leave) gesammelt, also in Echtzeit voll erhoben.⁵ Im Ergebnis gewannen wir daraus 703.024 Tweets für *StrongerIn* und 2.280.575 Tweets für *VoteLeave*. Der erhebliche Unterschied im Umfang der Korpora lässt sich aus unserer Sicht durch drei Faktoren erklären: Zum Ersten entspricht es einer allgemeinen Beobachtung europapolitischer Referendumswahlkämpfe, dass die EU-Gegner oft früher und besser für diese Art Auseinandersetzung organisiert sind, die Themen setzen und über lange Zeit intensiv Kampagnenarbeit betreiben (Atikkan 2018). Zum Zweiten haben verschiedene Online-Wahlkämpfe der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass insbesondere die neue nationalistische Rechte, die wesentlich zur Aktivität der Brexit-Kampagne beigetragen hat, besonders intensive politische Kommunikation über Online-Medien und soziale Netzwerke betreibt (Stier et al. 2017). Drittens schließlich haben entsprechende Studien für das Brexit-Referendum ergeben, dass das Leave-Lager in stärkerem Maße auf automatisierte Aktivität (social bots) zurückgegriffen hat, um seine Wahlkampfaktivitäten auszubauen (Howard/Kollanyi 2016).

Twitter ist vor allem aufgrund seiner 140-Zeichen-Restriktion⁶ nicht die Plattform für gehaltvolle und ausführliche Kommunikation. Vielmehr wird sie überwiegend für erweiterte Statusmeldungen, knappe Statements sowie Verweise auf andere Inhalte genutzt. An diese Nutzungsgewohnheit haben wir mit der Materialerhebung angeschlossen. Tatsächlich liefern die Tweets, die auf Inhalte außerhalb der Twitter-Kommunikation verweisen, den entsprechenden Internetlink in der Regel mit. Im zweiten Schritt sind wir diesen URLs also automatisiert gefolgt und haben die entsprechenden Inhalte der Internetseiten erhoben. Aufgrund der Datenmenge haben wir uns auf solche Seiten beschränkt, die mindestens zehnmal im Twitter-Korpus genannt worden sind, d.h. offenbar eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle überschritten haben. Aus den derart gewonnenen insgesamt 1.958 Textdokumenten haben wir in einem dritten Schritt mit dem Suchwort *scot** diejenigen Texte herausgefiltert, die einen expliziten Bezug zu Schottland oder schottisch aufweisen. Daraus ergab sich nach Abzug nicht zu identifizierender Quellen (Verdacht auf Bots) ein Textkorpus von 251 Dokumenten. Wir haben diese Dokumente

4 Dies ist insofern auch als forschungspragmatische Entscheidung anzusehen, als sie zur nötigen Datenreduktion beiträgt. Denn natürlich gab es, insbesondere mit Blick auf die nicht-regulierten Social-media-Aktivitäten, zahllose Wahlkampfbeiträge jenseits der designierten Kampagnen. Gerade im Leave-Lager hatten sich mit »EU.Leave« und »Grassroots.Out« alternative und ebenfalls sehr aktive Kampagnen herausgebildet. Wir können dennoch davon ausgehen, dass wir den typisierbaren Gehalt schottlandspezifischer Äußerungen durch die Konzentration auf die designierten Leitkampagnen umfassend erfassen.

5 Hierzu haben wir R und konkret das Package TwittR von Pablo Barbéa verwendet.

6 Mittlerweile sind max. 280 Zeichen möglich.

in einem vierten Schritt daraufhin überprüft, ob es an mindestens einer der Textstellen mit Schottlandbezug auch tatsächlich zu einer auf die Referendumsdebatte zielenden Argumentation gekommen ist. Nach dieser Prüfung blieben 129 Dokumente Teil des finalen Korpus für die Analyse.

Qualitative Diskursforschung ist in erster Linie Interpretationsarbeit unter Zuhilfenahme hermeneutischer Verfahren der Textauslegung (Keller 2011, S. 273 ff.). Im Zuge der Materialinterpretation haben wir innerhalb der beiden Lager alle expliziten Bezugnahmen auf Schottland bzw. schottisch gesichtet und sukzessiv wiederkehrende Aussagen in generischen Kategorien als Argumente entsprechend ihrer strategischen Ausrichtung gebildet. Die Analyse zielt darauf ab, zu rekonstruieren, wie die Schottland-Frage im jeweiligen Lager ausgedeutet und in ihrer Komplexität so reduziert wird, dass sie in das Werben für bzw. gegen den EU-Austritt eingepasst werden kann. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Frage, in welcher Weise die einzelnen Argumente mittels spezifischer Begrifflichkeiten, Begründungsstrategien, Deutungsmuster und Narrative das imaginierte Kollektiv »Schottland« mit einer bestimmten Bedeutung hervortreten lassen und mit Blick auf die bevorstehende Abstimmung zur Geltung bringen. Im folgenden Abschnitt präsentieren wir die Befunde unserer empirischen Analyse.

4 Die Schottland-Frage im Brexit-Diskurs: Empirische Auswertung

4.1 Die Schottland-Frage im Remain-Lager

In der überwiegenden Mehrzahl der Fundstellen tritt die Schottland-Frage im Remain-Lager in der Gestalt einer *Warnung vor einer Neubelebung und Verschärfung des Konflikts zwischen Schottland und dem übrigen Vereinigten Königreich* im Falle eines mehrheitlichen Votums für den EU-Austritt auf.⁷ Es wird argumentiert, dass die Sezessionsbestrebungen Schottlands neuen Antrieb erhielten und in ein neuerliches Unabhängigkeitsreferendum mündeten, würde sich Großbritannien bzw. eine englische Mehrheit gegen den antizipierten Mehrheitswillen der schottischen Bevölkerung von der EU lossagen. Die Brexit-Abstimmung erscheint somit als Gefahrenpunkt, der das Risiko eines Aufflammens des latenten Identitätskonflikts und des Erreichens einer neuen Eskalationsstufe birgt. Insgesamt bringt diese Argumentationsweise somit keine Gründe für den Verbleib in, sondern ausschließlich gegen den Austritt aus der EU vor. In der Brexit-Debatte zog diese Strategie des »scaremongering« (The Sun 2016) bisweilen auch Kritik auf sich, da sie Ängste bediene und die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft nicht mit einem »broader political narrative about our place in the EU« (Telegraph 2016) begründe.

Bei der Konstruktion dieser Ursache-Wirkungsbeziehung arbeitet das Argument mit einer Reihe von Voraussagen und unterstellten Kausalzusammenhängen, die sich auf eine hypothetische Konstellation beziehen: ein gesamtstaatlich mehrheitliches Votum für

7 In den Dokumenten des Remain-Lagers haben wir an 94 Prozent der kodierten Sequenzen das entsprechende Muster erkannt.

einen EU-Austritt, das von den Anhängern einer schottischen Unabhängigkeit für neue (und diesmal erfolgreiche) Sezessionsbemühungen genutzt werde, wofür wiederum eine schottische Mehrheit für den EU-Verbleib in der Brexit-Abstimmung als notwendige Voraussetzung erscheint. Gleichwohl kommt die Warnung vor den Auswirkungen dieser voraussetzungsvollen Prognose vielfach in der Gestalt einer unumstößlichen Gewissheit daher: Schottland würde im Falle eines EU-Austritts »definitely leave« und »surely break from the UK« (Spectator 2016), ein Auseinanderbrechen Großbritanniens sei mithin »almost inevitable« (Daily Mail 2016). Zugleich erscheint die Post-Brexit-Zeit nicht allein als unerwünschte Zukunft, sondern als »a future about which all of us are inescapably uncertain« (Guardian 2016a). Ein Brexit würde »a really big mess« (Dezeen 2016) nach sich ziehen, dessen konkrete Gestalt und Langzeiteffekte kaum überschaubar seien. Das Argument verknüpft somit eine mit vermeintlicher Sicherheit eintretende Gefahr mit einem Zustand der Ungewissheit und Destabilisierung und gewinnt hierdurch den Charakter eines »Horrorszenarios«.

Innerhalb dieses grundlegenden Arguments lässt sich ein Sonderfall differenzieren, der mit dem Deutungsmuster der nationalen Integrität operiert und damit in besonderer Weise auf kollektive Identitäten rekurriert. In dieser Wendung geht es nicht allein um die drohende Unabhängigkeit Schottlands, sondern um das Kollektiv des Vereinigten Königreichs, das fundamental in Gefahr sei: »disintegration of the UK« (Open Democracy 2016), »territorial integrity of the UK at risk« (Financial Times 2016) oder »the Balkanisation and ultimate dissolution of the United Kingdom« (HBE 2016) sind nur einige der zahlreichen Wendungen, die das Brexit-Referendum mit dem Fortbestand des Nationalstaats verkoppeln. Insbesondere in dieser Figur nehmen die imaginierten Gemeinschaften der Insel und kollektivierende Begrifflichkeiten eine zentrale Rolle ein. »[W]ithout the family of Scotland Wales and NI«, so ein Leserkommentar zu einem Online-Artikel, »we will [...] end up in England [...] and with no money and no pants« (Spectator 2016). An anderer Stelle wird von einer Kolumnistin in ähnlicher Weise die Sorge artikuliert, dass im Falle eines EU-Austritts »[w]e will no longer be a United Kingdom, with Scotland gone and Ireland riven by a hard border« (Guardian 2016b). Bisweilen verdichten sich derartige Sorgen in der negativ konnotierten Figur des »Little England« (u. a. Spectator 2016) im Sinne eines unbedeutenden Residuums eines einstmals stolzen Königreichs.

Interessanterweise wird an vereinzelten Stellen der Debatte die Warnung vor einem Zerfall des Vereinigten Königreichs im Falle eines Brexit auch von schottischen Nationalisten ins Feld geführt. So warnt etwa Nicola Sturgeon, die Erste Ministerin Schottlands, »that a UK vote taking Scotland out of Europe against its wishes could trigger another independence referendum« (Daily Record 2016a). Sturgeons Warnung ist ein besonders erhellendes Beispiel für die Zurichtung der gerade für die Sprecherin bedeutenderen Schottland-Frage entlang der Entscheidungsalternative des Referendums. Das Primärziel Unabhängigkeit tritt hinter die Kampagnentaktik der laufenden Auseinandersetzung zurück, wird in doppelter Hinsicht sekundär, weil die Aussicht auf baldige Autonomie sich in den Möglichkeitsraum verschiebt, der durch eine bekämpfte europapolitische Entscheidung eröffnet wird. Aus Sicht der SNP könnte das Leave auch als Chance dargestellt werden, doch stattdessen wird vor dem Zerfall des Königreichs – und damit wesentlich

auch der schottischen Unabhängigkeit – gewarnt. Offensichtlich wird an dieser Stelle das strategische Ziel (Unabhängigkeit Schottlands) von taktischen Erwägungen überlagert und wird der Zusammenhang diskursiv neu arrangiert. An anderer Stelle wird die Relativierung von territorialen Identitäten noch deutlicher, wenn von schottischer Sprecherposition aus das englische bzw. übrige britische Kollektiv explizit angesprochen wird: »Just as you appealed to Scotland to ›stay with us‹ in 2014 we don't want you to leave us now by voting to leave the European Union. We want you to remain with us« (Daily Record 2016b). In reflexiver Bezugnahme auf dieses Argument finden sich im Diskurs wiederum warnende Problematisierungen: Das »Project Deception« (Facebook ScotLeave.EU 2016b), das das Werben für einen Verbleib in der EU mit der englischen Sorge um die ansonsten drohende Unabhängigkeit Schottlands verkoppelt, sei »risky, as few things unite and annoy English voters more than threats from the angry north« (Telegraph 2016).

Zusammenfassend erscheint das Brexit-Referendum in den obigen Argumentationsvarianten als historischer Scheideweg, wobei das Ergebnis der Abstimmung das Königreich in eine existenzielle Krise stürzen könnte. Dabei wird gerade »Schottland« als *Abtrünniger im Wartemodus dargestellt*, von dem eine latente Gefahr ausgeht und der nur auf den richtigen Zeitpunkt für eine Abspaltung vom Königreich lauert. Ein Sieg der Brexiteers setze einen Automatismus in Gang, der zum Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich und mithin zu dessen Zerfall führe.

Während die überwiegende Mehrzahl der Remain-Stimmen die Schottland-Frage als Gefahr für den Zusammenhalt Großbritanniens artikuliert, finden sich unter den Fürsprechern einer EU-Mitgliedschaft auch vereinzelt Argumente, die die Schottland-Frage als *grundsätzlich legitimes Streben nach nationaler Autonomie* ansprechen. In einer ersten Spielart wird argumentiert, dass im Falle eines Auseinanderklaffens des Wahlverhaltens beim Brexit-Referendum politische Spannungen zwischen Westminster und Holyrood entstehen würden, »which we [the Scots] can exploit« (Common Space 2016). Die Konfliktkonstellation wäre gar noch ausgeprägter, wenn »[t]he Scottish vote keeps the UK in the EU«, was für die politische Landschaft eine Machtverschiebung zuungunsten der zentralstaatlichen Autorität in Westminster bedeuten würde (ebd.).

Demgegenüber wird in einer zweiten, häufiger artikulierten Variante des für nationale Autonomie eintretenden Arguments behauptet, dass für die Realisierung der spezifischen schottischen Interessen und Werte eine Mitgliedschaft in der EU zuträglich wäre. Diese Annahme bezieht ihre Plausibilität aus der Feststellung, dass die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der EU in größerer Übereinstimmung mit dem schottischen Sozialstaatsprinzip lägen und die eigenen Wertvorstellungen aufgrund eines »divergent view of what's right in social terms between Scotland and England« (Guardian 2016d) im Mehrebenensystem der EU besser realisiert werden könnten als außerhalb:

»The benefits of being in Europe touch all parts of Scottish society – rights for families such as maternity and paternity leave, protection for workers including paid holiday leave, freedoms for older people such as pension rights across EU countries, and opportunities for young people.« (Scotsman 2016)

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Verbleib in der EU vor allem deshalb erstrebenswert, um die in Brüssel verorteten Kompetenzen nicht an Westminster zu verlieren, womit der politische Einfluss des Zentralstaats in Schottland unweigerlich wachsen würde. Da Schottland kein formaler Vertragspartner der EU sei, »all the obligations contained in the [EU] treaties would return to the UK parliament [...] which would then decide what to share out with national assemblies and parliaments« (Guardian 2016e). Diese Deutung bleibt im Brexit-Diskurs allerdings nicht unwidersprochen und dient im Leave-Lager als Ankerpunkt, um die Gleichzeitigkeit von nationaler Autonomie und supranationaler Einbindung zu problematisieren (siehe hierzu Abschnitt 4.2). Neben dieser funktionalistischen Begründung wird der positive Zusammenhang zwischen schottischen Gestaltungsspielräumen und EU-Mitgliedschaft bisweilen auch mit gemeinsamen Werten gerechtfertigt. Im Norden der Insel existiere eine »essential Scottish Europeanness« (Guardian 2016f), weshalb »[there is] something beautiful about being part of this European family« (BBC 2016). Auch derartige Betonungen eines Wertekonsenses zwischen schottischer und europäischer Gemeinschaft erzeugen eine identitäre Differenz zwischen Schottland und England bzw. dem übrigen Vereinigten Königreich.

In dieser zweiten Logik der argumentativen Verknüpfung von Brexit- und Schottland-Frage erscheint das Kollektiv »Schottland« somit als *Wertegemeinschaft mit eigenen politischen Orientierungen und Interessen*. Es stellt nicht in erster Linie eine Gefahr für die nationalstaatliche Integrität, sondern ein wichtiges *politisch-ideologisches Gegengewicht* im Königreich dar. Als solches meldet es aktiv politische Gestaltungsansprüche an, die es im EU-Rahmen besser umsetzen kann als allein im nationalen Rahmen.

Damit lässt sich abschließend festhalten, dass die Schottland-Frage im Remain-Lager in zwei idealtypischen Argumentationsfiguren artikuliert wird: auf der einen Seite der Widerstand gegen den EU-Austritt, begründet dadurch, dass ein Brexit in letzter Konsequenz den Zusammenbruch des Vereinigten Königreichs bedeuten würde; auf der anderen Seite wird für einen EU-Verbleib geworben, da sich mit einer schottischen Mehrheit für die bzw. einem tatsächlichen Verbleib Großbritanniens in der EU die Handlungsspielräume des Nordens gegenüber der britischen Zentralregierung vergrößern würden. In beiden Fällen wird der schottische Identitätskonflikt gleichsam instrumentell auf die Referendumsentscheidung bezogen. In der Gesamtschau wird die Schottland-Frage damit im Hinblick auf die skizzierten Konsequenzen bipolar simplifiziert und für die Referendumsdebatte nutzbar gemacht.

4.2 Die Schottland-Frage im Leave-Lager

Aufseiten der Fürsprecher eines britischen EU-Austritts erfolgt die Bezugnahme auf Schottland in einer ersten Argumentationsfigur mittels der Behauptung, dass ein Brexit nicht zu einem neuerlichen Unabhängigkeitsreferendum und mithin nicht zu einer Abspaltung des Nordens vom Rest der Insel führen würde. Auch dieses Argument gründet somit auf der Prognose, dass das schottische Elektorat mehrheitlich für einen EU-Verbleib stimmen werde, um zugleich zu betonen, dass dies nicht zum Zusammenbruch des

Vereinigten Königreichs führen werde. In der bevorstehenden Abstimmung zur EU-Mitgliedschaft könne man mithin ruhigen Gewissens und ohne Sorge um die nationale Integrität für einen EU-Austritt votieren. Das Argument gewinnt somit erst als Antwort auf das Remain-Lager an Bedeutung, indem es die dort artikulierte Konstruktion eines kausalen Zusammenhangs zwischen EU-Austritt und schottischer Abspaltung in Frage stellt.

Zur Plausibilisierung dieser Problematisierung werden drei Begründungen ins Feld geführt. Erstens eine legalistische, wonach der schottischen Politik die Kompetenzen fehlten, um im Falle eines EU-Austritts die Abspaltung von Großbritannien einzuleiten: »The factual constitutional position is clear. The legal power to hold a referendum is in Westminster« (Facebook ScotLeave.EU 2016a). Zweitens sei das befürchtete Aufflammen der Sezessionsbemühungen auch aus politischen Gründen unwahrscheinlich. Die letzte – und gescheiterte – Volksabstimmung liege erst knapp zwei Jahre zurück, und angesichts dieser Erfahrung wäre selbst den schottischen Nationalisten das politische Risiko zu groß, die Bevölkerung nochmals an die Urnen zu bitten: »Scots would not want another referendum every time something changes« (Express 2016a), zumal fundamentale Fragen wie die nach Unabhängigkeit »generational questions« (Telegraph 2016) seien. Schließlich werden drittens wirtschaftliche Gründe vorgebracht. So habe sich eine schottische Mehrheit im September 2014 deshalb gegen die Unabhängigkeit ausgesprochen, »because they did not want Scotland to become an oil state, with its prosperity tied to the world oil price« – und da sich der Ölpreis seither halbiert habe, »Scotland could not survive economically« (Heatstreet 2016). Aus diesen Gründen sei die Neubelebung der Unabhängigkeitsbestrebungen in erster Linie mit Gefahren verbunden: »what is far more destabilising for Scotland [than leaving the EU] is the prospect of another independence referendum. That needs to come off the table for starters« (BuzzFeed 2016).

Mit der argumentativen Strategie, die befürchtete Abspaltung Schottlands im Falle eines Brexit anhand von legalistischen, politischen und ökonomischen Gründen zu hinterfragen, wird auf die identitären Spannungen zwischen Schottland und England bzw. dem übrigen Vereinigten Königreich sowie den unterschiedlichen Verhältnissen zur europäischen Gemeinschaft aufgesattelt, was letztlich zu deren diskursiver Reproduktion beiträgt. In einzelnen Aussagen des Leave-Lagers finden sich indes auch Versuche, diese territorialen Identitäten neu zu arrangieren. So sei die Frage zur europäischen Mitgliedschaft, so ein Parlamentarier aus dem Leave-Lager, »a UK question and the UK will vote on it as a whole« (BuzzFeed 2016). Hinter dieser Rahmung des Referendums verbirgt sich der Versuch, die erwarteten innerstaatlichen Differenzen von der innenpolitischen Debatte über die Zukunft des Vereinigten Königreichs zu entkoppeln. Es handelt sich mithin um eine Strategie der Vergemeinschaftung, die Großbritannien zum relevanten Kollektiv erhebt. Innerhalb dieses Kollektivs mag es (regional) differierende Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft geben, ausschlaggebend bleibe jedoch die Mehrheitsmeinung der Insel als Gesamtheit. Noch deutlicher wird der Versuch der Kollektivierung im folgenden Blog-Beitrag:

»We have always been ill at ease with our EU membership. It has always divided the country and it has divided us as people. It has set Scotland against England and Eng-

land against Europe. It creates disunity. We should not allow it to fragment us further.« (PNPB 2016)

An diesen und ähnlichen Stellen steht somit nicht im Zentrum, wie wahrscheinlich eine Vertiefung innerbritischer Differenzen im Falle eines Brexit ist, sondern es handelt sich um den gleichsam umgekehrten Versuch, das Referendum über die EU-Mitgliedschaft zur Konstitution bzw. Festigung eines übergreifenden Kollektivs zu mobilisieren, was in der zitierten Passage nicht zuletzt an der spezifischen Verwendungsweise kollektivierender Begriffe wie »we«, »us« oder »people« abzulesen ist.

In den beiden argumentativen Figuren steht »Schottland« zunächst ebenfalls für den befürchteten Zusammenbruch des Vereinigten Königreichs, womit ein Argument des Remain-Lagers aktualisiert wird, allerdings in Abgrenzung. Denn die jeweiligen Sprecher versichern zugleich, dass diese Gefahr im Falle eines mehrheitlichen Votums für den EU-Austritt nicht unmittelbar drohe. Ein Automatismus vom Austrittsvotum zum Zerfall des Königreichs sei nicht gegeben. Um diese Position zu begründen, bedienen sie sich entweder rationaler Erklärungen, indem vorgerechnet wird, dass eine Sezession aus legalistischen, politischen und ökonomischen Gründen nicht zu erwarten sei, oder emotionaler Ansprachen, indem versucht wird, das Referendum als britische Schicksalsfrage zu rahmen, die das Vereinigte Königreich nicht (weiter) spalten dürfe. In beiden Fassungen – und im Unterschied zum Remain-Lager – wird »Schottland« somit als Kollektiv aufgerufen, von dem zwar eine latente Gefahr für die nationalstaatliche Integrität ausgeht, die jedoch zumindest im Kontext des EU-Referendums gebändigt werden kann.

Daneben existiert, analog zum Remain-Lager, auch im Leave-Lager eine Form der Bezugnahme auf Schottland, die die EU-Mitgliedschaft mit der Suche nach *politischer Autonomie* verbindet. Der grundlegenden Logik dieses Arguments zufolge, das innerhalb des Leave-Lagers häufiger als das obige Gegenstück auftritt,⁸ stehe die EU-Mitgliedschaft den Autonomiebestrebungen im Wege, weshalb ein mehrheitliches Votum für den Brexit dem Streben nach Selbstbestimmung zuträglich sei: Die EU sei »a barrier to our aspirations [for self-determination] rather than a facilitator of them« (Common Space 2016), weshalb ein Votum für den Austritt »the only vote to put us in the driving seat and in control of our destiny« (The National 2016a) sei. Die im Remain-Lager artikulierte Annahme, die EU-Mitgliedschaft sei für die schottische Politikgestaltung aufgrund einer weitreichenden Kongruenz mit den europapolitischen sozioökonomischen Ordnungsvorstellungen von Vorteil, wird in diesem Argument des Leave-Lagers hinterfragt, wobei insbesondere die Verteilung von Kompetenzen im Zentrum steht: »The idea we'd take those powers out of Westminster but give some of it back to Brussels seems an odd argument« (BuzzFeed 2016). Die EU sei »a supremely unionist organisation« (The National 2016b), weshalb der Versuch einer Emanzipation von der einen Union bei gleichzeitiger Unterwerfung unter eine andere Union inkonsistent sei. In diesem Argument geht es so-

8 In den Dokumenten des Leave-Lagers haben wir an 65 Prozent der kodierten Sequenzen das entsprechende Muster erkannt.

mit vor allem um die Frage, wie sich die politische Macht zwischen Holyrood, Westminster und Brüssel verteilt, wobei das Verhältnis der Trias als Nullsummenspiel erscheint.

Im Hinblick auf die Begründungsmuster fällt auf, dass sich das Argument vielfach eines demokratietheoretischen Registers bedient: »bring democracy home« (Common Space 2016), »EU also undermines our democracy« (Herald 2016) oder »who is truly sovereign – the Scottish people or some unelected judges in Luxembourg?« (Express 2016b) sind nur einige der Wendungen, die das Referendum als Frage nach der demokratischen Selbstbestimmung akzentuieren. Vor dem Hintergrund des tief verankerten Deutungsmusters der Parlamentssoveränität, welches auch einen zentralen Ankerpunkt in der innenpolitischen Diskussion um die Devolution darstellt (Bogdanor 2001, S. 287–294), wird verständlich, weshalb Rekursen auf Demokratie, Souveränität oder »people« auch im Brexit-Diskurs eine besondere Stellung zufällt. Dabei richten sich die Aussagen auch auf die demokratische Qualität des europäischen Institutionensystems als solchem:

»Lawmaking in the EU is controlled by the Commission initiating a proposal, with the European Parliament consulted and the Council of Ministers making a final decision. The Commission is a self-selecting, self[-]regarding unaccountable elite, initiating and implementing legislation, wielding extensive executive power; it is the antithesis of how democracy should work.« (Common Space 2016)

Angeichts dieser Defizite sowie der Tatsache, dass »[i]n the European Parliament, Scotland's six MEPs represent one per cent of the 751 total membership«, sei es unverständlich, »[that] there are nationalists arguing that we should remain in that unequal union« (ebd.).

Im Vergleich zu den oben rekonstruierten Argumenten besteht ein Spezifikum dieser Figur in den regelmäßigen Verweisen auf einzelne politische Entscheidungen in spezifischen Politikfeldern, die pars pro toto für das grundlegende Problem einer europäischen Fremdbestimmung Schottlands angeführt werden. Besonders häufig werden die Felder Fischerei und Landwirtschaft genannt, deren europapolitische Regulierung zu Einbrüchen in der schottischen Wirtschaft geführt hätte. Dieses kollektive Wissen scheint im Diskurs derart fest verwurzelt zu sein, dass der bloße Rekurs auf »fishing and agriculture« genügt, um die problematischen Implikationen der EU-Mitgliedschaft zu belegen. Zugleich beziehen sich die Sprecher in derartigen Problematisierungen regelmäßig auf das kollektive Wissen um die besondere Stellung der europäischen Idee und des Werts der internationalen Offenheit in der schottischen Identität: »We can be pro-European without being members of an irretrievable EU« (The National 2016a). In diesen Aussagen wird mithin der Versuch unternommen, das Prinzip der Offenheit gegenüber Europa und der Welt, das als elementare Komponente der schottischen Identität angesehen wird und nicht zuletzt auch der Abgrenzung gegenüber einem als nationalistisch empfundenen »Little England« dient, von der EU-Mitgliedschaft zu entkoppeln. Ein schottisches Ja zur Frage nach dem EU-Austritt, so die Botschaft, sei durchaus vereinbar mit dem Selbstbild eines »outward-looking country«.

Analog zum Remain-Lager steht »Schottland« nach diesem zweiten Argumentationsmuster für *das Streben nach Selbstbestimmung und Autonomie* (ob inner- oder außerhalb

Großbritanniens bleibt hier in aller Regel unausgesprochen), das durch supranationale Kompetenzen behindert werde. Auch hier tritt das Kollektiv somit als *distinkte Wertegemeinschaft mit eigenen politischen Gestaltungsvorstellungen* ins Bild, wobei im Unterschied zum Remain-Lager »Schottland« hier vor allem mit dem Streben nach demokratischer Selbstbestimmung assoziiert wird, womit dieser Bedeutungsgehalt einen deutlich normativen und nicht rein funktionalen Anstrich erhält. Damit wird die Schottland-Frage im Leave-Lager gleichsam spiegelbildlich zum Remain-Lager präsentiert und erneut instrumentell auf die Referendumsfrage bezogen. Wieder erfährt der schottische Identitätskonflikt, der in der europapolitischen Auseinandersetzung eher an Komplexität gewinnen müsste, einen simplifizierenden bipolaren Zuschnitt für die Anwendung in der Wahlkampfkommunikation.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unser Beitrag fand seinen konzeptionellen Ausgangspunkt in der Feststellung, dass in der sozialkonstruktivistischen Identitätsforschung vielfach in homogenisierender Weise von *einer* europäischen Identität je EU-Mitgliedstaat gesprochen wird. Für Großbritannien ist hieraus ein weithin bekanntes Bild hervorgegangen, wonach wir es mit einem fundamental europaskeptischen Land zu tun haben, das im europäischen Einigungsprozess bestenfalls Marktvorteile, aber immer auch eine bürokratische Überregulierung und Fremdbestimmung sieht. Diese Zugangsweise ist dabei kein Spezifikum der EU-Identitätsforschung, sondern insgesamt kennzeichnend für die politikwissenschaftliche bzw. politsoziologische Ausdeutung des Konzepts kollektiver Identität, das als eine nationalstaatliche Größe bestimmt wird (vgl. Anderson 1991; Billig 1995; Wodak et al. 1998). Selbstredend gibt es für dieses Verständnis gute Gründe, jedoch läuft es zugleich Gefahr, identitäre Dynamiken, Ambivalenzen und Widersprüche innerhalb von Nationalstaaten zu übersehen. Vor diesem Hintergrund haben wir den Fall Großbritannien – im spezifischen Kontext des britischen In-/Out-Referendums – um »Schottland« erweitert, verstanden als eine sozial konstruierte Kollektivität, der in Diskursen spezifische Bedeutungsgehalte zugewiesen werden. In der Gesamtschau wurde es damit möglich, ein differenzierteres Bild vom Zusammenhang zwischen Vereinigtem Königreich und europäischer Integration zu zeichnen: Sobald in argumentativen Praktiken auf die Schottland-Frage rekurriert wird, entsteht ein Beziehungsgeflecht, das unterschiedliche Ausdeutungen und Argumentationsstrategien im Hinblick auf das Für und Wider der britischen EU-Mitgliedschaft zulässt.

In diesem Beitrag haben wir versucht, die Komplexität des Abstimmungsgegenstands im soziohistorischen Kontext in einem wesentlichen Aspekt diskursanalytisch zu rekonstruieren. Den Fokus haben wir dabei auf die Schottland-Frage gelegt, weil sie sowohl die Referendumsdebatte geprägt als auch im Nachgang der Abstimmung angesichts der Differenzen im Ergebnis erhebliche Aufmerksamkeit erlangt hat. In ihr zeigt sich ein tief verwurzelter identitärer Konflikt, der mit der europapolitischen Auseinandersetzung interferiert. Wir haben diese Kopplungen anhand idealtypischer Argumente rekonstruiert.

Dabei hat sich gezeigt, dass in der Referendumssituation eine – im Vergleich zur vielschichtigen Verflechtung zwischen schottischer Autonomie bzw. Unabhängigkeit und europäischer Integration im historischen Verlauf (siehe Abschnitt 2) – Simplifizierung der Schottland-Frage erfolgt. Die bipolare Logik des Referendums über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens hat zunächst zur Konsequenz, dass ein »an sich« (d.h. außerhalb der Referendumssituation) komplexerer Konflikt auf zwei sich gegenüberstehende Alternativen reduziert wird bzw. werden muss, um in der konkreten Entscheidungssituation sinnvoll artikuliert werden zu können. Die Dichotomisierung von Handlungsalternativen gehört freilich zu jedem Referendum. Referenden haben eine vereinfachende und polarisierende Wirkung, indem sie komplexe Sachverhalte auf eine einfache Frage zuspitzen und auf eine Entscheidungsalternative konzentrieren: Ja oder Nein, Leave oder Remain. Interessant für den speziellen Fall ist allerdings, wie diese Tendenz mit der Schottland-Frage interferiert und diese überlagert, was aus übergeordneter Perspektive zu einer gleichsam *doppelten diskursiven Bipolarisierung* führt. Abbildung 1 versucht, diese doppelte diskursive Bipolarisierung zu veranschaulichen.

EU-Mitgliedschaft schottische Autonomie	pro	contra
	pro	contra
pro	für Verbleib; »Schottland« als politische Gemeinschaft	für Austritt; »Schottland« als politische Gemeinschaft
contra	gegen Austritt; »Schottland« als latente Gefahr	gegen Verbleib; »Schottland« als latente Gefahr

Abbildung 1

Die Art und Weise dieser Komplexitätsreduktion ist durch mindestens drei Auffälligkeiten gekennzeichnet, die unsere diskursanalytische Rekonstruktion hat zutage treten lassen. Erstens zeigt sich, dass die Schottland-Frage im Vergleich beider Kampagnenlager in Form von zwei jeweils analog konstruierten Alternativen auftritt: Es erscheint jeweils ein »negatives« Argument, das eine Bedrohung thematisiert, und ein »positives« Argument, das um ein Potenzial kreist. Das negative Argument des Remain-Lagers besteht in der Warnung vor der Spaltung des Königreichs im Falle eines EU-Austritts, während das positive auf den Erhalt und Zugewinn der politischen Handlungsspielräume Schottlands innerhalb des EU-Rahmens abstellt. Umgekehrt bestreitet das negative Leave-Argument die Gefahr einer desintegrierenden Wirkung des EU-Austritts für das Königreich. Die positive Variante sieht schließlich den Königsweg für schottische Autonomiegewinne außerhalb beider Unionen. Damit wird die Bedeutung von »Schottland« mal verdichtet auf einen latenten Gefahrenherd, der im Falle eines EU-Austritts entweder ausbricht oder sich gerade noch beherrschen lässt, und mal auf ein politisches Kollektiv, das sich durch eigene Wertvorstellungen und Gestaltungsansprüche auszeichnet.

Zweitens wird sichtbar, dass die derart konstruierte Bipolarität der Schottland-Frage zwei Optionen bereithält, die nicht auf einer Ebene angesiedelt sind. Der Sorge um die nationale Integrität Großbritanniens steht nicht etwa ein Werben für die formale Unabhängigkeit Schottlands gegenüber, sondern die Suche nach zusätzlichen Handlungsspielräumen, die durchaus auch innerhalb eines Vereinigten Königreichs (Stichwort: Devolution) vorangetrieben werden könnte. Tatsächlich bleibt in den Argumenten sowohl des Remain- als auch des Leave-Lagers meist offen, ob das Streben nach politischer Selbstbestimmung, für das die EU-Mitgliedschaft hier als Barriere und dort als Hilfe erscheint, inner- oder außerhalb Großbritanniens realisiert werden soll. Daraus folgt, dass etwa auch Sprecher der Scottish National Party die Unabhängigkeit Schottlands in Form einer (negativen) Drohung artikulieren und nicht als (positives) Szenario, das es zu erreichen gilt. Insbesondere in diesen Beispielen wird ersichtlich, wie sich die Schottland-Frage für den historischen Moment der Brexit-Debatte gleichsam in den Dienst der europapolitischen Frage stellt.

Drittens schließlich fällt auf, dass das Licht, in dem die beiden Handlungsalternativen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft erscheinen, mit der argumentativen Gestalt der Schottland-Frage korrespondiert. So ist das positive Argument sowohl des Remain- als auch des Leave-Lagers mit einem Werben *für* die jeweilige Haltung zur EU-Mitgliedschaft verbunden. Hier wie dort wird die Wahlentscheidung als Mittel präsentiert, das zu einer Verbesserung des Status quo beizutragen vermag – für den Verbleib, um die schottischen Interessen und Werte innerhalb des politisch integrierten Europas besser realisieren zu können, bzw. für den Austritt, um Handlungsspielräume von der supranationalen Ebene zurückzugewinnen. Demgegenüber wenden sich die beiden negativen Argumente *gegen* die jeweilige alternative Position zur EU-Mitgliedschaft, um damit den Status quo zumindest sichern zu können – gegen den Austritt, um die territoriale Integrität des Königreichs nicht zu gefährden, bzw. gegen den Verbleib, da die EU-Mitgliedschaft nicht benötigt wird, um die nationale Einheit zu retten.

Neben den analytischen Beiträgen zur empirischen Referendumsforschung haben wir im Vorangegangenen zudem eine innovative Methode der Datenerhebung und Korpusbildung vorgestellt, die es erlaubt, via Kommunikationsdaten aus sozialen Medien, hier Twitter-Meldungen der beiden führenden Kampagnenformationen, und den darin geteilten URLs eine Wahlkampfdebatte systematisch und ausgewogen zu erschließen. Während eine interpretative Tiefenanalyse von Twitter-Daten aufgrund der Zeichenbeschränkung der Meldungen vor nicht unerheblichen methodischen Herausforderungen steht (vgl. Jeffares 2014, S. 112–134), ermöglicht der von uns beschrittene Weg der Erhebung von via Twitter kommunizierten externen Inhalten, sowohl der zunehmenden Relevanz einer mittels Kurzstatements operierenden politischen Kommunikation als auch dem diskursanalytischen Bedarf an interpretationsfähigem Material gerecht zu werden. Die methodische Innovation besteht dabei nicht in dem tatsächlich gewonnenen Material, gehören doch Quellen aus der (digitalen) Medienberichterstattung zum Standardrepertoire der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung. Vielmehr ermöglicht unser Zugriff eine Identifikation derjenigen kommunikativen Ereignisse, die aufgrund mehrfacher Referenzierung (zumindest in der Twitter-Welt) eine gewisse Aufmerksamkeits-

schwelle überschritten haben und mithin als besonders bedeutsam für die Gestalt und Dynamik der Debatte insgesamt angesehen werden können. Für die Übertragbarkeit unseres Vorgehens auf andere Untersuchungsfälle ist zu bedenken, dass wir das soziale Netzwerk Twitter für die Brexit-Debatte als zentralen Baustein der Kampagnenarbeit beider Lager ansehen können, auf dem neue Inhalte und Dokumente (obgleich nicht exklusiv) verbreitet werden. Zudem hat das besondere britische Referendumsdispositiv mit zwei geförderten Hauptkampagnenformationen einen strukturierenden Effekt auf die gesellschaftliche Debatte, der die Datenerhebung auf die genannte Weise vereinfacht.

Wie die Entwicklungen nach dem Brexit-Votum bereits gezeigt haben, wird die Schottland-Frage die Verhandlungen über den britischen Austritt weiterhin beeinflussen. Im März 2017 hat das schottische Parlament die Abhaltung eines neuen Unabhängigkeitsreferendums im Herbst 2019 beschlossen. Die britische Regierung unter Theresa May hat sich gegen eine neuerliche Volksabstimmung zum genannten Zeitpunkt verwahrt. Nicola Sturgeons SNP-Regierung hat die Forderung im Juni 2017 nach schlechten Ergebnissen für die SNP bei den Parlamentswahlen erst einmal auf Eis gelegt. Je nachdem, wie konflikthaft und einschneidend die Trennung des Königreichs für Schottland verläuft, kann von einem Wiederaufflammen der Schottland-Frage dennoch ausgegangen werden. Die Basis der SNP drängt zumindest auf ein neues Referendum. Die Führung der Partei ist angesichts des unklaren Meinungsbilds in der schottischen Bevölkerung noch zurückhaltend. Neben den ökonomischen Schäden und den politischen Einflussverlusten, die der Vollzug des EU-Austritts mit sich bringen könnte, sind auch die Regelungen zur Verteilung der wieder auf die mitgliedstaatliche Ebene zurückkehrenden Kompetenzen zwischen der nationalstaatlichen und der regionalen Ebene sowie unter den Regionen geeignet, die Stimmung zugunsten eines neuen Unabhängigkeitsreferendums zu bewegen. Das EU-Austrittsgesetz der britischen Regierung wurde im Mai 2018 jedenfalls mit großer Mehrheit in einer unverbindlichen Abstimmung im schottischen Parlament abgelehnt. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass die argumentativen Verkopplungen von Schottland- und EU-Frage, wie wir sie für das britische In-/Out-Referendum herausgearbeitet haben, auch in künftigen Aushandlungen des identitären Konflikts bedeutsame diskursive Ankerpunkte darstellen werden – denn einmal in der Welt, lässt sich die Art und Weise, wie über »das Königreich« gesprochen wurde, nicht mehr einholen.

Literatur

- Anderson, B. (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London und New York: Verso.
- Applebaum, A. (2017): A Transformed Political Landscape. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 53–58.
- Atikcan, E. (2018): Agenda control in EU referendum campaigns. The power of the anti-EU side. In: *European Journal of Political Research* 57(1), S. 93–115.
- Barbehön, M. (2015): *Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess. Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale Umsetzung europäischer Politik*. Baden-Baden: Nomos.

- Barbehön, M. (2016): Europeanisation as Discursive Process: Urban Constructions of Europe and the Local Implementation of EU Directives. In: *Journal of European Integration* 38(2), S. 161–175.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Billig, M. (1995): *Banal Nationalism*. London, Thousand Oaks und New Delhi: SAGE.
- Bogdanor, V. (2001): *Devolution in the United Kingdom*. Oxford: Oxford University Press.
- Citrin, J./Sides, J. (2004): More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe. In: Herrmann, R. K./Risse, T./Brewer, M. B. (Hrsg.): *Transnational Identities. Becoming European in the EU*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 161–185.
- Clarke, J./Newman, J. (2017): ›People in this country have had enough of experts‹: Brexit and the paradoxes of populism. In: *Critical Policy Studies* 11(1), S. 101–116.
- Dardanelli, P. (2005): Democratic Deficit or the Europeanisation of Secession? Explaining the Devolution Referendums in Scotland. In: *Political Studies* 53(2), S. 320–342.
- Diez, T. (1999): Speaking ›Europe‹: the politics of integration discourse. In: *Journal of European Public Policy* 6(4), S. 598–613.
- Ford, R./Goodwin, M. (2017): A Nation Divided. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 17–30.
- Foucault, M. (1974): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1981): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gallagher, T. (2017): Resistance from Scotland. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 31–41.
- Guelke, A. (2017): The Risk to Northern Ireland. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 42–52.
- Haesly, R. (2001): Euroskeptics, Europhiles and Instrumental Europeans. *European Attachment in Scotland and Wales*. In: *European Union Politics* 2(1), S. 81–102.
- Hobolt, S. B. (2016): The Brexit vote: a divided nation, a divided continent. In: *Journal of European Public Policy* 23(9), S. 1259–1277.
- Howard, Philip N./Kollanyi, Bence (2016): Bots, #StrongerIn, and #Brexit: Computational Propaganda during the UK-EU Referendum, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2798311 (Abruf 12.6.2018).
- Jachtenfuchs, M./Diez, T./Jung, S. (1998): Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate European Political Order. In: *European Journal of International Relations* 4(4), S. 409–445.
- Jeffares, S. (2014): *Interpreting hashtag politics. Policy ideas in an era of social media*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Keating, M. (2015): The European Dimension to Scottish Constitutional Change. In: *The Political Quarterly* 86(2), S. 201–208.
- Keller, R. (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Lord Ashcroft Polls (2016): How the United Kingdom voted on Thursday... and why, <http://lordashcroftpolls.com/2016/06/how-the-united-kingdom-voted-and-why/> (Abruf 20.10.2017).
- Marks, G. (1999): Territorial Identities in the European Union. In: Anderson, J. J. (Hrsg.): *Regional Integration and Democracy. Expanding on the European Experience*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 69–91.
- McEwen, N. (2016): Disunited Kingdom: Will Brexit spark the disintegration of the UK? In: *Political Insight* 7(2), S. 22–23.
- McEwen, N. (2018): Brexit and Scotland: between two unions. In: *British Politics* 13(1), S. 65–78.
- McHarg, A./Mitchell, J. (2017): Brexit and Scotland. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 19(3), S. 512–526.
- Mitchell, J. (2014): *The Scottish question*. Oxford: Oxford University Press.
- Mitchell, J. (2015): Sea Change in Scotland. In: *Parliamentary Affairs* 68(suppl 1), S. 88–100.
- Mitchell, J./Bennie, L./Johns, R. (2012): *The Scottish National Party. Transition to power*. Oxford: Oxford University Press.

- Oppermann, K. (2016): Das gespaltene Königreich. Die politischen Hintergründe und Ursachen des ›Brexit‹-Referendums. In: Politische Vierteljahresschrift 57(4), S. 516–533.
- Paquin, S. (2002): Globalization, European integration and the rise of neo-nationalism in Scotland. In: Nationalism and Ethnic Politics 8(1), S. 55–80.
- Parsons, C. (2003): A certain idea of Europe. Ithaca: Cornell University Press.
- Risse, T. (2010): A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Roger, A. (2009): The Impact of European Policies on National Political Parties: a theoretical outlook. In: Fuchs, D./Magni-Berton, R./Roger, A. (Hrsg.): Euroscepticism. Opladen: Barbara Budrich, S. 273–287.
- Schmidt, S./Tenscher, J./Weber, A. (2003): Mit Herz oder Verstand? Zur Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses in der Südpfalz. In: Brettschneider, F./van Deth, J./Roller, E. (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske und Budrich, S. 83–113.
- Schmidt, V. A. (2017): Britain-out and Trump-in: a discursive institutionalist analysis of the British referendum on the EU and the US presidential election. In: Review of International Political Economy 24(2), S. 248–269.
- Schünemann, W. J. (2013): Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen – exemplarische Darstellung eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1(1), S. 67–87.
- Schünemann, W. J. (2016): Manifeste Deutungskämpfe. Die wissenssoziologisch-diskursanalytische Untersuchung politischer Debatten. In: Bosancic, S./Keller, R. (Hrsg.): Perspektiven Wissenssoziologischer Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 29–52.
- Schünemann, W. J./Keller, R. (2015): Narrativer Nationalismus. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse zur Untersuchung kultureller Kontexte der politischen Auseinandersetzung in Europa. In: Hofmann, W. (Hrsg.): Die andere Seite der Politik. Wiesbaden: VS, S. 55–83.
- Stier, S./Posch, L./Bleier, A./Strohmaier, M. (2017): When populists become popular: comparing Facebook use by the right-wing movement Pegida and German political parties. In: Information, Communication and Society 20(9), S. 1365–1388.
- Sturm, R. (2016a): Brexit – das Vereinigte Königreich im Ausnahmezustand? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47(4), S. 878–892.
- Sturm, R. (2016b): Uneiniges Königreich? Großbritannien nach dem Brexit-Votum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50, S. 17–23.
- Taggart, P. (1998): A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. In: European Journal of Political Research 33(3), S. 363–388.
- Teubert, W. (2008): Provinz eines föderalen Superstaates – regiert von einer nicht gewählten Bürokratie? Schlüsselbegriffe des europakritischen Diskurses in Großbritannien. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2. Wiesbaden: VS, S. 387–421.
- Ullrich, P. (2013): Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung. In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1. Wiesbaden: VS, S. 315–337.
- Wodak, R. (2018): ›We have the character of an island nation‹. A discourse-historical analysis of David Cameron's ›Bloomberg Speech‹ on the European Union. In: Kranert, M./Horan, G. (Hrsg.): Doing Politics. Discursivity, performativity and mediation in political discourse. Amsterdam: John Benjamins, S. 27–58.
- Wodak, R./Kargl, M./de Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K./Hofstätter, K. (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Quellen

- BBC (2016): EU referendum debate: MSPs vote overwhelmingly for UK to remain in EU, 26.05.17, <http://www.bbc.com/news/uk-scotland-scotland-politics-36383590> (Abruf 13.04.2017).
- BuzzFeed (2016): Anti-EU Campaign Boosted In Scotland As New Tory MSPs Give Their Backing, 16.05.16, https://www.buzzfeed.com/jamieross/pro-leave-campaign-boosted-in-scotland-as-new-tory-mmps-give?utm_term=.ngdwjwvpp6#.qpXbAbwqqM (Abruf 13.04.2017).
- Common Space (2016): Jim Sillars: Why Scottish nationalists should back #Brexit, 09.05.16, <https://www.commonspace.scot/articles/3976/jim-sillars-why-scottish-nationalists-should-back-brexit> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Mail (2016): Max Hastings: Despite many misgivings, I shall vote remain, 15.05.16, <http://www.dailymail.co.uk/debate/article-3641969/MAX-HASTINGS-Despite-misgivings-shall-vote-remain.html> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Record (2016a): EU Referendum: Record poll shows over three-quarters of Scots will back Remain – and it could swing the UK result, 09.05.16, <http://www.dailyrecord.co.uk/news/politics/eu-referendum-record-poll-shows-7934908> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Record (2016b): Our open letter to English EU referendum voters: Experience tells us Scots that backing Remain for unity is the best option, 20.06.16, <http://www.dailyrecord.co.uk/news/politics/open-letter-english-eu-referendum-8231805> (Abruf 13.04.2017).
- Dezeen (2016): Wolfgang Tillmans designs posters opposing Brexit vote, 26.04.16, <https://www.dezeen.com/2016/04/26/wolfgang-tillmans-eu-referendum-posters-anti-brexit-campaign-uk-remain/> (Abruf 13.04.2017).
- Express (2016a): »The economy WILL continue to grow after a Brexit«, says Iain Duncan Smith in LBC debate, 03.06.16, <http://www.express.co.uk/news/politics/676350/Iain-Duncan-Smith-Alex-Salmond-LBC-Brexit> (Abruf 13.04.2017).
- Express (2016b): EU is »past its sell-by date«, Scottish Vote Leave director says, 23.06.16, <http://www.express.co.uk/news/uk/682537/Brexit-EU-past-sell-by-date-Scottish-Vote-Leave-director-Tom-Harris> (Abruf 13.04.2017).
- Facebook ScotLeave.EU (2016a): Jim Sillars says Nicola Sturgeon's claim about Brexit and a second referendum does not fit the facts, 19.06.16, <https://www.facebook.com/scotleaveeu/posts/298659287137251> (Abruf 13.04.2017).
- Facebook ScotLeave.EU (2016b): Vote Leave today to end Project Deception by the SNP leadership, 23.06.16, <https://www.facebook.com/scotleaveeu/posts/300124000324113> (Abruf 13.04.2017).
- Financial Times (2016): Britain should vote to stay in the EU, 15.06.16, <https://www.ft.com/content/3748166e-3151-11e6-ad39-3fee5ffe5b5b?mhq5j=e1> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016a): The Guardian view on the EU referendum: keep connected and inclusive, not angry and isolated, 20.06.16, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/20/the-guardian-view-on-the-eu-referendum-keep-connected-and-inclusive-not-angry-and-isolated> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016b): On Friday I'll get my country back. Britain will vote remain, 21.06.16, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/21/friday-britain-remain-leave-campaign-foreigners> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016c): EU referendum live: IFS says Gove wrong to claim leaving EU could boost NHS spending, 06.06.16, <https://www.theguardian.com/politics/live/2016/jun/06/eu-referendum-live-cameron-harman-leave-campaign-con-trick> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016d): David Cameron rules out second Scottish independence referendum, 27.07.16, <https://www.theguardian.com/politics/2015/jul/27/david-cameron-rule-out-second-scottish-independence-referendum> (Abruf 13.04.2017).

- Guardian (2016e): Vote Leave claims Brexit would give Scotland more domestic powers, 18.05.16, <https://www.theguardian.com/politics/2016/may/18/vote-leave-claims-brexit-give-scotland-more-powers-eu-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016f): Dear Britain: Elena Ferrante, Slavoj Žižek and other European writers on Brexit, 04.06.16, <https://www.theguardian.com/books/2016/jun/04/dear-britain-letters-from-europe-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- HBE (2016): Historians for Britain in Europe, <http://historiansforbritainineurope.org> (Abruf 13.04.2017).
- Heatstreet (2016): Tony Blair/John Major Northern Ireland EU Rally Savaged By Kate Hoey, 09.06.16, <https://heatst.com/world/tony-blairjohn-major-northern-ireland-eu-rally-savaged-by-kate-hoey/> (Abruf 13.04.2017).
- Herald (2016): Why Scotland should quit, 15.05.16, http://www.heraldscotland.com/opinion/14493678.Why_Scotland_should_quit/ (Abruf 13.04.2017).
- Open Democracy (2016): The British are dangerously ill-informed about the EU referendum, 17.02.16, <https://www.opendemocracy.net/ourbeeb/mike-berry/british-are-dangerously-ill-informed-about-eu-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- PNPB (2016): Pete North Politics Blog: Brexit is an investment in the future, 19.04.16, <http://peter-jnorth.blogspot.de/2016/04/brexit-is-investment-in-future.html> (Abruf 13.04.2017).
- Scotsman (2016): Mona Siddiqui: Support for staying in EU growing by the day, 23.05.16, <http://www.scotsman.com/news/opinion/mona-siddiqui-support-for-staying-in-eu-growing-by-the-day-1-4135098> (Abruf 13.04.2017).
- Spectator (2016): Out – and into the world: why The Spectator is for Leave, 18.06.16, <https://www.spectator.co.uk/2016/06/out-and-into-the-world-why-the-spectator-is-for-leave/> (Abruf 13.04.2017).
- Telegraph (2016): The Telegraph EU Debate: Viewers award victory to Boris Johnson and Priti Patel in head-to-head with Alex Salmond and Liz Kendall, 14.06.16, <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/14/the-telegraph-eu-debate-with-boris-johnson-and-alex-salmond-all/> (Abruf 13.04.2017).
- The National (2016a): Letters I: A vote to Leave is the first step to gaining control of our destiny, 21.06.16, http://www.thenational.scot/comment/14867326.Letters_I__A_vote_to_Leave_is_the_first_step_to_gaining_control_of_our_destiny/ (Abruf 13.04.2017).
- The National (2016b): Letters II: SNP leadership are promoting Project Deception on EU vote, 23.06.16, http://www.thenational.scot/comment/14867432.Letters_II__SNP_leadership_are_promoting_Project_Deception_on_EU_vote/ (Abruf 13.04.2017).
- The Sun (2016): Hero who mauled Cameron in TV debate says he's ready to quit UK if we vote remain, 09.06.16, <https://www.thesun.co.uk/news/1253582/hero-who-mauled-cameron-in-tv-debate-says-hes-ready-to-quit-uk-if-we-vote-remain/> (Abruf 13.04.2017).

Anschriften:

Dr. Marlon Barbehön
 Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Institut für Politische Wissenschaft
 Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg
 E-Mail: marlon.barbehoen@ipw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann
 Universität Hildesheim, Institut für Sozialwissenschaften
 Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim
 E-Mail: wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de

Philipp Grunewald / Louise Cooke

Discursive structures in knowledge co-creation:

Analysing interactions with SKAD and Social Network Analysis

Zusammenfassung: Wissen und Macht sind zentrale Konzepte in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In dieser Arbeit werden Machtstrukturen in zwei Fallstudien anhand der wissenssoziologischen Diskursanalyse untersucht; im Fokus steht dabei die entwickelte Methodologie. Die wissenssoziologische Diskursanalyse wird zur Studie der reziproken Beziehungen zwischen formellen und informellen sozialen Strukturen verwendet und in dieser Arbeit werden einige ansatzspezifische Stärken identifiziert und aufgeführt. Darüber hinaus wird diskutiert wie Strukturierung auf zwischenmenschlicher Ebene praktiziert wurde und wie diese existierende soziale Strukturen beeinflusst haben und vice versa. Die Studie belegt, dass die wissenssoziologische Diskursanalyse für Forschungsprojekte dieser Art geeignet ist.

Schlagerwörter: WDA, Soziale Netzwerkanalyse, Methodik, Dispositiv, Beziehungen, soziale Strukturen, Macht, Wissen

Abstract: Power and knowledge are central concepts in the practice and analysis of international development. This study employs the Sociology of Knowledge Approach to Discourse Analysis (SKAD) to look at power structures in two case studies in international development. The developed methodology is the focus of this paper. SKAD's insights into the circular relationship between informal and formalised social structures and the contribution SKAD can make in this domain are outlined. Furthermore, it is discussed how, in the open and invited spaces observed in the case studies, structuration was practically conducted and how this process was influenced by pre-existing institutional structures and vice versa. It was found that SKAD can support enquiries of this kind.

Keywords: SKAD, Social Network Analysis, Mixed Methods, Dispositif, Human relationships, Social structure, Power, Knowledge

1 Introduction

This multidisciplinary study explores a field of enquiry at the boundaries of information science and development studies. It is concerned with the facilitation of knowledge processes – processes of knowledge exchange and co-creation – in the international development sector; a subject sometimes called *knowledge for development*. Additionally, this enquiry considers the importance of human relationships and social networks (and power) and studies these in knowledge intermediation projects. Thus, the research explores a new set of questions in development cooperation and shows how different approaches to

the facilitation of knowledge processes can impact the relational outcomes of knowledge intermediation projects.

The purpose of this study was to provide practitioners in the development sector with academically grounded and developed insights and ideas that could potentially improve their practice. The focus was in particular on practitioners facilitating knowledge exchange(s) between development practitioners in developing countries (South-South knowledge exchange).

To be able to deliver valuable insights and ideas for practitioners and academics, the research aimed to investigate how knowledge intermediation projects in the international development sector are shaped by their approach (demand initiated, facilitator/funder initiated), especially in terms of the relationships they foster.

The methodology developed, especially the integration of Social Network Analysis (SNA) with the Sociology of Knowledge Approach to Discourse Analysis (SKAD), is the focus of this paper. It begins by introducing the background to the study, and then focuses on the methodology adopted. The paper also introduces some findings of the study, before drawing final conclusions.

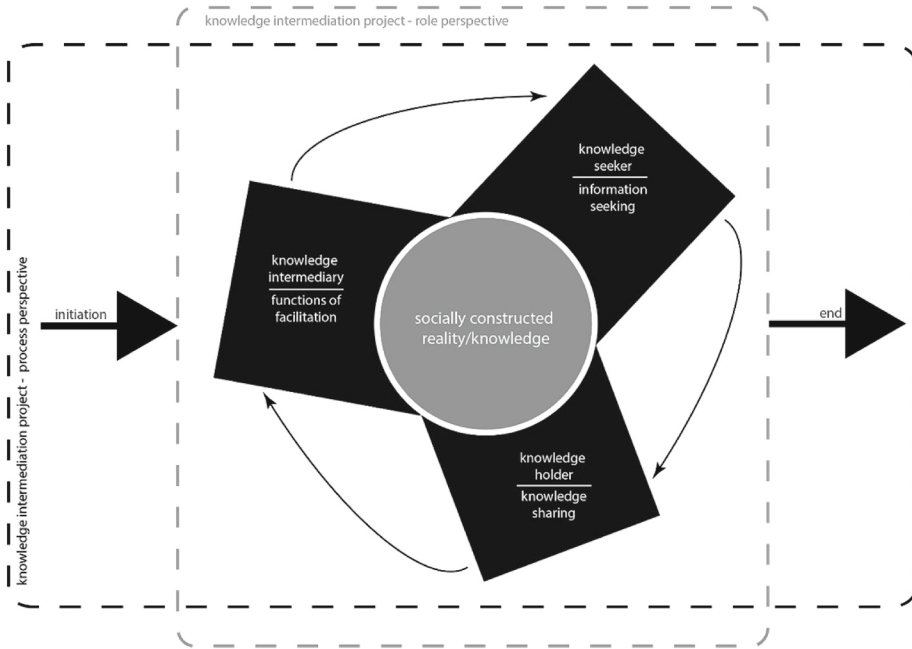
2 Background

Knowledge for development has a rich history. Akude (2014) looked back at the origins and meanings of the concept. He proposes a three tier understanding of knowledge for development: entailing the micro-, meso-, and macro-level. The micro represents the personal sphere of knowledge for development, meso the institutional, and macro the sectorial. However, the main point put forward in his review is that modes of »global« knowledge production in the development industry are dominated by the »West«.

This understanding is reinforced by Hornidge (2013, 2014) who argues that the construction of knowledge for development (as well as the construction of »knowledge society« and »knowledge«) has been led by »Northern« actors. She demonstrates that ideas of the knowledge society (and with it conceptions of knowledge) have come to be accepted in policy debate first in »developed« countries and then got exported, mainly through the work of individuals (e.g. scientists) and institutions (e.g. international governmental organizations), to emergent economies and, so called, developing countries.

Hornidge (2014) concludes that both, »knowledge society« and »knowledge for development«, are discourses that are normative, factual, and hegemonic. They are normative since knowledge society and knowledge for development are portrayed as leading standards by the above mentioned actors through authoritative global discourses. They are factual since these concepts left the realm of the normative discourse and were picked up by governments and other institutions as guides for action (e.g. policy making, investment, etc.). They are hegemonic since the discourse of »knowledge society« originated in western nations and was from there introduced into the realms of development and poverty reduction via international governmental organisations. She argues that developing nations have been led to adopt (sometimes voluntarily) ideas portrayed in these dis-

Figure 1:



Roles and processes in knowledge intermediation projects and relevant concepts

courses. These ideas have not only arisen in very different contexts but also reinforced competitive disadvantages through developing nations entering established and highly competitive sectors (sidelining investment in competitive advantages). In Hornidge's eyes, knowledge society and knowledge for development are the latest in a variety of discourses that claim to have found the ›golden bullet‹ for economic growth and development.

The above stated situates this study in an established discourse about knowledge for development that at the macro-level shows signs of hegemonic and ›Western‹ dominated knowledge processes. This study looks at knowledge processes and in particular at knowledge intermediation, which is defined as:

»Any processes and practices concerned with informing, linking, matchmaking, engaging, collaborating and building of adaptive capacity (Jones et al. 2012) of two or more external knowledge producers/holders and users/seekers, whether these are explicitly labelled as knowledge intermediation or not.« (Mansfield/Grunewald 2013, S. 11)

A plethora of terms exists that are employed to describe processes and practices that are similar to what is termed, for the purpose of this paper, knowledge intermediation. Knowledge translation, knowledge exchange, knowledge sharing, knowledge mobilisation, Knowledge*, knowledge brokering, etc. are just some examples. Knowledge intermediation is understood to have a distinct focus on processes and functions; whilst most

other concepts have a tendency to objectify knowledge and to separate out different states in which that ›knowledge‹ is contained.

Knowledge intermediation is explored in this paper with regards to South-South knowledge exchange; another concept coined under the influence of the World Bank (World Bank Institute, n.d.). This, in turn, is situated in discourses around south-south cooperation.

»South–South Cooperation« contains a number of meanings associated with horizontal power relations, mutual self-interest and absence of conditionalities in which countries with recent development experience share this with the rest of the South. It is about learning from other countries' domestic, post-colonial experiences when facing specifically southern development challenges – as opposed to the northern, imperial experience.« (Eyben 2013, S. 3)

South-South cooperation and triangular cooperation, where institutions like the UNDP, Worldbank or International Labour Organization (ILO) get engaged in facilitating south-south engagements, serve as a backdrop for the studied intermediation processes. It becomes apparent how the dynamics of cooperation and collaboration are central in understanding development. However, all of the outlined academic discourses are situated at Akude's (2014) macro-level; the policy level at which country representatives engage in broad discussions.

This study investigates how these macro-level dynamics play out at the meso and micro levels. The study explores the roles various actors play in intermediation projects. Mirroring the above triangular and South-South relationship patterns, one can see how, in knowledge intermediation projects, there are three main roles: the intermediary and facilitator of knowledge processes (usually backed by a [northern] funding body); someone with knowledge to share (a southern knowledge holder); and someone who can learn from that (a southern knowledge seeker); these roles are illustrated in Figure 1 above. The study not only shows how these roles apply to knowledge intermediation projects (meso level) but also addresses the relational elements at the interpersonal level (micro level). This is a combination of questions and linking of ideas that has not seen academic attention before.

Research question and objectives

The following research question and objectives are derived from the study's aim as presented in the introduction of the paper, as well as emerging from the study of the literature and the participatory engagement with stakeholders (e.g. development practitioners). The question is stated as: how can knowledge intermediation projects be monitored and evaluated with regard to the relationships they entail and facilitate?¹

1 This is one of three research questions the study was concerned with. This particular research ques-

To answer this question, the research objectives were to:

- i. Build a methodology that uncovers the relationships in a knowledge intermediation project.
- ii. Use, modify and develop categories that can be used to analyse interaction, conversation and discourse between actors in knowledge intermediation projects.
- iii. Test categories that can be used to analyse interaction, conversation and discourse in knowledge intermediation projects.
- iv. Reflect upon categories and methodology.

3 Methodology

In order to achieve the research aim and objectives, a mixed methods methodology was developed based on a pragmatist approach that explored two case studies. Participatory techniques were used to identify the two case studies, one was mainly a facilitated online knowledge exchange forum, the other a blended (online and offline) knowledge exchange intervention. These case studies were treated as discourses in their own right and a discourse analysis was conducted on the interactions occurring as part of each of the projects. The case studies both intended to connect practitioners and policy-makers within and across southern nations via online fora, email communications, study visits, web conferencing, and face-to-face meetings with facilitators and each other; this means they are intermediating south-south knowledge exchanges.

In Creswell's eyes pragmatism is a philosophical approach that suggests that some of the classical discussions around positivism (and/or objectivist, empiricist, rationalist) and social constructivism (and/or interpretivist, naturalistic, hermeneutic empiricism) are less crucial than they are perceived to be. In his opinion, pragmatists believe that both, a reality external to the mind and one within the mind, exist (Creswell 2003). It emphasises that the purpose of the research needs to be considered in the choice of a strategy of enquiry. One important aspect of this research is that the research project shall be valuable to practitioners. One way of ensuring that this is the case, and frequently employed in international development (studies), is ›participation‹.

On participation

Participatory methods, as supported by Mayoux (2006), were used throughout the research process. It ensured the relevance of the study for practitioners, improved the researcher's understanding of the problem, and increased validity by benefiting from their

tion is the focus of this paper. However, for the purpose of completeness, the other two research questions were: b) How does the initiation act influence the relationships between actors in a knowledge intermediation project? And c) What implications might this (answers to research question b) have for the intermediation of knowledge processes?

knowledge of the problem's context. However, participatory methods needed to be appropriate for the addressed questions and needed to be balanced with the inherent requirements of an academic research process (Laws et al. 2002).

It needs to be noted that the participatory methods were used to support the research process rather than to gather data for the analysis of the two case studies. Whilst this is an artificial separation it helps to understand that whilst the participatory methods are mentioned first they are actually seen as secondary to the approaches and methods that are primarily responsible for gathering data in the case study analysis. The latter data constitutes the core of the research project and delivers the findings essential for responding to the research questions and objectives. Pragmatism led in the establishment of the participatory methods. Mostly communications methods and media were employed that people already used (e.g. email) and/or were convenient for the researcher to establish (e.g. blog, online survey tool).

The first tool employed to engage practitioners was a blog where practitioners (and academics alike) interacted with some of the ideas related to the research process. Regular blog posts addressed research related issues. However, due to the project requirements a certain degree of caution needed to be exercised; the usage of some of the academic's own contributions by others for the purpose of publication, etc. could have had a detrimental effect on the researcher's ambition to complete a doctorate. Nevertheless, in the researcher's judgement the benefits a participatory approach entails with regard to the purpose of this research project outweighed some of the risks.²

The blog, on the one hand, provided a platform for interaction accessible to external stakeholders. However, to attract interest networking was crucial. The researcher identified two online communities of practice to whom the theme of the research is of particular relevance; the Knowledge Management for Development (KM4Dev) community and the Knowledge Broker Forum (KBF) community. The Eldis community was situated on the periphery as well, but due to its more general coverage of development related issues (rather than knowledge related issues within the sector) the decision was made to focus on the two immediately relevant communities of practice.

In practice, this resulted in many conversations and interviews with a variety of stakeholders that influenced the course of the project and thematic foci. The degree of engagement with people interested in the project varied over the course of implementation. Over the three year period interactions were most intense within the first year and picked up again in the third year. As outlined below, this included mainly email conversations, exploratory interviews, the Blog, online communities of practice, and other social media engagements.

- 2 This perception is partly due to the fact that without contributions from practitioners this research would not have been undertaken in the first place. The researcher, at the time of the proposal himself a practitioner, was engaged in discussions with other individuals in his own organisation, and with individuals from the Institute of Development Studies, University of Sussex and from the Overseas Development Institute. Additionally, further discussions in the Knowledge Broker Forum and Knowledge Management for Development network (KM4Dev) influenced the purpose and aims of the research project at this early stage.

A medium used to engage stakeholders directly was email. Over the course of the project the researcher was engaged in personal email conversations about the research topic (e.g. on traditional knowledge, attribution, indicators, etc.) with a minimum of 23 practitioners, consultants and people in other implementation related roles. Additionally, the researcher has engaged in email conversations with a minimum of 17 academics that were either researching on similar themes and/or whose work was considered a building block of the conducted research (e.g. in terms of methodology).

Another way in which email was employed was through the participation in the two online communities of practice mentioned above. This, the most useful aspect of the participatory efforts, enabled the researcher to get to know practitioners (to some extent also fellow academics) that work on or are interested in the areas relevant to the research topics pursued in the project (e.g. knowledge management, information management, monitoring and evaluation, etc.). In itself, the consumption of nearly daily emails about problems, questions, issues, sources, projects, etc. that occupied people in those communities was invaluable. However, engagement was not only passive but the researcher used those communities increasingly to test resonance of ideas.

This was done in conjunction with the blog mentioned above. From September 2012 till November 2013 24 blog posts were written (and publicised through the communities of practice) on topics such as knowledge management, dialogical communications, etc. They resulted in 21 comments (on the blogposts) that led to short interactions with their authors. As a participatory element the blog was mainly useful in two respects:

1. Comments on blogposts were usually very valuable and some of those triggered further conversations via email; either directly or on the mailing lists of the communities of practice.
2. The blog served as a platform for the publication of small surveys (one question) that were circulated through the communities of practice. E.g. Who mostly initiates knowledge exchange processes in international development? Do current considerations of the complexity (theory/science) of international development projects render log frames and indicators useless? How large a role do personal relationships play in knowledge exchanges?

In the timeframe outlined above 13 questions were asked on the blog that generated 184 (quantitative) responses and 85 (essay) comments. Thus, the »one question survey« method can be considered very successful in engaging people on diverse issues related to a research project whilst gathering insights that can help with the definition of the topic and research questions.

Besides that, the intention was to use a blog (considered a *social* medium) for dialogical communication on the basis of position statements (blogposts) (Kaplan & Haenlein, 2010). However, the amount of conversations the blogposts triggered can be considered as limited and at some point the two communities were asked if the blog should remain open; no responses were submitted to that question. The researcher closed the blog be-

cause the fact that there were no responses was considered a more important indicator than the usage of the blog (3,200 sessions and 1,900 unique visitors in the timeframe outlined above).

The blog was replaced with a »mission statement« (hosted on www.medium.com) that outlined the general position of the researcher and encouraged people to get in touch via twitter or email (two media that appeared more suitable to dialogical communication). Since this approach took up less time the researcher could focus on the existing online communities and participation in those (especially the very lively KM4Dev community of practice).³

Another benefit of regular blogging activity, especially in the beginning of the research project, was that it acted as an online repository of information related to the topic of the research project that was accessible to all stakeholders, including the researcher. This enabled reflection upon the researcher's own position in the process. However, this was a secondary function of the blog and other methods are more generally applied within the academic field to reflect upon the researcher's own position with regards to the study.

In ethnographic type studies this sort of reflection is of crucial importance because it is recognised that the researcher is part of the social environment that is being studied. This is commonly called reflexivity. A lack in reflexivity is also a frequently stated criticism directed against positivism (and naturalism) and its claims regarding objectivity. The inclusion of the participatory approach as part of the mixed methods strategy employed in this study not only recognises the importance of reflexivity but makes it subject to management (as far as that is possible) and tries to use this fact to the benefit of the enquiry (Hammersley/Atkinson 2007).⁴

Common practice amongst ethnographers is the usage of fieldnotes to record their observations and interview data. They are also used to reflect upon the researcher's own thinking and as a method that generates information on how that thinking changes over the course of the research project. This is one way in which ethnographers address issues of reflexivity (Hammersley/Atkinson 2007). Since stakeholder participation is stretching from the beginning of the research project till the end the researcher is, in a way, in the ›field‹ for the entire process. Therefore, it seems most appropriate to use a research diary as a method to ensure reflexivity. That a research journal (or diary) can serve the purpose outlined is recognised by various authors; it might serve to record insights, thoughts, feelings, and decisions (Blaxter et al. 2006). Due to the purpose of the method, the research diary covered exclusively the reflections on interactions with stakeholders and everything related.

3 This led to co-organising a workshop for the community and guest-editing an issue of the (community's) open access journal »Knowledge Management for Development Journal« (previously with Elsevier).

4 A discussion of the criticisms of reflexivity based on the political ›nature‹ of research and subjectivity is not necessary at this stage since issues of advocacy have been discussed as part of the research philosophy and the necessity to balance stakeholders' interests and the inherent features of an *academic* enquiry has been recognised.

These social interactions were undertaken through the methods and tools described above but also by another method that Mayoux (2006) suggests as part of her integrated research process, which is the exploratory interview. In her model exploratory interviews are undertaken at the scoping stage in the process and, as the word 'exploratory' already suggests, are used to explore the general theme the research intends to address. As part of the participatory methods they also help to identify the interests and needs of practitioners, and support the identification of key stakeholders and informants. In the broader context of this methodology they also helped identifying potential case studies for the analysis of knowledge intermediation projects.

Interviews can be undertaken in a variety of formats. Since the purpose of these interviews is of an exploratory nature they are unstructured and conversational. At this stage the interviews were also not recorded since this could take away from the conversational (naturalistic) character of the exploratory interview (Willis 2006). However, the information, perspectives, and opinions obtained in the interview and the influence these had on the thinking of the researcher are captured in the research journal. In the following some key stages and decisions shall be outlined with the help of data taken from the research diary that illustrate how the main focus/topic of the research was defined and refined. Initially the research project was expected to focus on an

»online and an offline knowledge intervention and I thought that M&E could address issues/ask questions about effectiveness and efficiency. This idea came originally from my [work] experience in BSHF where that was a question. This would have helped decision makers to choose which intervention to use in a certain situation. Due to the input I got from different people I shifted towards the idea of power relations and how these play out if the facilitator approaches the actors that are supposed to exchange knowledge or vice versa. This, on the other hand, can help decision makers/knowledge brokers to choose the approach to their work that they follow. It is, thus, situated at a different level.«

During October 2012 there were two main directions under consideration; one focussing on power and another one on intervention efficiency. The prior emerged out of engaging people in discussions about the research and from reading online interactions in the communities of practice. The diary gives insight into why one topic was gradually favoured.

»Part of the reason why I seem to pursue the power topic rather than the intervention efficiency topic is that I heard back from [case study manager] and they are happy to work with me on [project]. Thus, I kind of have the two case studies with [case study 1] and [case study 2]. Now I can theoretically focus on how relationship dynamics are subject to power relationships. It is definitely an interesting topic and there are many things to explore.«

However, this did not lead to a decision yet. Over the next couple of months more discussions were observed (in the communities of practice), more exploratory interviews conducted and the blog (and especially the one question surveys) were used to gauge stakeholders' interest in certain aspects. This led to the gradual reshaping of the two topics. From the above outlined they changed into: »One is about the approach (supply-, demand-, facilitator-led) to facilitating knowledge exchange and the other about how to facilitate knowledge exchange (types of intervention) and M&E«.

The diary shows that further deliberation (taking into account further discussions with the managers who had indicated an interest in providing access to case studies, information science and development literature and suggestions by the researcher's academic supervisors) led to the realisation that there are overlaps in the two topics that could be used to bring them together.

By the beginning of 2013 (more than six months into the project) the diary entries get clear on what the exact topic ended up being. In one of the exploratory interviews a case study manager explicitly outlined an interest in the initiation act and how that influences a programme, which »reaffirmed my decision to go down this path (topic)«. It was decided that a focus on initiation, power and relationships was of relevance to interested parties whilst the attempt was made »to give the topic more of an M&E spin« whilst still being able to address the topic academically within the timeframes of the project.

It can be seen that the focus of the study and the methodology were influenced by many people through various communication channels. Whilst the topic was influenced greatly by the two managers of the two case studies it came about in an exploratory iterative process. The participation in the organisation of a KM4Dev community conference and workshop was of great help in this regard as well, even though that came at a later stage.

Subsequently it was difficult to keep investing time into the participatory element since case studies were chosen and most time was occupied gathering data and analysing data. The final stages of the project was then characterised by increased engagement again with the parties responsible for the case studies. Drafts of the case study analyses were distributed to various involved individuals who had declared their interest.

In a phone conversation (and via emails), the manager of the facilitator/funder initiated case study pointed out that in the analysis it only becomes clear at the very end why things were managed and implemented in the way they were. By doing this s/he confirmed that what had been observed of the case study and has been described in the analysis chapter can indeed be linked to the initiation act(s). Her/his perception was that the things described naturally (due to initiation) had to turn out this way.

Staff members, working on the demand imitated case study, were not able to read the analysis that had been shared with them. However, they gave feedback after having been presented with insights from the entire study by the researcher. They gave critical feedback on some of the recommendations outlined in the conclusions, which was then incorporated.

Overall, the feedback from staff members working on the two case studies indicated that the findings presented in the analysis were fair representations of their work. Also, the insights generated were perceived to be interesting and useful for improving their un-

derstanding of their own knowledge intermediation activities. Since the relationship dimension is something that had not received particular attention to that point (especially to such a depth), thus, many new areas of relevance were identified.

Besides the conversations with case study owners, one meeting with an interested stakeholder (an institution implementing knowledge intermediation projects) was carried out and the insights generated by the study were presented. They found the recommendations very useful and suggested further knowledge intermediation projects that they thought had interesting approaches to knowledge intermediation that could lead to further insights if studied.

As a concluding remark on the participatory elements of the research design it can be said that the various repositories of interaction and participation (online forums, blog, emails, and interview notes), together with the reflections on the researcher's thinking in the diary, gave a coherent and interesting picture about the results and impact of the participatory elements at the end of the research.

On mixed methods design

Mixed methods research design enables the researcher to draw on the strengths of different strategies and methods. Using both qualitative and quantitative data is perceived to lessen the impact of the limitations inherent to either strategy (Creswell 2003). Mixed methods research encourages the researcher to choose the approach and methods most appropriate to gather insights into the various aspects of the phenomenon under study.

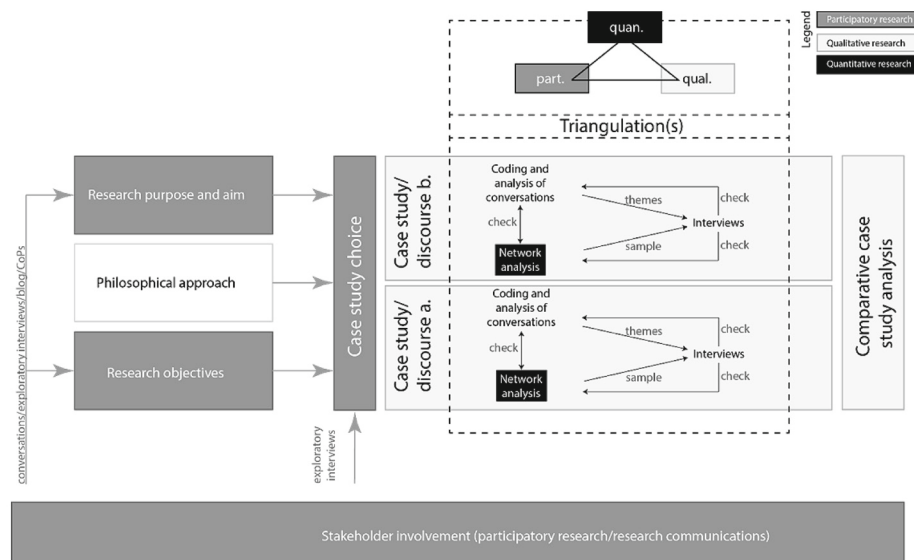
Due to this research topic sitting on the fringes of highly qualitative processes (relationship building and maintenance) and generalised structures (institutions), a variety of methods were necessary to shed light on these boundaries from various angles. As a result, this study does not attempt to have the depth, in terms of qualitative analysis, of an ethnographic study, neither does it attempt to have the breadth, in terms of broad database and resulting generalizability of findings, of a purely institutional-accountability approach.

The research question, purpose and aim of this research project all focus on different layers of social reality. At a micro-level there are the relationships between different individuals who participate in the knowledge interventions, at the meso-level there are social structures and dispositif, and at the macro-level there are institutional structures.⁵ This research attempts to uncover connections between micro, meso and macro-levels and, thus, the focus of the investigation is on the linkages between these different layers.

The methods applied at each level/layer needed only to provide *sufficient* data for discussions of their interconnectedness to be warranted. Each method offered insights on the aspect to which it is applied but the focus of the study lay on unearthing and discussing connections between the different layers. This means that in this research it was ex-

5 Note: These are not to be confused with the above used classification by Akude (2014). From here onwards, this study works with these descriptions of the relevant layers of social reality.

Figure 2:



Methodology – from a procedural viewpoint

plicitly not attempted to explore single aspects and layers in the greatest possible depth through applying individual methods in all their potential richness; e.g. the social network analysis is »merely« looking at binary relationships rather than a fully-fledged application of all statistically available tools that come with that method. The project was planned as a sequential mixed methods procedure; which means that initial results of the investigation were used, elaborated upon, and expanded as the investigation progressed (Creswell 2003).

In the following the usage of case studies is justified. It is then argued that treating these case studies as discourses is a valid approach when attempting to understand relationship creation and maintenance, human interactions and their connection to institutional settings. Finally, the methods enabling the researcher to address the specified objectives are outlined.

The research attempts to compare a modest number of cases on the basis of one independent variable, (projects') initiation act. Additionally, it attempts to develop the dependent variables through an inductive process. This sort of research is described as case-oriented research or comparative case research.

»This design aims to make comparisons *between* a relatively small number of cases (small-N-research). It compares the behaviour of theoretically important variables *across* cases, but also uses within-case analysis to explore how these similarities and differences relate to the specific context and dynamics of each case.« (6/Bellamy 2012, S. 80).

Looking at patterns and correlations in the proposed way is sometimes described as explanatory case study research. Explanatory case studies are used to establish an understanding of causal relationships. This kind of research usually includes the testing of predefined propositions. However, this is not the case in this study since no hypotheses about relationships were established before data gathering began. Additionally, as outlined above, this research does not attempt to determine causal relationships. »Causal relationships«, as well as »dependent« and »independent variables«, go in the direction of attribution; however, this research enquires about contribution. Thus, even though the case studies conducted for the purpose of this research share some aspects of explanatory case studies, they are closer to what is described as exploratory case studies (Berg 2006).

In the following both case studies are *briefly* introduced; briefly because the study itself is outlining the inner workings and important factors that make them what they are. The presentation is kept to a minimum for the reader not to form a detailed picture of the case studies based on conventionally applied categorisations and descriptors. In this way the reader is able to understand the case studies based on the actual social processes and emergent structures rather than normative and descriptive terminology used by the institutions themselves to situate their work in the development sector.

Case study 1 was a programme that attempted to connect individuals concerned with development issues across Latin America, Asia and Africa. Thus, it is aiming to reach a very broad audience. It comprised an online learning platform that facilitates knowledge sharing between individuals and that provides knowledge objects for the study of six thematic areas. It was funded by a governmental aid agency and is, essentially, a facilitator/funder initiated knowledge intermediation project. The programme was split in its delivery into six thematic areas and for the purpose of this study the focus was on one of these thematic areas and the institutional context that came with it. Data were gathered from the online learning platform, recordings from online conference calls, recordings from a study visit to Latin America, and interviews.

Case study 2 is a technical information service that provides answers to all technical questions raised in relation to a »developing country« context. Thus, this service also has a very broad audience. They accept enquiries from around the world but also focus on Latin America, South Asia and Africa. Part of their service is fulfilling a knowledge intermediary role. This knowledge intervention is essentially demand side (knowledge seeker) initiated due to all efforts being based on responding to enquiries. The current financial arrangement is that part of the money that comes into the organisation through a partnership agreement with a major government donor is allocated to the programme. The management in the head office then shares that budget with the country and regional offices. Data were gathered from email conversations, observation of face-to-face sessions in South Asia and interviews.

Each case study was considered to be a discourse in its own right. This was due to the fact that this study looks at interventions that have a determined beginning (initiation event) and end, and the fact that this research attempts to look at communicative (inter-) action and how social structures emerge from such processes. Relationships are built through routine interaction. Thus, the necessary focus on communications and the ac-

tual conversations between individuals led to the exploration of conversation and discourse analysis. After reviewing various approaches to discourse analysis and conversation analysis the most appropriate approach was identified in the sociology of knowledge approach to discourse analysis (SKAD) (Keller 2011).

The research question and objectives (with their focus on relationships and emergent social structures – power structures in the light of the initiation act) suggest looking at each case study through a discursive lens. The theoretical basis for the study builds on Berger and Luckmann's (1967) work on the social construction of reality, as well as the discourse studies presented by Foucault (Foucault/Gordon 1980; Foucault 1970). However, SKAD can be seen as an approach in its own right by offering a sociology of knowledge approach to analysing the circulation and production of knowledge in connection with institutional structures. Structure is perceived to be continuously formed and re-formed and, thus, itself based on past structure formation. It allows looking at the individual discourse event and connecting it to the institutional environment (Keller 2013). SKAD pays explicit attention to relationships and different aspects of those (including power), which are crucial to this study.

SKAD examines the discursive construction of symbolic orders which occur in the form of conflicting social knowledge relationships and competing politics of knowledge. SKAD follows Foucault and examines discourses as performative statement practices which constitute reality orders and also produce power effects in a conflict-ridden network of social actors, institutional dispositifs, and knowledge systems. It is concerned with reconstructing the processes which occur in social constructions, objectivization, communication, and the legitimization of meaning structures or, in other words, of interpretation and acting structures on the institutional, organizational or social actors' level. It is also concerned with the analysis of the social effects of these processes. This includes various dimensions of reconstruction: sense making as well as subject formation, ways of acting, institutional/structural contexts, and social consequences; how, for example, they become apparent in the form of a dispositif (Keller 2011, S. 48 f.).

SKAD enables the reconstruction and interpretation of discourse structures that are essentially power structures and can facilitate an understanding of discursive conflicts (power struggles). Discourse can be open public discourse but also special and closed discourse: the latter being the case for the two case studies. However, Keller outlines that the concept of »dispositif« allows for a thorough consideration of the »infrastructure of discourse production and problem solving« (Keller 2011, S. 56). Seen in this way dispositifs are means of external power realisation and connect and mediate discourse and wider fields of action.

»SKAD is therefore not just textual analysis of signs in use, communication, text or image research. It is simultaneously case study, observation, and even a dense ethnographic description, which considers the link between statement events, practices, actors, organizational arrangements, and objects as more or less historical and far-reaching socio-spatial processes.« (Keller 2011, S. 56)

This is also in line with the study of human relationships through interpretative approaches. »Relationships are constituted through interaction ... In other words, a focus on the *relationship in the interaction* is just as valid as a focus on the *interaction in the relationship*« (Manning /Kunkel 2014, S. 4). This justifies the attempt of understanding relationships via a focus on interactions through discourse analysis; however, Manning and Kunkel also connect relationships to what is here studied via dispositifs.

»A relationship is always embedded in its culture and, as such, is embedded in that culture's assumptions, values, histories, and artifacts. Those elements of culture can be explored in conjunction with qualitative data to look for connections that might not otherwise be intelligible without a rich, open-ended data source.« (Manning/Kunkel 2014, S. 436)

However, SKAD is not actually a method. It does not include particular data gathering methods. Thus, it was merely the chosen approach to how the case studies were seen and analysed. In the following section the chosen methods are outlined and the choice is justified by comparing different methods and connecting them with the case studies whilst having the objectives and purpose of the research in mind.

The first method elaborated is closely linked with the SKAD approach outlined above.

»SKAD ... favours sequential analysis of textual data directed towards its own research questions, to give an account of discursive claims and statements beyond the single utterance or discursive event: line by line, step by step development, debate and choice of interpretations, in order to build up a socially accountable analysis of frames (Deutungsmuster), phenomenal structure, classifications and so on. The open coding procedure elaborated by Grounded Theory indicates this way of methods.« (Keller 2011, S. 61 f.).

As outlined above, the data to be analyzed were communications between people (in different media). This makes a method necessary that allows the analysis of qualitative data. A relevant set of methods to this effect is thematic analysis. Thematic analysis is a process in which the researcher goes through various phases with the aim of identifying and defining the main themes in the data (Guest et al. 2012; Boyatzis 1998).

However, SKAD suggests that the actual utterances in a limited sequence of discourse are a reproduction and a transformative exercise of discourse structures. Coding (along grounded theory lines), it is explicitly stated in the above quote, can give access to those dynamics and reveal structures in place and shed light on the processes of production and modification (Keller 2011, 2013).

Coding is a way of making sense of qualitative data through categorisation. Utterances are analysed by searching for generic properties that enable categorisation. In grounded theory, open-coding is the first step in this process and undertaken by going through texts, line by line, and underlining utterances that might serve as categories. At this stage every word is open to interpretation because meanings are not yet attributed. Through

the coding process, patterns gradually emerge and categories become more defined. This procedure of categorisation leads, in grounded theory, to theory building. It is a bottom up approach exemplar for inductive research because it does not base categories for data analysis on existing theories (Lindlof 1995).

However, to reiterate, this does not mean that the chosen *methodology* is grounded theory. As outlined above, the methodology is a mixed methods approach of analysing two case studies that are treated as discourses as described in SKAD. To analyse the available qualitative data (utterances) the coding *method* is used as it is described in literature on grounded theory.

Coding theory

In her account on coding Charmaz (2006) distinguishes two stages; initial (open) coding and focussed coding. In the initial coding phase the analytic categories are drawn and emerge from the data. The researcher is required to approach the data with an ›open mind‹ and stay as close to it as possible. Preconceived concepts should be kept out of the process to the greatest extent possible to ›see‹ the data as undisturbed as possible. The initial codes are provisional and remain in that state since the researcher wants to keep a flexible approach to categorisation for further data to be organized in as representative a manner as the initial data (Charmaz 2006).

With initial coding there are different sizes of units of data. Grounded theorists conduct word-by-word coding (categorising every word), line-by-line coding (categorising every line of text), and incident-to-incident coding. The analysis conducted in this study draws on a mix of line-by-line coding and incident-to-incident coding. This approach is chosen because, even though SKAD underlines the importance of »every line« in the social construction of meaning, the initial coding procedure (in both case studies) showed that this was not the most valuable unit of analysis in the light of the research question. Thus, to follow the necessities determined by the research question leads at this point to a diversion from what is suggested in the SKAD literature in that what is coded can be described as statement-by-statement (further discussed below where examples are given).

Also, the research question makes the application of some predetermined codes, roles (facilitator, knowledge holder, knowledge seeker) necessary. Again, on the basis of the research question a diversion from, in this case, coding literature in »purist« grounded theory needed to be implemented. These predetermined categories contributed to the decision of coding statements; using a smaller unit of analysis (words, line) was unnecessary and any larger (utterances/ instances) would not have sufficed to answer the research question and to address the research objectives.

The second phase in the process outlined by Charmaz (2006) is focussed coding. In this phase the analytic labels that have been established in initial coding are used to analyse larger segments of data. However, even at this stage the researcher still tries to establish the adequacy of the categories. If data does not fit with the theoretical constructs re-coding previous data could become necessary.

However, not all coding processes start with open-coding and/or follow the process outlined by Charmaz; e.g. deductive coding uses already established categories that might have been identified in literature or by other methods used in a study (Lindlof 1995). In grounded theory deductive coding is a highly debated issue because it is somewhat counterproductive to the bottom up approach it promotes. Nevertheless, there are concepts, like theoretical coding, that underline the necessity to connect initial and focussed coding with pre-existent categories and theories (Glaser 2005).

This, however, is only possible when such categories exist. As argued above, applying a discourse analysis to knowledge intermediation projects has not been attempted yet and, thus, categories for analysis needed to emerge from the data through the coding process (besides the roles of facilitator, knowledge holder, and knowledge seeker).

Coding application

Coding was applied to written (extant) texts and audio recordings in both case studies; in the facilitator/funder initiated case study it was used to analyse conversations occurring in an online forum and meetings, and in the demand initiated case study it was used to analyse conversations held via email and in face-to-face encounters. For both case studies initial coding was undertaken; meaning, codes emerged from the respective data. The data, in the facilitator/funder initiated case study, were mainly textual. All of the participants' contributions to the online forum have been textual in nature; only the facilitator and some knowledge holders contributed in audio and video formats (e.g. interviews, presentations). In the, demand initiated case study, the same is the case; most data were textual in kind because the interactions between people (especially at the international level) were conducted via email.

All of these interactions can be described as natural data. What makes the data sources of this study natural is the fact that interactions and utterances under study would have occurred without the involvement of the researcher (McCreaddie/Payne 2010). The researcher assumed the role of a participant-observer, with an emphasis on observation rather than participation. This, in practice, meant that besides informing participants (for ethical considerations) of the fact that this research is being undertaken, the researcher did not participate in the discussions. From a coding perspective this resulted, for example, in one coded statement (in the facilitator/funder initiated case study) under the researcher's name and three coded responses. These response outline that the research addresses an interesting topic and that authors of those statements wished the researcher luck in his pursuits, e.g. »Dear [researcher], Really a good interesting topic, Go ahead, get PhD degree soon«. In the analysis of communication (seen as behaviour) that occurred in the online forum (of the facilitator/funder initiated case study) a variety of themes emerged. During open coding an attempt was made to code every piece of information that might be relevant to the research question and objectives. These codes were then refined and grouped until a coding scheme emerged that was fit for purpose. The overarching themes that emerged were:

1. People: *Who made this contribution?* Utterances were attributed to the person that made them. Entire contributions to the online forum were coded under a person's code. Thus, giving an indication on how often people contributed to the discussion.

2. Purpose of statement: *What seems to be the purpose of a statement?* For the coding of the purpose of a statement entire contributions were broken down into statements. The beginning and the end of a statement was determined by a perceived change in the purpose of what is being said. Due to the inductive nature, data gathered are diverse and form a crucial part of the qualitative analysis.

3. Role: *What role does the person fulfil with this statement?* These roles were taken directly (deduced) from the research question and, thus, included: knowledge holder, knowledge seeker, and facilitator. The role taken was attributed to individual statements (rather than contributions) and correlated strongly with the perceived purpose of a statement.

4. SNA: *Who talks to/with whom?* The social network analysis was conducted manually. Very early on it became clear that using automated (computerised) approaches to social network analysis would not deliver as accurate insights since in many cases participants did not use threading appropriately or consistently, and many references to each other were made in a way that a software dependent analysis would have overlooked. As a result, people's incoming and outgoing statements were coded manually.

5. Tone of statement: *What is the tone of this statement?* With this code it was attempted to capture the tone of a statement; e.g. friendly, excited, eager, etc.

These five coding themes emerged as the main themes for the analysis of the utterances occurring in the online forum. The entirety of the textual data was coded in the themes one, two and three outlined above. Theme one resulted in 1375 coded utterances; these are separate contributions. Theme two resulted in 1812 coded utterances; these are the contributions broken down into different statements that are defined by their purpose. Theme three resulted in 1413 coded utterances; these often overlap with theme one and/or two but sometimes span various statements and not the entire contribution.

The following statements serve as an illustration of how contributions were coded and split into statements. Three archetypal contributions have been chosen as examples to illustrate common coding procedures.

Example 1: »In Bangladesh there are 64 districts and 21 agro-ecological areas. As we know each area soil is suitable for some specific products. At first we can make a list of important products based on necessity, exporting demand and values. After selecting the product list, making discussion with experts we can choose the specific region for growing specific products. We have to ensure the logistic supports for the farmers. In this way farmers will be more expertise for growing products and also easily connect with dynamic market.«

This contribution has been coded under the person's name, has the purpose (code) of »sharing knowledge, opinion, view, experience« and, thus, the person is taking the role of

a »knowledge holder«. Since the entire contribution can be coded under a single purpose (and role) the entire contribution is a single statement.

Example 2: »Hi [person's name]. Thanks for your post. Would be happy if you respond to my queries below: 1. From your experience, who should be responsible to form co-operatives and how as development initiate that? 2. Are all the cooperatives you mention sustainable and gaining from the mechanism? What are the failure factors?«

This contribution has been coded under the person's name and is broken down into various statements. The first statement ends with »post«; the purpose of that statement is first and foremost to thank someone else for their contribution (purpose code: »thanks for knowledge or source sharing«); also, the tone of that statement is »appreciative«. However, that statement allows deriving more insights. In the same statement the author indicates that s/he has engaged with someone else's material and (one can safely assume that that person) has reflected upon it. The second coded purpose of the first statement is thus »reflecting upon informal contribution« (informal contribution is a contribution made in the forum's discussion threads [rather than a formal contribution by the facilitator or other expert invited by the facilitator]). Reflection on someone else's contribution leads to the understanding that this person has taken the role of a »knowledge seeker« in this instance. The second statement encompasses the remainder of the contribution which has been coded under the purpose of »asking someone for information, opinion«; however, this code has two sub-codes (»addressed« and »not-addressed«) and since this instance of knowledge seeking was »addressed« (answered by someone else) it was coded as such. Quite naturally, this second statement is also coded under the role of »knowledge seeker«; the tone of the second statement has been coded as »curious«. Additionally, since this is a contribution that engages with someone else and, actually addresses them by their name (which makes it easily observable), this entire contribution has been coded as part of the social network analysis. It has been coded with the author's name within the coding header »outgoing« and with the addressed person's name within the coding header »incoming«.

Example 3 is the response to the knowledge seeking contribution outlined in example 2 above: »hello [person's name], thank you for your queries, In Nepal, Governmental agencies, Non governmental Organization and development partners can formed co-operatives. After forming cooperatives, they have to register into the government system. So if you are working in development project, form cooperatives keeping in mind that they need to have common interest and objectives, regarding question 2, definately all are not successful. But some are successful which is natural in my opinion. The main failure factors we found are their capacity to run business. Their motive is appreciable. We need to provide intensive training how to run cooperative after we form them. My experience tells that we need to follow up regularly unless they can run their business independently. Thus, in Nepal one government agency is responsible to regulate them whether they maintain quality and standard and another government agency and development project support them to qualify as the cooperative.«

This contribution has been coded in a similar way to example two. The entire contribution is first coded with the author's name. It is broken down into two statements: first the appreciative statement of thanking for someone else's contribution and the observable engagement with someone else's informal contribution that leads the observer to believe that this person has engaged in a seeking endeavour and, thus, in this instance takes that role. With »In Nepal, ...« the second statement starts and this person is effectively »sharing knowledge, opinion, view, experience« (as in Example 1); however, since this sharing is in response to someone else's seeking behaviour the code for this section is »responding to asking for info«; this statement is coded with the role of »knowledge holder«. The final codes applied to this contribution relate to the social network analysis; author's name in »outgoing« and addressed person's name in »incoming«.

These three examples briefly illustrate how the various themes worked when applied to some data. However, contributions were not always straightforward to code. For example, themes four and five were applied to statements whenever appropriate. In the case of the »SNA« this meant that statements that showed signs of addressing a particular person were coded. Whenever these were entirely absent or when it was impossible (by observation) to determine who was being addressed, statements were not coded. In the case of »tone of statement« this meant that whenever the tone of a statement was clearly identifiable it was coded. In most cases this meant that when utterances included literal indicators about what the attitude of the speaker (tone) was then this was taken as sufficiently clear to justify coding. However, tones were also derived from statements without literal reference to someone's attitude; e.g. »Greetings from Zambia !!! This is really a good way to start New Year!!! I am very much looking forward to be part of this learning alliance« and »this is great [person's name] & i can see that each one of us will never be the same again after this training and our communities will change for the better« were coded as »excited«. Overall, there were 406 instances where the attitude of a speaker was clearly detectable to the researcher.

Additionally, when coding statements, particular attention needs to be paid to the following: In one contribution there could be two instances of the same sort (e.g. roles) separated by something else (e.g. holder-seeker-holder). This could be counted as two instances even though it is only one. The only thing that can be done to code these consistently is to have them overlap (holder running through seeker into holder). This will then turn up in the analysis as a contribution in which the author takes the position of a knowledge holder and a knowledge seeker.

Additionally, the distinction holder-seeker is sometimes difficult to maintain when looking at individual statements. Asking someone a question (knowledge seeker) might be (and is sometimes clearly) informed by previous statements (also knowledge seeker) and based on one's own knowledge (new information might be contextualised with existing knowledge). When this is communicated (observable/language as action) then this needs to be coded as knowledge holder. However, this is not always straightforward and sometimes the decisions are difficult due to the limits of observable intentions and cognitive processes.

Within the same case study (facilitator/funder initiated) the coding method was also applied to video and audio recordings. The analysis of the audio recordings followed the analysis of the online discussions. Themes for coding had already emerged and they were applied to the audio recordings as appropriate. Due to the meetings being of physical nature (some with a network moderator being connected via WebEx [a software for online meetings]) the impression was that the interactions were overall fairly unstructured. This led to the realisation that coding of the audio files was not possible in the way that the analysis of the online forum was conducted.

Thus, drawing on the mixed methods approach of this study, the researcher used the codes as guidance for qualitative analysis rather than a way of quantifying aspects of the phenomenon.

The data that this was applied to totaled 22 hours of recorded conversations that were captured in various facilitated spaces. The data represent a convenience sample of facilitated sessions and meetings. The convenience sample covered a variety of sessions from a weeklong study visit and the learning group meetings. Convenience sample, in this context, means that no other recordings were made available by the hosting institution.

With regards to the second case study coding was primarily applied to 13 email conversations. The way these were sampled were as follows: It was determined that a minimum of ten enquiries was needed for there to be sufficient conversations for a meaningful analysis, a time frame of four weeks was set in which a random sample of enquires (that engaged the triad of knowledge seeker, facilitator and knowledge holder) was taken. At 13 coded enquiries, no new codes had emerged for a while, which led to the conclusion that saturation point was reached.

In the analysis of communication (seen as behaviour) that occurred in email conversations the themes that had emerged in the coding of the online forum in the other case study were applied. This is in line with research objective (iii) and the fact that this research takes a *sequential* mixed methods approach. The intention was to test whether or not the scheme would be applicable in this context and lead to similarly rich insights (in the light of the research question) as with the online forum's analysis in the other case study.

After initial trials of coding and analysis it was concluded that the top level codes were applicable as before (1. People, 2. Purpose of statement, 3. Role, 4. SNA, 5. Tone). However at the second level a new coding scheme, emerging inductively from the data through reflection upon the research question, that was more appropriate for the analysis of the email conversations appeared necessary. Thus, the open coding procedure was applied for the codes at the second level to emerge.

Complementary qualitative data gathering and analysis

The processes outlined above and the coding scheme that emerged with regards to the demand initiated case study, were based on the email conversations. However, as with the other case study, the codes were loosely applied to some audio recordings of knowl-

edge exchange processes and interviews. These recordings were made in a face-to-face setting where the researcher (and an interpreter) observed facilitated knowledge exchanges. Two facilitated knowledge exchanges were observed at the community level, recorded and analysed, led by the research question and objectives, as well as the coding frameworks.

In this context the work done with the interpreter was important to the successful implementation of this method. The individual who was employed, after a lengthy selection process, had himself a background in the social sciences. This was important since the job of the interpreter did not just consist of translating *what* was being said but, more importantly, to convey to the researcher *how it was meant*; taking into account the cultural, social and political particularities of the context in which observations took place. In line with this, the interpreter was introduced thoroughly to the whole research project, the research questions and the methodology. Preparatory discussions took place, between researcher and interpreter, concerning to what we were trying to pay particular attention.

When observing groups (facilitated knowledge exchanges in a face-to-face context) the interpreter was observing communications and social processes; in those situations the researcher stepped back (did not ask for translations) and took notes on non-verbal cues and group dynamics that were observable without understanding what was being said. Immediately following the meeting the researcher then subjected the interpreter to a semi-structured interview; the interpreter responded to this based on notes that had been taken during the meeting and elaborated with additions from his short term memory. In this way, a rich picture emerged that not only illustrated what was said but also put this into the communicative and cultural context relevant to the situation that was being observed.

Social Network Analysis

The second method that explicitly enquired about the relationships between actors in the knowledge intermediation projects was social network analysis. It is well established that social network analysis is a valuable tool in the analysis of social structures (Wasserman/Faust 1994). The employed understanding of social structures, as already discussed above, »focuses attention on relationships between actors rather than on attributes of actors or their group membership« (Marsden/Lin 1982, S. 9). Social network analysis can focus on the relationships themselves and is, thus, a valuable tool for the assessment of the relationships found in the case studies under enquiry. Social network analysis was also of particular use with respect to the objective of mapping of relationships between knowledge holder(s), knowledge user(s) and facilitator(s).

Social network analysis attempts to expose the social relationships that bound human beings and groups together and how these relationships are structured. Additionally, it is argued that it enables enquiry into these structures and how the relations they describe impact on an individual's knowledge, behavior, beliefs, and attitudes. Relationships, in social network analysis as in network theory, are described as ties (or edges) and indivi-

duals as nodes (or vertices); node and tie are connected in the way individuals and relationships are (Prell 2012).

In this project a specific kind of social network analysis seemed appropriate. Since the case studies were approached without a hypothesis about which social structure might be encountered exploratory social network analysis was employed. As with open coding, the research process was of inductive nature; meaningful patterns emerged in the course of the analysis of the social network. Because of the absence of hypotheses (which would allow the researcher to focus on certain parts of a network) exploratory social network analysis underlines the need to study entire networks. However, this inherently leads to the question about where a network ends (Nooy et al. 2005).

In the cases studied, the boundaries are marked by the knowledge intermediation projects and their »membership«. The data necessary to conduct the analysis were gathered through observation and participant lists provided by staff members of the case study institutions. Every interaction amongst actors in the knowledge intervention was accounted for (in matrix spreadsheets). Richer (qualitative) data on the character of the ties existent in the case studies were already gathered by the other methods employed (Prell 2012).

One issue that needs explicit consideration is the comparison of networks. The mapping of the social networks analysed (knowledge interventions) should lead to a comparison of them. However, they are of different size and this can have a great impact on the value of the comparison; for example, measurements on density and degree can be biased due to these differences. Therefore, the social networks were not compared in terms of such quantitative indicators but the social networks were compared through their graphical representations/maps (and even these were interpreted with caution) (Prell 2012).

When considering another aspect of the networks analysed it became clear that in terms of their roles the actors fell, at the initiation stage, into three categories; knowledge holder, knowledge seeker, and facilitator (intermediary). In social network analysis this is described as a triad and specific modes for analysis and illustration of the relationships between them are available. One mode that is relevant to this study is the transitivity in triads. This measure can give insights into how dependent a network is on individual actors (nodes) for the maintenance of relationships (ties/arcs) (Prell 2012).

Even though there is benefit in analysing the triad pertinent in the case studies this would be an oversimplification of the situation. The role of knowledge seeker is not just attributed to one actor but to a variety of actors in both case studies; the same counts for knowledge holders. One further aspect, yet related to transitivity, that is analysed through network analysis is if actors with the same roles can be considered sub-groups. Generally, »a subgroup in a network refers to an area of a network larger than a dyad or triad yet smaller than an entire network« (Prell 2012, S. 151). Additionally, it was also interesting to see if the subgroups in the case studies are *cohesive* subgroups, something else that SNA emphasises.

As outlined above the data for the social network analysis were gathered manually in parallel with the coding procedure. The attempt was made to gather further data through

surveys regarding the social ties developed in facilitated spaces that were not based on textual communication. However, response rates were very low (e.g. 2 out of 9 in one of the learning groups) which made such analysis impossible. Utterances that showed indications of being part of a conversation between at least two individuals were coded with the »sender's« name and the »recipient's« name. Once completed, a matrix query was run in Nvivo10 that resulted in what is called an adjacency matrix. This adjacency matrix was then imported into UCINET 6 (Borgatti et al. 2002) for analysis and Gephi for graphical illustration.

The analysis of the case studies follows the ideas of SKAD and, therefore, the focus is on the interactions between individuals. However, what has not been addressed so far is the role people's thoughts play in knowledge intermediation projects and how those are related to the social structures involved in the case studies. Pragmatism and mixed methods research both aim at understanding the object of study as thoroughly as possible. In that context, interviews were employed to get an understanding of people's thoughts and perceptions, as well as their feelings, and attitudes towards each other and their relationships. This increased the researcher's understanding of the case studies, especially with regard to the roles people play. From a procedural perspective, the interviews were conducted towards the end of the case studies and, thus, also gave the researcher the opportunity to test the reliability of some of the preliminary findings that had emerged in the coding and social network analysis exercises. It was possible to see if participant's perceptions and priorities overlap with some of the researcher's results and reasons for similarities and differences were followed up.

4 Findings and discussion

The specific research question to be addressed by this study was »how can knowledge intermediation projects be monitored and evaluated with regard to the relationships they entail and facilitate?« To answer this question a defined methodology has been explored and discussed, and some reflections on the methodology are presented here. It was found in this study that knowledge-power is constantly present and that, by engaging in social processes, knowledge-power is constantly negotiated in south-south knowledge interventions. This is, however, an element that is not consciously dealt with in the two case studies and it is recommended that awareness of knowledge-power needs to increase especially when knowledge intermediation projects aim at facilitating the establishment and maintenance of (symmetric) relationships. If people with interest in facilitating knowledge processes are not conscious of the risks outlined by Flood (1999) and others then most likely, the status quo is (whether or not it is satisfactory) continuously re-constructed through discursive practices and other structuration processes ongoing in social spaces.

In the facilitated social spaces it was found that the institutionalisation of turn-taking practices needs particular attention. It was found that ways in which this practice takes place might lead to the structuring of conversations in forms that are preventative to pro-

cesses of knowledge co-creation. However, since institutionalisation is often unavoidable (especially when working with large donor organisations) different theories about knowledge creation processes should be considered. The information sciences offer many insights that can help improve upon current practice.

With regards to the applied methodology, the focus of this paper, a variety of insights and reflections can be drawn. In the following, some general reflections on the methodology, on coding processes, and on the particular case studies are offered. The overall impression was that despite some limitations and challenges the methodology led to an accurate description of the knowledge intermediation projects, and the relationships facilitated in the process. From the viewpoint of the researcher, the confidence about this being the case originates in the two levels of triangulation outlined in the methodology (see figure 2). It needs to be said that the methodology was developed with the research question in mind and, considering that, the aspects analysed in the two case studies would be different if other research methods had been chosen to address different research questions.

Most beneficial in bringing together the researcher's thoughts on knowledge, discursive practice, institutional structures, and power relationships was the sociology of knowledge approach to discourse analysis (SKAD) and any study attempting to link human interaction with institutional structures by looking at processes of structuration should consider this innovative approach to discourse analysis.

Challenges and future opportunities

However, the decentralised nature of the demand-led case study made minor changes to the methodology necessary (*vis-à-vis* the other case study). This makes it likely that modifications to the methodology are necessary when attempting a comparable enquiry on different knowledge intermediation initiatives.

Additionally, the analysis of the demand initiated case study, at the local level, would have benefited from speaking to some knowledge holders. Furthermore, more observation of the relationships between facilitators (in local knowledge hubs), community members (mostly knowledge seekers) and knowledge holders would have benefited the enquiry. Neither was possible due to organisational and financial challenges. It is therefore acknowledged that this has been an exploratory and inductive research project that has now established an area of enquiry and developed theories and insights that can serve as hypotheses for larger scale studies.

It is likely that the applied methodology, even when addressing some of the mentioned limitations, is unable to provide data for solid comparative analysis. As the complexity of the applied methodology illustrates, manifold factors influence interactions and processes of structuration in both case study contexts. Simplification, which necessarily comes with more deductive reasoning and quantitative analysis, will be necessary to achieve robust data for comparative analysis. Furthermore, it was intended to apply social network analysis across all facilitated spaces to illustrate the social structures that

emerged across these spaces. It was attempted to gather the necessary data with the help of surveys. However, the fact that a very high (close to 100 %) response rate is required for this approach to work made this impossible in practice. In retrospect, applying social network analysis to face-to-face scenarios makes it necessary that the researcher ensures that every relevant individual fills out the questionnaires.

Positionality

The focus of this paper warrants an explicit observation and reflection about the researcher's own role in conducting this research project. As has been outlined above the employed strategy to address the researcher's own influence on the research project was one of transparency and of seeing the engagement with the research context as an opportunity (for research impact) rather than an obstacle to (positivistic) objectivity.

Upon reflection, this strategy worked reasonably well. At the broadest level engaging with policy makers and development practitioners occurred without indications of adverse effects this research could have on stakeholders. In the online spaces the researcher was so marginalised (especially in the facilitator initiated case study merely one of the many non-participating members) that the impact on people and communications appeared to be minimal. Where more vulnerable groups (people further removed from experiencing international development) were engaged the outlined approach to working with the interpreter appeared appropriate.

It was observable how the dynamic of face to face meetings (that the interpreter and researcher were observing) was partially influenced by our presence. This occurred to different degrees in different meetings and communities. Especially one of the meetings we observed appeared staged. This led to disclaimers being used in the analysis of the findings. For example the following section:

»As a note of caution, the facilitator seemed to be addressing the interpreter (eye contact) quite frequently; especially when emphasising that more support was needed for the participants to be able to enter a second phase of the tailoring training they were receiving. Despite the investigators having outlined various times that they had no affiliation with funding bodies or development NGOs and were there purely for research purposes the observed facilitated knowledge processes were clearly influenced by the presence of two external individuals (one white non-Nepali speaking foreigner and a ›professional‹ English speaking Nepali from Kathmandu). He [the facilitator] kept going on about the advanced training even though the participants had not really talked about it.«

It also led to preventing overreliance on data gathered through the pre-organised meetings. Whilst the research questions made it necessary to observe the facilitators in their engagement with communities the interpreter and researcher also engaged community members external to those processes. The picture that emerged from these data was dif-

ferent to some extent (depending on the community context) and enabled contextualisation and re-interpretation of other data and findings.

Impact of culture

The above hints at the role culture and social dynamics play in investigations of this kind. Another example for this relates to the analysis of relationships by interpretation of coding of tones (and other non-verbal communication that is crucial to human relationships). As mentioned above, great caution was applied when coding tone. It was mostly used when people claimed explicitly how they wanted to be received (e.g. »This is so exciting. ... «). In the culturally ›homogenous‹ spaces the researcher worked with a local interpreter (approach outlined above). In the online spaces, due to the nature of south-south knowledge exchanges, groups were culturally heterogeneous (international groups, speaking mostly non-native languages [mainly English], using very technical language at times, etc.). It can be argued that, therefore, these spaces developed their own interpretations of tonation and atmosphere. In the analysis of the data this becomes evident. For example, in the seeker initiated case study (in the online spaces) the

»top level code ›tone‹ was used 55 times when the attitude of authors was observable. People showed signs of being apologetic, ›Sorry for being so rude and not replying‹; appreciative, ›Wonderful and thank you!‹; curious, ›I have now come into another issue that you might be able to help me with‹; and hopeful, ›I hope it adequately address your queries‹. However, most conversations were short and to the point and it was often impossible to identify anything besides the technical character of the queries and their responses. This and the limited amount of other observable attitudes led to the perception that the conversations were mainly formal and technical.«

The methodology surfaced that the atmosphere and culture that was reflected in the tones of people's contributions was different across different spaces. This came through in the coding but was then triangulated by enquiring about participants' own perception of the matter in the interviews. The findings from coding and participants' own perceptions overlapped to a substantial degree.

5 Conclusions

This study developed an innovative mixed methods methodology that features participatory, quantitative and qualitative strands running alongside each other and including a set of interconnected methods that is in line with underpinning theory, approaches and research philosophy. This methodology allows monitoring relationship development and maintenance in spaces facilitated by knowledge intermediation projects whilst engaging relevant stakeholders in a constructive manner. When reviewing the methodology with

monitoring and evaluation practice in mind, it became evident that the analysis of discursive practices, acts of speech, and other forms of communication (e.g. non-verbal) is pivotal in any attempt to understand human relationship building and maintenance and the influence facilitated spaces might have on these. Thus, a confrontation with qualitative data is unavoidable. This has implications for any institution or individual undertaking such an endeavor; especially in terms of scalability. It has been found that case studies are very useful in this context since they allow for the exploration of interconnectedness between different processes and deliver the depth/detail of data needed to pursue such questions.

Due to the significant depth in understanding that the applied methodology adds, knowledge intermediation projects should consider integration of the methodology or aspects of the methodology in management processes undertaken in the delivery of knowledge intermediation projects and other endeavours that aim at facilitating knowledge processes. Monitoring and evaluation must not be seen as a separate undertaking to project delivery (even though this might lead to conflicts of interest). In such a scenario, where learning and improving programme delivery goes hand-in-hand with monitoring and evaluation (and upward/downward accountability) the usage of a methodology leaning towards analysis of qualitative data might be easier to justify.

Implementing the above can help establish more critical approaches and findings from within the international development community (driven by evaluators). Such practice could develop a body of evidence that shows at the level of citizens' lived experience what Akude, Hornidge, and Eyben are pointing towards at a more abstract level. Only when confronting the practical implications of our institutional constraints and procedural blind spots can we claim to put the interest of the people we are claiming to help first. This is not easy considering the vested interests at stake; however, the participatory strand of the research methodology has led to direct engagement between the researcher and individuals who are asking for tools and approaches that can help them do exactly this.

References

- 6, P/Bellamy, C. (2012): Principles of methodology: research design in social science. London: SAGE.
- Akude, J. E. (2014): Knowledge for development: a literature review and an evolving research agenda. Bonn: Deutsches Institute für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 18/2014. Available at: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2015/5603/pdf/DP_18.2014.pdf (Accessed May 5 2017).
- Baaz, M.E. (2005): The paternalism of partnership : a postcolonial reading of identity in development aid. London: Zed Books.
- Berg, B.L. (2006): Qualitative research methods for the social sciences. Boston and London: Pearson/Allyn and Bacon.
- Berger, P./Luckmann, T. (1967): The social construction of reality: a treatise in the sociology of knowledge. London: Allen Lane.
- Borgatti, S./Everett, M./Freeman, L. (2002): Ucinet for Windows: Software for Social Network Analysis. Harvard: Analytic Technologies.

- Boyatzis, R. (1998): Transforming qualitative information: thematic analysis and code development. Thousand Oaks: SAGE.
- Brinkerhoff, J. (2002): Partnership for International Development: Rhetoric or Result? London: Lynne Rienner.
- Chambers, R./Pettit, J. (2004): Shifting Power to Make a Difference. In: Groves, L./Hinton, R. (eds): Inclusive aid: changing power and relationships in international development. London: Earthscan, S. 137–162.
- Charmaz, K. (2006): Constructing grounded theory: a practical guide through qualitative analysis. London: SAGE.
- Cornwall, A. (2004): Introduction: New Democratic Spaces? The Politics and Dynamics of Institutionalised Participation. In: IDS Bulletin, 35(2), S. 1–10.
- Creswell, J. (2003): Research design: qualitative, quantitative, and mixed methods approaches. Thousand Oaks: SAGE.
- Davies, S. (1994): Introduction: Information, Knowledge and Power. In: IDS Bulletin, 25(2), S. 1–13.
- Duck, S. (2007): Human relationships. London: SAGE.
- Durkheim, E./Catlin, G. (1938): The rules of sociological method. New York: Free Press.
- Eyben, R., (2013): Building Relationships in Development Cooperation: Traditional Donors and the Rising Powers. IDS Policy Briefing. Available at: <http://www.ids.ac.uk/publication/building-relationships-in-development-cooperation-traditional-donors-and-the-rising-powers> (Accessed February 3, 2015).
- Eyben, R. (2010): Hiding Relations: The Irony of ›Effective Aid‹. In: European Journal of Development Research, 22(3), S. 382–397.
- Faminow, M./Carter, S./Lundy, M. (2009): Social Entrepreneurship and Learning: the Case of the Central America Learning Alliance. In: Journal of Developmental Entrepreneurship, 14(4), S. 433–450.
- Flood, R. (1999): Rethinking the fifth discipline: learning within the unknowable. London: Routledge.
- Foucault, M. (1970): The order of things. An archaeology of the human sciences. London: Tavistock.
- Foucault, M./Gordon, C. (1980): Power/knowledge: selected interviews and other writings, 1972–1977. New York and London: Harvester Wheatsheaf.
- Gaventa, J. (2006): Finding the Spaces for Change: A Power Analysis. In: IDS Bulletin, 37(6), S. 23–33.
- Glaser, B. (2005): The grounded theory perspective III: theoretical coding. Mill Valley: Sociology Press.
- Guest, G./MacQueen, K./Namey, E. (2012): Applied thematic analysis. Los Angeles: Sage Publications.
- Hammersley, M./Atkinson, P. (2007): Ethnography. Principles in practice. London: Routledge.
- Hornidge, A.-K. (2013): ›Knowledge‹, ›Knowledge Society‹ and ›Knowledge for Development‹. Studying Discourses of Knowledge in an International Context. In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Wiesbaden: VS, S. 397–424.
- Hornidge, A.-K. (2014): Wissensdiskurse: Normativ, Faktisch, Hegemonial. In: Soziale Welt, 65, S. 7–24.
- Jones, H./Jones, N./Shaxson, L./Walker, D. (2012): Knowledge, policy and power in international development. A practical guide. Bristol: Policy Press.
- Kaplan, A./Haenlein, M. (2010): Users of the world, unite! The challenges and opportunities of Social Media. In: Business Horizons, 53(1), S. 59–68.
- Keller, R. (2011): The Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD). In: Human Studies, 34(1), S. 43–65.
- Keller, R. (2013): Doing discourse research: an introduction for social scientists. London: SAGE.
- Laws, S./Harper, C./Marcus, R. (2002): Research for development: a practical guide. London: SAGE.
- Leeuwis, C./Aarts, N. (2011): Rethinking Communication in Innovation Processes: Creating Space for Change in Complex Systems. In: The Journal of Agricultural Education and Extension, 17(1), S. 21–36.
- Lindlof, T. (1995): Qualitative communication research methods. Thousand Oaks and London: SAGE.
- López, J./Scott, J. (2000): Social structure. Buckingham: Open University Press.

- Manning, J./Kunkel, A. (2014): Making meaning of meaning-making research: Using qualitative research for studies of social and personal relationships. In: *Journal of Social and Personal Relationships*, 31(4), S. 433–441.
- Mansfield, W./Grunewald, P. (2013): The use of Indicators for the Monitoring and Evaluation of Knowledge Management and Knowledge Brokering in International Development. Available at: <http://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Knowledgeindicatorsworkshopreport8thMarch2013.pdf>.
- Marsden, P./Lin, N. (1982): *Social structure and network analysis*. London: SAGE
- Mayoux, L. (2006): ›Quantitative, Qualitative or Participatory? Which Method, for What and When?‹ In: Desai, V./Potter, R. (eds.): *Doing development research*. London: SAGE, S. 115–129.
- McCreaddie, M./Payne, S. (2010): Evolving Grounded Theory Methodology: towards a discursive approach. In: *International journal of nursing studies*, 47(6), S. 781–793.
- Nonaka, I. (1994): A Dynamic Theory of Organizational Knowledge Creation. In: *Organization Science*, 5(1), S. 14–37.
- Nooy, W. de/Mrvar, A./Batagelj, V. (2005): *Exploratory social network analysis with Pajek*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Polanyi, M. (1967): *The tacit dimension*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Prell, C. (2012): *Social network analysis: history, theory and methodology*. London: SAGE.
- Rabinow, P. (1984): *The Foucault reader*. London: Penguin Books.
- Wasserman, S./Faust, K. (1994): *Social Network Analysis. Methods and Applications*. Cambridge: Cambridge University Press.
- World Bank Institute, n.d. Focus on South-South knowledge exchange. Available at: http://siteresources.worldbank.org/WBI/Resources/213798-1259011531325/6598384-1268250571502/south_overview_nospread.pdf.

Address:

Professor Louise Cooke
 Professor of Information & Knowledge Management
 Head of Information Management Discipline Group
 School of Business & Economics, Room BE 1.31a
 Loughborough University
 Loughborough LE11 3TU, UK
 L.Cooke@lboro.ac.uk

Dr. Philipp Grunewald
 Research Associate in Digital Humanities
 Kings College
 London, UK.
 philipp.grunewald@kcl.ac.uk

Oke Bahnsen / Eric Linhart

Politische Diskurse in Print- und Online-Medien:

Eine empirische Analyse am Beispiel der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014¹

Zusammenfassung: Gerade im Zuge der Etablierung digitaler Technologien erschließen Massenmedien immer neue Distributionskanäle. Diese Ausdifferenzierung der Kommunikationsplattformen resultiert in eine Fragmentierung der Öffentlichkeit. Wir untersuchen mithilfe eines Vergleichs der Online- und Print-Diskurse um die EEG-Novelle 2014, inwiefern Diskurse durch ihre mediale Plattform geprägt werden. Wir zeigen, dass sich in unserer Anwendung Diskurse in Print- und Online-Medien signifikant voneinander unterscheiden, sowohl in Hinblick auf das Standing unterschiedlicher Akteure als auch auf die Argumente – in ungefähr ähnlichem Ausmaß wie die Berichterstattung zwischen den Medienhäusern differiert. Die Subdiskurse unterscheiden sich dabei dennoch in ihrer Struktur nicht fundamental.

Schlagwörter: Diskursanalyse, mediale Plattform, Online-Diskurs, Print-Diskurs, Erneuerbare-Energien-Gesetz

Summary: With the emergence of digital technologies, the mass media exploited new distribution channels. This differentiation of communication platforms led to a fragmentation of the public sphere. Based on a comparative discourse analysis on the German Renewable Energy Act Amendment 2014, including both print and online media, this article investigates the influence of media platforms on the public discourse. We find that, in our application, the online and print discourses vary significantly from each other with regard to both the standing of actors and the framing of the main arguments. This variation is on a similar level like differences between newspaper publishers. Despite this variation, the main structures of the print media and the online media discourses do not differ fundamentally.

Keywords: discourse analysis, media platform, online discourse, print discourse, German Renewable Energy Act

1 Einleitung

Öffentliche Diskurse nehmen bei der politischen Willensbildung eine zentrale Rolle ein: Verschiedene politische Akteure versuchen, Debatten in die von ihnen gewünschten Richtungen zu beeinflussen und konstruieren damit die Diskurs-Realität. Dies ist – unter anderem – von zentraler Bedeutung für den politischen Wettbewerb. Nur Akteure, die

1 Wir bedanken uns bei zwei anonymen GutachterInnen sowie bei den Herausgebern und der Redaktion der Zeitschrift für Diskursforschung für wertvolle Hinweise.

nach ihren Vorstellungen Einfluss auf Kommunikations- und Argumentationsprozesse nehmen, können sich im Kampf um die Meinungshoheit behaupten (Kerchner/Schneider 2006; Schulz 2011; Vowe/Dohle 2007). So versuchen Parteien, über die Medien Botschaften an potentielle WählerInnen zu adressieren.² Speziell Regierungsparteien nutzen Diskurse, um politische Entscheidungen vorzubereiten, während es für Oppositionsparteien zentraler ist, sich als bessere Alternative zur Regierung zu präsentieren (Gebauer 1998, S. 464; Pfetsch 1999). Für Interessengruppen, die in politischen Entscheidungsprozessen nur über wenig formale Macht verfügen, stellt der öffentliche Diskurs eine wichtige Möglichkeit dar, um über Sinndeutungen auf politische Entscheider einzuwirken. Neben dem direkten Kontakt zu politischen Entscheidern wählen Verbände auch den Weg über die Medien, um WählerInnen direkt und Parteien damit mittelbar zu beeinflussen (von Beyme 1980; Sebaldt/Straßner 2004). Ziel dabei ist es häufig, Debatten und Problemdeutungen möglichst frühzeitig durch eigene Interpretationen zu prägen (Speth 2010, S. 13). Um die Deutungshoheit zu gewinnen, können sich politische und gesellschaftliche Akteure zu »advocacy coalitions« (Sabatier 1987, 1988; Klüver 2012) zusammenschließen, die in der Regel auf gemeinsamen Interessen oder Wertvorstellungen (»belief systems«) gründen (Sabatier 1988, S. 131).

Von Interesse für politische SprecherInnen sind hierbei vor allem Massenmedien, die im Gegensatz zur Versammlungsöffentlichkeit eine permanente Kommunikationsplattform bieten und ein entgrenztes Publikum erreichen (Neidhardt 1994). Die Massenmedien erschließen dabei nicht erst seit der Etablierung digitaler Technologien immer neuere Distributionswege.³ Die damit zusammenhängende Ausdifferenzierung von Kommunikationsplattformen ist für die empirische Erforschung von Diskursen nicht unproblematisch. Konstituiert sich Öffentlichkeit auf verschiedenen Plattformen, dann sind je nach Plattform unterschiedlich geprägte Diskurse denkbar, sodass Forschungsergebnisse, die sich auf ein Medium oder einen Medientyp konzentrieren, unter Umständen nicht robust ausfallen. Da sich viele solcher empirisch ausgerichteter Diskursanalysen einseitig auf einen Medientyp stützen – zumeist auf eine Auswahl an Print- oder Online-Medien – ist dieses Problem auch von praktischer Relevanz.

Über die Bedeutung von Unterschieden zwischen insbesondere Online- und Print-Medien der Qualitätspresse liefern bisherige Studien keine einheitlichen Befunde. Einige Studien kommen zu dem Schluss, dass sich Print- und Online-Artikel kaum voneinander unterscheiden.⁴ Andere Untersuchungen hingegen identifizieren sowohl inhaltliche als auch qualitative Unterschiede zwischen Print- und Online-Artikeln.⁵ Quandt (2008)

2 Vgl. Jarren/Donges (2011), Klingemann/Voltmer (1998), Langenbucher/Lipp (1982), Sarcinelli (2011), Schulz (2011).

3 Vgl. Leonard (2013), Weiß (2014), Hofmann (2015), Pürer (2015).

4 Vgl. Engebretsen (2006), Hoffman (2006), Van der Wurff et al. (2008), Jakubetz (2011), Barnhurst (2013). Nach Weiß (2014, S. 132) fungieren digitale Medien hauptsächlich als »Resteverwerter« gedruckter Nachrichten.

5 Vgl. Quandt (2008), Cacciatore et al. (2012), De la Piscina et al. (2015), Tenenboim-Weinblatt/Neiger (2015).

sieht sogar stärkere Unterschiede zwischen Medientypen als zwischen einzelnen Medienhäusern.

Diese inhaltliche Abhängigkeit medialer Berichterstattung von der Kommunikationsplattform stellt für die empirisch ausgerichtete Diskurs-Forschung die Frage in den Vordergrund, wie die öffentliche Meinung angemessen erfasst werden kann. Während sich bereits zahlreiche Arbeiten mit generellen Unterschieden zwischen Print- und Online-Medien befasst haben (siehe ausführlich Abschnitt 2.2), stellen Vergleiche konkreter Diskurse in unterschiedlichen Medientypen noch weitgehend ein Desiderat dar. Die vorliegende Arbeit setzt hier an und untersucht unter Verwendung einer akteurszentrierten Diskursanalyse medienabhängige Effekte auf Diskursstrukturen. Konkret gehen wir der Frage nach, inwiefern sich medientypspezifische und verlagshausabhängige Effekte auf die Berichterstattung nachweisen lassen und wie hoch die jeweilige Bedeutung für die Diskursstruktur ist. Exemplarisch wird der Diskurs um die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 betrachtet. Dieser Diskurs eignet sich besonders für eine derartige Analyse, da er erstens von einer breiten Beteiligung gesellschaftlicher Akteure und kontroversen Standpunkten geprägt ist (Herbes et al. 2014), ohne die eine solche Analyse nicht zielführend wäre. So umfasst er verschiedene Akteurstypen wie Parteien, Verbände, Unternehmen und WissenschaftlerInnen, die auf verschiedenen politischen Ebenen (EU, Bund, Land, Kommune) tätig sind und in verschiedenen Politikfeldern (Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz) agieren (Bahnsen/Linhart/Tosun 2016). Zweitens gilt die Energiewende als zentrales politisches Thema in Deutschland, dem sowohl politische Entscheider als auch andere gesellschaftliche Akteure eine besonders große Bedeutung beimessen (Linhart/Windwehr 2012; Mast/Stehle/Krüger 2010). Mitunter gelten energiepolitische Themen sogar als wahlentscheidend (Gabriel/Kornelius 2011; Gothe 2011), sodass die Akteure sich in solchen Diskursen besonders engagieren sollten und Medienaufmerksamkeit tatsächlich ein knappes Gut darstellt. Drittens zeichnet sich die öffentliche Auseinandersetzung um das EEG durch eine hinreichend große Argumentationsvarianz aus (Bahnsen/Linhart/Tosun 2016), wie sie für eine vergleichende Analyse notwendig ist.

Um Unterschiede zwischen dem Print- und dem Online-Mediendiskurs herauszuarbeiten, diskutieren wir zunächst das Konzept der Öffentlichkeit, insbesondere mit Blick auf empirische Befunde zu Unterschieden zwischen digitalen und analogen Öffentlichkeitsformen, um später unsere Ergebnisse einordnen zu können (Abschnitt 2). Im Anschluss erläutern wir methodologische Grundlagen der Diskursanalyse (Abschnitt 3). Danach legen wir unsere Datengrundlage und die verwendete Methodik dar (Abschnitt 4) und präsentieren sowie diskutieren unsere Ergebnisse (Abschnitt 5). Wir schließen mit einem kurzen Fazit.

2 Öffentlichkeit und die Entwicklung öffentlicher Meinung

2.1 Zum Konzept der Öffentlichkeit

Für die Analyse medialer Diskurse ist das Konzept der Öffentlichkeit zentral. Nach Jürgen Habermas beschreibt das Konzept der Öffentlichkeit »am ehesten ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen« (Habermas 1992, S. 436). Öffentlichkeit kann demnach als soziale Struktur begriffen werden, die über Kommunikation entsteht. Das Netzwerk der Öffentlichkeit ist nach Habermas dabei durch eine Vielzahl von Themen und Akteuren charakterisiert, sodass ein Nebeneinander von verschiedenen »Teilöffentlichkeiten« oder Kommunikationsarenen beobachtbar ist. Entsprechend lässt sich etwa nach räumlichen Arenen, nach Sachthemen oder nach kommunikativer Reichweite differenzieren. Auch mediale Plattformen können damit Teilöffentlichkeiten konstituieren (vgl. Koopmans 2004). Dabei gibt es zwar häufig keine Überschneidungen der verschiedenen Teilöffentlichkeiten, allerdings sind »hermeneutische Brücken« (Habermas 1992, S. 452) möglich.

Gerhards/Neidhardt (1991) knüpfen an diese und andere Punkte des Habermasschen Öffentlichkeitskonzeptes an, versuchen jedoch ein Modell zu entwerfen, das für empirische Überprüfungen herangezogen werden kann. Sie definieren Öffentlichkeit als Kommunikationssystem, in dem Themen und Meinungen gesammelt (»input«), verarbeitet (»throughput«) und weitergegeben (»output«) werden. Entsprechend ist Öffentlichkeit nach Gerhards/Neidhardt (1990, 1991) Ort der öffentlichen Meinung. Dabei ist die moderne Öffentlichkeit durch das Streben von SprecherInnen charakterisiert, über Kommunikatoren beim Publikum Aufmerksamkeit für Botschaften zu finden.⁶ Die Foren der öffentlichen Kommunikation unterteilen Gerhards/Neidhardt (1990) dabei in die Arena, in der sich die konkurrierenden SprecherInnen begegnen, und in die Galerie, in der sich das Publikum versammelt und letztlich darüber entscheidet, welche SprecherInnen sich im Kampf um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit durchsetzen können. SprecherInnen und Publikum können dabei auf verschiedenen Öffentlichkeitsebenen zueinanderfinden. Die Massenmedien stellen die relevanteste Kommunikationsplattform dar, da sie die Etablierung von kompetitiven Medienmärkten ermöglichen und die Reichweite der Kommunikation auf ganze Gesellschaften erweitern (Neidhardt 1994).

Mit Blick auf digitale Innovationen, die Ausdifferenzierung medialer Distributionswege und die Veränderung der Medienproduktion (Pürer 2015; Hofmann 2015; Leonard 2013) ist die Frage nach den Auswirkungen der Etablierung neuer Medien auf Öffentlichkeit und Diskurse von großer Relevanz. Neue Technologien haben eine stärkere Fragmentierung der Öffentlichkeit und neue Partizipationsmöglichkeiten zur Folge (Waller/Adolf 2011). Dabei ist es prinzipiell sowohl denkbar, dass neue Medien zur Kontinuität der bisherigen Öffentlichkeitsformen beitragen, als auch, dass sie die Struktur der Öffentlichkeit grundsätzlich verändern. Letzteres hätte die strukturelle Unterschiedlichkeit von Diskursen in neuen und traditionellen Öffentlichkeitsformen zur Folge, mit ent-

6 Vgl. Neidhardt (1994), Vowe/Dohle (2007), Schulz (2011), Klauß (2015).

sprechenden Konsequenzen insbesondere für die empirisch ausgerichtete Diskursforschung.

2.2 Bisherige Erkenntnisse und Erwartungen zur Ähnlichkeit von Diskursen in Print- und Online-Medien

Die Nachrichtenproduktion der Medienhäuser wurde mit dem Einzug neuer Informations- und Kommunikationstechnologien seit jeher von umfassenden Veränderungen erfasst (vgl. Leonard 2013; Weiß 2014). So bilden regelmäßig erscheinende Druckerzeugnisse seit der Etablierung digitaler Technologien nicht mehr den uneingeschränkt wichtigsten Distributionsweg (Pürer 2015), da Verlagshäuser in Erwartung eines »völlig neuen Journalismus« (Quittner 1995) neue Verbreitungskanäle für ihre Produkte erschlossen haben. Heute betreibt beinahe jeder Zeitungsverlag einen Online-Auftritt, der als »klassisches Online-Medium« (Weiß 2014, S. 132) angesehen werden kann. Diese Entwicklung verändert nicht nur die externen Distributionskanäle, sondern auch die interne Struktur der Medienhäuser und die Art der Nachrichtenproduktion, was etwa durch die Einrichtung des »Newsdesks« zur crossmedialen Aufbereitung von Nachrichten zum Ausdruck kommt (Leonard 2013; Weiß 2014; Hofmann 2015). Als Konsequenz konvergiert die Medienproduktion wie -distribution für verschiedene Kanäle zunehmend, wobei verstärkt ökonomische Ressourcen zur Reversionierung bestehender Inhalte für verschiedene Verbreitungswege aufgewendet werden (Doyle 2010). Parallel zu dieser Entgrenzung der journalistischen Organisation findet jedoch eine Redifferenzierung der medialen Inhalte und Arbeitsprozesse statt, die sich zum Teil in der losen Kooperation weitgehend unabhängiger Redaktionen ausdrückt (Loosen 2005; Breit 2014; García-Avilés/Kaltenbrunner/Meier 2014). Diese grundlegende Neuausrichtung der Nachrichtenproduktion stellt die Frage nach den Konsequenzen für die Nachrichteninhalte der verschiedenen Verbreitungswege. Hat die technisch-ökonomische Konvergenz der Nachrichtenproduktion und -distribution auch eine inhaltliche Konvergenz zur Folge? Oder führen unabhängig voneinander agierende Redaktionen zu strukturellen Unterschieden in der Berichterstattung?

2.2.1 Hinweise auf Kongruenz zwischen den Distributionsformen

Empirisch lassen sich widersprüchliche Hinweise zu den inhaltlichen Unterschieden und Gemeinsamkeiten neuer – insbesondere Online-Medien – und herkömmlicher Medientypen – insbesondere Print-Medien – finden. Eine nicht unbedeutende Anzahl nationaler Untersuchungen von US-amerikanischen (Barnhurst 2013; Hoffman 2006), skandinavischen (Engelbrechtsen 2006) oder deutschen Zeitungen (Neuberger et al. 1998) sowie länderübergreifender Analysen von Nachrichten (Van der Wurff et al. 2008) kommt mittels Inhaltsanalysen zu dem Schluss, dass sich Online- und Print-Artikel aus inhaltlicher Sicht kaum unterscheiden oder gar nur in den Überschriften (Barnhurst 2013) variieren.

Diese Befunde zur Ähnlichkeit der Berichterstattung in Print- und Online-Medien innerhalb eines Verlagshauses lassen sich als Hinweis darauf verstehen, dass digitale Medien, insbesondere zu Beginn der Erschließung des digitalen Distributionsweges, als »Resteverwerter« (Weiß 2014, S. 132) gedruckter Nachrichten fungieren und kaum selbstständig bei der Nachrichtenproduktion mitwirken. Engebretsen (2006) weist auf geringe Ressourcen und eine fehlende redaktionelle Autonomie von Online-Redaktionen hin, die eine Orientierung am (und damit Ähnlichkeit zum) Print-Journalismus erklärt. Van der Wurff et al. (2008) verweisen zudem auf grundsätzlich ähnliche Arbeitsweisen von Online- und Print-Journalisten, insbesondere bei der Auswahl der Nachrichten. Hinzu kommt, dass teilweise nicht einmal getrennte Online- und Print-Redaktionen existieren. Doch auch dort, wo es unterschiedliche Redaktionen gibt, ist denkbar, dass Verlagshäuser auf eine inhaltliche Konsistenz innerhalb ihres Hauses achten. Die Installation der oben angesprochenen medientypübergreifenden »Newsdesks« kann dies gewährleisten.

2.2.2 Hinweise auf potenzielle Unterschiede zwischen den Distributionsformen

Im Gegensatz dazu existieren empirische Befunde, die systematische Unterschiede zwischen Online- und Print-Nachrichten darlegen. So zeigen Gasher/Gabrielle (2004) durch einen Vergleich der digitalen und gedruckten Ausgaben einer kanadischen Tageszeitung, dass Online-Artikel einen stärker internationalen Fokus aufweisen als gedruckte Nachrichten. Dieses Resultat wird insbesondere auf die Abhängigkeit von Nachrichtenagenturen mit ihrem weiten Fokus zurückgeführt. Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt Maier (2010) durch eine Analyse verschiedener US-amerikanischer Tageszeitungen. Singer (2001), die sechs verschiedene Zeitungen aus Colorado untersucht, kommt zu dem Schluss, dass Online-Produkte zudem deutlich stärker über lokale Themen berichten. Singer erklärt dies damit, dass Online-Medien mit ihrer knappen Ressourcenausstattung im Zweifel überdurchschnittlich oft lokale Nachrichten aus der Print-Redaktion übernehmen, um den heimischen Lesern einen Vorteil gegenüber überregionaler Online-Medien zu bieten.

In dieses Bild passen Quandts (2008) Ergebnisse, der die Nachrichtenprofile der Online- und Print-Bereiche deutscher Nachrichtenmedien vergleicht. Er identifiziert ebenfalls nationale Politik (im Gegensatz zu internationaler oder lokaler) als Schwerpunkt von Print-Medien. Quandt führt dies auf die Seitenstruktur der Online-Medien zurück: Auf den Einstiegsseiten werde eine große Themenvielfalt angeboten, sodass fast alle Ressorts prominent vertreten seien. Dadurch würden politische Nachrichten auf lokaler, nationaler wie internationaler Ebene gleichermaßen gestärkt.

Thematisch identifizieren Gasher/Gabrielle (2004) eine verstärkte Sportberichterstattung bei Online-Medien, Maier (2010) eine seltenere Berichterstattung über Umwelt-Themen und Quandt (2008) einen stärkeren Schwerpunkt auf das Politikfeld Wirtschaft. Daneben existieren Hinweise darauf, dass Online-Medien generell vielfältiger berichten. So schlussfolgern Cacciatore et al. (2012) aus einer Untersuchung US-amerikanischer Print- und Online-Artikel zum Thema Nanotechnologie, dass Online-Artikel den Gegen-

stand stärker aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten (ähnlich auch Quandt 2008). Cacciatore et al. führen diese stärkere Themenvielfalt in neuen Medien auf das Nutzungsverhalten in der digitalen Sphäre zurück: So würden Benutzer bei der Verfügbarkeit weiterer, verlinkter Contents auch weiterführende Informationen und Berichterstattungen verfolgen und sich so für einen ganzheitlicheren Blick auf Themenkomplexe interessieren.

Weitere Unterschiede lassen sich hinsichtlich des Fokus auf vergangene, gegenwärtige und zukünftige Ereignisse identifizieren. Während Print-Medien häufiger anstehende Ereignisse projizieren und mögliche Konsequenzen analysieren, legen Online-Medien ihren Schwerpunkt eher auf die Beschreibung kürzlich geschehener Ereignisse (Tenenboim-Weinblatt/Neiger 2015). Die Autoren verweisen auf den zeitlichen Vorteil der Online-Medien beim Beschreiben jüngster Vorkommnisse, während der relative Vorteil der Print-Medien in der tiefgründigeren Analyse anstehender Entwicklungen liegt. Bezüglich der Tonalität der Nachrichteninhalte zeigt Quandt (2008), dass sowohl Online- als auch Print-Medien eher negativ als positiv berichten. Die Tonalität in Online-Artikeln über politische Themen ist dabei aber noch negativer als in Print-Artikeln. Als wesentlicher Grund für diese Beobachtung wird auf die schwächere Abdeckung politischer Nachrichten in digitalen Medien verwiesen. So würden Online-Medien lediglich die zentralen politischen Nachrichten abbilden, die im Durchschnitt über einen höheren Negativitätswert verfügten.

Auch Unterschiede in der Qualität der Berichterstattung sind auszumachen: Print-Artikel liefern tiefgründigere Analysen (Engebretsen 2006) und zeichnen sich durch höhere Stabilität in der Qualität aus (De la Piscina et al. 2015). Wie später auch Cacciatore et al. (2012) argumentiert bereits Engebretsen (2006) mit Rückgriff auf das Nutzungsverhalten in digitalen Räumen. So sind in Online-Medien schnell und einfach zugängliche Artikel gefragt, die einen verständlichen Überblick über einen Sachverhalt bieten könnten. De la Piscina et al. (2015) legen dar, dass die Qualität der Online-Medien unter zahlreichen Flüchtigkeitsfehlern leidet, die unter dem höheren Zeitdruck bei der Nachrichtenproduktion vermehrt entstehen. Ferner zeigt Quandt (2008), dass in Print-Medien häufig politische Akteure zu Wort kommen, während die Online-Medien insbesondere eine Plattform für Einzelpersonen, Organisationen und Firmen darstellen. Dies korrespondiert mit den oben dargelegten unterschiedlichen Themenschwerpunkten der Medientypen (Quandt 2008): Da in Print-Medien politische Nachrichten dominieren, besitzen politische Akteure in gedruckten Medien eine entsprechend bessere Repräsentation als in neuen Medien.

Diese empirischen Hinweise auf die Unterschiedlichkeit von Print- und Online-Medien legen nahe, dass sich die inhaltliche journalistische Arbeit im Zuge der Entwicklung zu gleichberechtigten Online- und Print-Redaktionen nach den medialen Erfordernissen richtet und sich entsprechend unterscheidet. Die »Newsdesks« scheinen dazu genutzt werden zu können, um bewusst unterschiedliche, sich ergänzende Schwerpunkte in der Berichterstattung der verschiedenen Plattformen zu setzen. Dies kann mit redaktionellen Erwägungen, sich strategisch am Nutzungsverhalten der Konsumenten auszurichten, um dem wachsenden ökonomischen Erfolgsdruck ihrer Arbeit zu begegnen (Lee/Lewis/Po-

wers 2014), begründet werden. Schließlich ist die Publikumsorientierung ein sehr wichtiger Einflussfaktor journalistischer Selektionspraxis, und stärker als je zuvor wissen Journalisten um das Nutzungsverhalten ihres Publikums (Hohlfeld 2013). Insbesondere im Online-Bereich lässt sich durch Klickzahlen, Verweildauer und individueller Kennzahlen ein umfangreiches Bild über die Konsumenten und ihr Verhalten zeichnen. Für die Nutzer der Print-Angebote ist ein solch detailliertes Publikumsprofil dagegen nicht vorhanden. Hieraus lässt sich ableiten, dass sich Redakteure in digitalen Medien stärker an den Präferenzen der Nutzerschaft orientieren (können) als solche Journalisten, die im Print-Bereich arbeiten und daher ein schwächeres Feedback ihres Publikums erhalten. Es gibt außerdem Hinweise darauf, dass sich das Themeninteresse des Publikums merkbar von den Auswahlpräferenzen der Redaktionen unterscheidet (Wendelin/Engelmann/Neubarth 2014, S. 445; siehe ebendort für einen ausführlichen Literaturüberblick). Dieser »News Gap« (Boczkowski/Mitchelstein 2013, S. 3) und die stärkere Fähigkeit der Online-Redaktionen ihm entgegenzuwirken, kann ebenfalls als Erklärung dafür herangezogen werden, warum sich Print- und Online-Berichterstattung unterscheiden.

Öffentlichkeitsformen können freilich nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Medientypen variieren, da Medienhäuser unterschiedliche Ausrichtungen verfolgen können (Westle/Begemann/Rütter 2015; Haunss/Dietz/Nullmeier 2013; Maurer/Reinemann 2006). Untersuchungen haben etwa gezeigt, dass sich deutsche Zeitungen mit linkerer Ausrichtung eher den Themen Umweltschutz und Energiepolitik zuwenden, während Wirtschafts-, Steuer- und Industriepolitik bei konservativeren Zeitungen einen stärkeren Schwerpunkt finden (Eilders 2002). Konkret für den Bereich der regenerativen Energieträger wurde etwa dargelegt, dass Erneuerbare Energien (EE) in redaktionell linken Zeitungen eher positiv, in redaktionell konservativen Zeitungen eher negativ dargestellt werden (Zeh/Odén 2014). Vergleichend kommt Quandt (2008) jedoch zum Schluss, dass die Angebote innerhalb von Verlagshäusern deutlich stärker variieren als die Angebote innerhalb eines Veröffentlichungstyps (Online vs. Print).

2.2.3 Zur Übertragbarkeit bisheriger Erkenntnisse auf einzelne Diskurse

Bisher weitgehend unbeachtet blieb allerdings die Frage, der wir uns widmen: Lassen sich die bisher beobachteten Unterschiede in der Berichterstattung zwischen Print- und Online-Medien auch innerhalb bestehender Diskurse finden, sodass sich Diskurse in den verschiedenen Medientypen unterschiedlich darstellen? Aus den bisherigen Befunden lassen sich Erwartungen für unsere Analyse ableiten. Studien, die keine systematischen Unterschiede zwischen den Medientypen feststellen konnten, sind einerseits vergleichsweise selten und andererseits eher älteren Datums. Daher erwarten wir eher, Unterschiede zwischen dem Print- und dem Online-Diskurs vorzufinden. Auch die Richtung der Unterschiede lässt sich vermuten: Lassen sich die Erkenntnisse früherer Studien auf die Ebene konkreter Diskurse übertragen, so ist zu erwarten, dass im Online-Diskurs verglichen mit dem Print-Diskurs lokale oder internationale Themen gewichtiger (Singer 2001; Quandt 2008), wirtschaftliche Themen bedeutsamer und Umwelt-Themen weniger bedeutsam sind (Quandt 2008; Maier 2010) sowie insgesamt ein ausgeglicheneres

Verhältnis der Themen untereinander herrscht (Cacciatore et al. 2012). Für die Akteure ist zu erwarten, dass im Online-Diskurs seltener Politiker, dafür häufiger Einzelpersonen ohne Funktion zu Wort kommen (Quandt 2008).

Wir verzichten hierbei bewusst auf die Formulierung expliziter Hypothesen. Erstens beruhen die genannten Vermutungen auf Studien, die generelle Unterschiede zwischen Medientypen untersucht haben. Schlussfolgerungen auf einzelne Diskurse, wie in unserer Untersuchung, sind daher nur bedingt möglich. So ist denkbar, um nur ein Beispiel zu nennen, dass Umwelt-Diskurse in Online-Medien seltener oder in geringerer Breite geführt werden als in Print-Medien (Maier 2010), dass die Struktur der Diskurse sich aber nicht unterscheidet. Zweitens gehen die meisten der genannten bisherigen Beiträge der Frage nach Unterschieden zwischen den Medientypen nach, ordnen aber die Größe der gefundenen Unterschiede nicht ein, indem sie sie mit Unterschieden innerhalb der einzelnen Medientypen vergleichen. Drittens existieren im Bereich der Online-Medien starke länderspezifische Eigenschaften (Poor 2007; Van der Wurff et al. 2008), weshalb die Übertragung von Ergebnissen aus anderen Staaten auf deutsche Diskurse nur bedingt möglich ist. Viertens gehen die Studien, die Diskurse vergleichen, nicht akteurszentriert vor (etwa Cacciatore et al. 2012), sodass die Machtstruktur von Akteuren unaufgedeckt bleibt.

Um politische, gesellschaftliche und ökonomische Interessen in der politischen Kommunikation identifizieren zu können, muss jedoch eine Diskursanalyse zugrunde gelegt werden, die sowohl die Deutungsmacht der Akteure (Standing) als auch die inhaltlich-argumentative Struktur des Diskurses (»Frames«) berücksichtigt. Gleichzeitig wird klar, dass unser Vorhaben, für konkrete Diskurse medientyp- und medienhausabhängige Unterschiede in Relation zu setzen, noch nicht hinreichend erforscht ist. Die Arbeit trägt damit dazu bei, die forschungspraktischen Konsequenzen der zunehmenden Ausdifferenzierung medialer Öffentlichkeiten für die Erforschung gesellschaftlicher Diskurse im Allgemeinen und für die Methode der akteurszentrierten Diskursanalyse im Speziellen zu untersuchen und aufzuzeigen.

3 Methodische Grundlagen der Diskursanalyse: »Frames« und das Standing von Akteuren

Die Analyse politischer Diskurse ist ein heterogenes Forschungsfeld, das in der Vergangenheit auf starkes Interesse in der Politikwissenschaft gestoßen ist. Dabei ist die Politikwissenschaft weder die einzige Disziplin, die den Gegenstandsbereich der politischen Sprache betrachtet, noch existiert ein einheitliches, normiertes Verfahren zur Analyse von Diskursen, sodass das Forschungsfeld von großer Interdisziplinarität und Methodenvielfalt geprägt ist (Ullrich 2008, S. 22). Die existierenden Ansätze unterschieden sich in der theoretischen Konzeption des Diskursbegriffes, wenngleich Analysekonzepte wie »Macht« und »Akteur« für jedes der verschiedenen Paradigmen von zentraler Bedeutung sind (Herschinger/Nonhoff 2014). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der konkreten methodischen Vorgehensweise diskursanalytischer Untersuchungen (Keller et al. 2001).

Der vorliegende Beitrag nimmt eine empirisch-analytische Perspektive ein, die Diskursanalysen in der »Policy-« und »Governance-Forschung« häufig zugrunde liegt (Kerchner 2006, S. 33). Ausgehend von diesem Paradigma wird der Diskurs einerseits als konkrete Debatte und anderseits abstrakter als »Feld komplexer sprachlicher und symbolischer Interaktion« (Kerchner 2006, S. 50), in dem Sinn konstituiert wird, definiert. Aus methodischer Sicht steht dabei die Frage im Vordergrund, welche Akteure Diskurse prägen und mit welchen Argumenten sie dies tun (Gamson/Modigliani 1989; Kerchner/Schneider 2006, S. 10). So stellen getätigte Äußerungen im öffentlichen Aushandlungsprozess um politische Deutung die kleinste Analyseeinheit dar, die mittels empirischer Verfahren analysiert werden kann (Kerchner 2006, S. 50). Entsprechend steht am Anfang einer empirisch-analytischen Diskursanalyse typischerweise eine qualitative Inhaltsanalyse, auf die quantitative Untersuchungen der so erfassten Diskursstruktur folgen können.

Für die Analyse des erfassten Diskurses ist das Konzept des »Frames« essenziell. »Frames« sind typisierende Ordnungsschemata der einzelnen Diskursäußerungen, die die Wahrnehmung von Wirklichkeit beeinflussen (Kerchner 2006, S. 53). Die zugehörige »Frame-Analyse« gibt über die inhaltlich-argumentative Struktur von Diskursen Aufschluss, indem sie offenbart, welche Interpretationsmuster Einzug in den öffentlichen Diskurs halten und welche diesen dabei dominieren (Goffman 1974; Gitlin 1980). So können einzelne Argumente in das aufgedeckte Geflecht der verschiedenen Konfliktlinien eingeordnet werden (Keller 2011; Scheufele/Tewksbury 2006). Die Feingliedrigkeit des »Frame-Systems« ist dabei nicht eindeutig bestimmt, sondern unterliegt den Anforderungen der Untersuchung. Wie die meisten Studien (Matthes 2009) orientieren auch wir uns in der vorliegenden Arbeit am Vorgehen von Gamson/Modigliani (1989), die »Frames« als Unterthemen eines Diskurses verstehen. Entsprechend dieses Verständnisses können auch entgegengesetzte Argumentationen Teil desselben »Frames« sein, sofern sie sich auf den gleichen Streitpunkt beziehen.

Neben dieser inhaltlichen Analyse von Argumenten ist es außerdem von Interesse, durch welche Akteure Diskurse wie stark geprägt werden. Dazu kann in Anlehnung an Ferree et al. (2002) das Standing von Akteuren im Diskurs – die Frage, wie stark die Stimme eines Akteurs in den Medien ist (Ferree et al. 2002, S. 86) – ermittelt werden. Ebendieses Standing dient daher als Indikator für den Erfolg politischer und gesellschaftlicher Akteure, unmittelbaren Zugang zur medialen Berichterstattung zu erhalten und damit die veröffentlichte Meinung in Massenmedien zu beeinflussen. Dazu wird analysiert, wie erfolgreich ein Akteur seine Argumente im kollektiven Kommunikationsprozess platzieren kann. Angesichts der »Gatekeeper«-Funktion (White 1950) der Medien, die selbst darüber entscheiden, welchen Standpunkten und Äußerungen sie eine Plattform verschaffen, ist eine Abbildung der Positionen eines Akteurs freilich keine Selbstverständlichkeit. Dabei ist von Bedeutung, dass sich der Akteur oder die Akteursgruppe über direkte und indirekte Zitate mit eigenen Interpretationen und Deutungen zu Wort melden kann und damit als Sprecher auftritt. Werden politische und gesellschaftliche Gruppen etwa nur erwähnt oder kritisiert und damit als Objekt in der Berichterstattung dargestellt, kann nicht auf eine eigene Stimme im medialen Diskurs geschlossen werden (Ferree et al 2002, S. 13). Akteure können überdies in ihren Wortbeiträgen unterschied-

liche Teilaspekte des diskursiven Problemkomplexes hervorheben und sich so bei ihrer Argumentation in unterschiedlichen »Frames« bewegen. Der von den Akteuren ausgetragene Kampf um Meinungsmacht kann daher auch als »framing contest« (Gamson 2004, S. 245) charakterisiert werden. Entlang der »Frames« können sich dabei »advocacy coalitions« bilden, also Gruppen verschiedener Akteure, die sich in ihrer Argumentation wechselseitig unterstützen. Zusammen liefern die Analysen von »Frames« und Standing damit ein schematisches Bild darüber, welche Akteure, Akteurskoalitionen und Argumente den Diskurs prägen.

4 Datengrundlage und Vorgehen

Die Grundlage für unsere Analyse bilden Artikel der Süddeutschen Zeitung (SZ), der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Welt sowie der entsprechenden Nachrichten-Websites (Süddeutsche.de, FAZ.NET, Welt Online). Dies sind jene Zeitungen, die im Untersuchungszeitraum Auflagen von mindestens 150.000 Exemplaren erzielen und damit die größten überregional erscheinenden Tageszeitungen der deutschen Qualitätspresse darstellen (Stand: 1. Quartal 2014, siehe IVW 2016; Rudzio 2011). Analog stellen Süddeutsche.de, FAZ.NET und Welt Online die Nachrichtenportale der überregional erscheinenden Tageszeitungen mit den meisten Aufrufen in diesem Zeitraum dar (Schröder 2014).⁷ Politische und gesellschaftliche Akteure sollten daher ein besonderes Interesse besitzen, ihre Äußerungen in diesen Zeitungen und Nachrichtenwebsites zu platzieren, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen.

Neue Medien konstituieren sich selbstverständlich nicht nur durch Online-Ausgaben klassischer Tageszeitungen. Insofern kann unsere Auswahl als weitgehend repräsentativ für das Web 1.0 gelten, nicht jedoch für die durch Tools des Web 2.0 generierten Öffentlichkeiten, die im Rahmen von Twitter, Facebook oder Ähnlichem, aber auch durch Blogs generiert werden. Wir greifen auf Online-Zeitungen etablierter Medienhäuser zurück, da es uns primär darum geht, die Unterschiede bei den Medientypen mit denen der Medienhäuser zu vergleichen. Daher bietet es sich an, verschiedene Medien derselben Verlagshäuser zu untersuchen. Die Logik der empirischen Diskursanalyse mit ihren beiden Elementen »Frames« und Standing der Akteure ist auf Tools des Web 2.0 ohnehin nur bedingt anwendbar, da jeder Akteur sich dort quasi unbegrenzt zu Wort melden kann.

Der Untersuchungszeitraum wird einerseits durch die Vorlage des den Reformprozess skizzierenden Eckpunktepapiers zur EEG-Novelle durch das Bundeswirtschaftsministerium am 18. Januar 2014, andererseits durch die Billigung der Reform durch den Bundestag am 27. Juni 2014 zeitlich eingerahmt (vgl. Bahnsen/Linhart/Tosun 2016). Innerhalb dieses Zeitraums werden alle Artikel in den betreffenden Zeitungen und Online-

7 Eingerräumt werden muss an dieser Stelle, dass andere Nachrichten-Portale als die von Tageszeitungen mitunter mehr Aufrufe erzielen, z.B. Spiegel Online. Aus Gründen der systematischen Vergleichbarkeit verzichten wir allerdings darauf, durch den Einbezug von wöchentlich erscheinenden Magazinen weitere Varianz zu schaffen.

Präsenzen berücksichtigt, welche die Schlagworte »Erneuerbare-Energien-Gesetz« oder »EEG« enthalten und tatsächlich den Untersuchungsgegenstand zum Thema haben. Insgesamt liefert die Suche 514 relevante Treffer, von denen 291 (57 %) auf den Print-Bereich und 223 (43 %) auf den Online-Bereich entfallen (siehe Tabelle 1). Die FAZ⁸ geht mit 259 relevanten Artikeln (50 %) am stärksten in die Analyse ein, gefolgt von der Welt (144 Treffer, 28 %) und der SZ (111 Treffer, 22 %).

Einzelne Artikel enthalten in der Regel mehrere Äußerungen mit Bezug zur Novelle, im Schnitt 3,5. Insgesamt ergeben sich so 1807 Argumente und Forderungen. Mit Blick auf die getätigten Äußerungen überwiegen Online- leicht gegenüber Print-Medien; das Verhältnis zwischen den Verlagshäusern ist in den digitalen Medien zudem ausgewogener. Insbesondere die Dominanz der FAZ lässt sich gemäß der Argumente und Forderungen nicht mehr erkennen.

	FAZ	Welt	SZ	alle
Print	168 (444) [32,7; 24,6]	59 (257) [11,5; 14,2]	64 (186) [12,5; 10,3]	291 (887) [56,6; 49,1]
Online	91 (268) [17,7; 14,8]	85 (499) [16,5; 27,6]	47 (153) [9,1; 8,5]	223 (920) [43,4; 50,9]
alle	259 (712) [50,4; 39,4]	144 (756) [28,0; 41,8]	111 (339) [21,5; 18,8]	514 (1807) [100; 100]

Tabelle 1: Anzahl der in die Analyse eingehenden Artikel und Äußerungen (in Klammern)⁹

Die nachfolgende Analyse fußt auf einer zweistufigen Inhaltsanalyse (vgl. Hess et al. 2010, 2012, S. 715; Linhart/Dhungel 2013): Zunächst werden in den relevanten Artikeln mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse sowohl die am Diskurs beteiligten Akteure identifiziert als auch die »Frames« konstruiert, welche die inhaltlich-argumentative Struktur bestimmen. Im zweiten Schritt werden die Akteure – genauer ihr Standing im Diskurs – sowie die »Frames« anhand von quantitativen Methoden auf strukturelle Charakteristika untersucht.

5 Ergebnisse

Wir beginnen in Abschnitt 5.1 mit der Darstellung der relevanten Akteure. In Abschnitt 5.2 erläutern wir die von uns vorgenommene Konstruktion der »Frames« und untersuchen die inhaltlich-argumentative Struktur anhand dieses Ordnungsschemas.

8 Im Folgenden beziehen sich die Bezeichnungen FAZ, Welt und SZ sowohl auf die Print-Zeitungen als auch auf die Online-Nachrichtenportale der entsprechenden Medienhäuser, solange wir nicht ausdrücklich zwischen den Distributionskanälen unterscheiden.

9 Die Werte in eckigen Klammern geben die prozentualen Anteile an.

5.1 Das Standing der Akteure im Diskurs um die EEG-Novelle

In den 514 Artikeln melden sich über 250 verschiedene Akteure¹⁰ zu Wort. Für die weitere Analyse ordnen wir diese Akteure den Kategorien Politik,¹¹ Interessengruppen, Unternehmen, Medien, WissenschaftlerInnen und Andere zu, wobei wir Akteure, deren Zuordnung nicht eindeutig möglich ist, gesondert klassifizieren. Politische Akteure werden weiter, falls möglich, einer politischen Ebene sowie einer Partei zugeordnet. Bei den Interessengruppen differenzieren wir zwischen allgemeinen Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsverbänden im Bereich der EE, Verbraucherschützern, Gewerkschaften und Umweltverbänden. Die Kategorie Medien ergibt sich aus Kommentaren der ArtikelautorInnen, sodass hier weiter zwischen Kommentaren von FAZ-, Welt-, und SZ-JournalistInnen unterschieden werden kann.

Das Standing dieser Akteure gibt Aufschluss darüber, wie stark die jeweiligen Gruppen den öffentlichen Diskurs prägen. Für die Messung wird die Zahl der Artikel herangezogen, in denen ein Akteur eine Äußerung oder Forderung vorbringt. Dabei ist unerheblich, ob er sich nur mit einem Argument zu Wort meldet oder gleich mehrere Aussagen in einem Artikel unterbringt. Gemäß der ursprünglichen Konzeptualisierung von Ferree et al. (2002) verwenden wir damit eine quantitative Auslegung des Standing-Begriffs. Dies bietet den Vorteil, in unserer großen Sammlung von den am Diskurs beteiligten Akteuren allgemeine Trends zu identifizieren. Für den vorliegenden Fall bedeutet dies, Muster entlang der klar abgrenzbaren medientyp- und medienhausabhängigen Zugehörigkeit von Akteursäußerungen aufzuzeigen, die nicht durch zufällige Streuungen erklärbar sind. Der Nachteil dieses Vorgehens ist besonders im Verlust von Details zu sehen. So ist es (wie oben beschrieben) für unsere Operationalisierung des Standings etwa nur von Relevanz, in wie vielen verschiedenen Artikeln ein Akteur Wortbeiträge unterbringt. Alternativ wäre denkbar, auch die Anzahl der Äußerungen eines Akteurs innerhalb eines Artikels zu berücksichtigen. Wir haben uns gegen diese Option entschieden, da für uns – entsprechend der Konzeption des Standings – nicht von Interesse ist, wie umfangreich ein Akteur argumentiert, sondern ob ihm überhaupt die Möglichkeit zugebilligt wird, sich selbst zu äußern.

10 Für eine namentliche Übersicht der am Diskurs beteiligten Akteure siehe Bahnsen/Linhart/Tosun (2016). Die entsprechende Übersicht bezieht sich auf den Print-Diskurs, sodass etwa 70 Akteure, die sich ausschließlich im Online-Diskurs beteiligen, nicht aufgeführt sind. Für die vorliegende Analyse sind jedoch nicht Einzelakteure, sondern vielmehr Gruppen von Akteuren von Interesse, weshalb wir auf eine zu detailreiche Darstellung hier verzichten.

11 Die Kategorie Politik beinhaltet hierbei Akteure wie Parteien, Ministerien oder politische Institutionen wie die Europäische Kommission. Dass auch beispielsweise Interessengruppen politische Akteure sind, aber hier nicht in die Rubrik Politik fallen, bitten wir aus Gründen der Lesbarkeit hinzunehmen.

	Akteursgruppe		Welt	FAZ	SZ	alle
Print-Artikel	Politik		63,3	47,6	53,5	53,3
	Parteien	SPD	41,9	46,5	55,6	46,9
		B90/Die Grünen	22,1	28,0	24,1	25,2
		CDU/CSU	33,7	20,2	18,5	24,4
		Die Linke	2,3	2,6	1,9	2,4
		FDP	0,0	2,6	0,0	1,2
	Ebenen	EU	14,9	14,1	16,4	15,0
		Bund	38,8	31,8	45,9	38,0
		Länder	46,3	51,8	37,7	46,0
		Kommunen	0,0	2,4	0,0	0,9
	Interessengruppen		17,5	22,1	24,6	21,4
Unternehmen		9,0	15,2	10,6	12,4	
Medien		6,6	9,0	7,0	7,9	
WissenschaftlerInnen		1,2	4,1	2,8	3,0	
Online-Artikel	Politik		65,1	55,2	68,1	62,5
	Parteien	SPD	45,5	48,5	51,7	47,6
		B90/Die Grünen	18,2	12,1	16,7	16,4
		CDU/CSU	33,6	37,9	30,0	33,8
		Die Linke	2,1	1,5	1,7	1,9
		FDP	0,7	0,0	0,0	0,4
	Ebenen	EU	13,3	29,1	18,0	19,0
		Bund	43,4	38,4	32,8	39,7
		Länder	42,7	32,6	47,5	40,7
		Kommunen	0,7	0,0	1,6	0,7
	Interessengruppen		15,6	17,7	17,7	16,7
	Unternehmen		8,7	10,4	4,2	8,3
	Medien		5,9	10,4	5,9	7,3
WissenschaftlerInnen		2,4	2,6	1,7	2,3	
alle	Politik		64,4	50,6	60,2	57,9
	Parteien	SPD	44,1	47,2	53,5	47,2
		B90/Die Grünen	19,7	22,2	20,2	20,7
		CDU/CSU	33,6	26,7	24,6	29,3
		Die Linke	2,2	2,2	1,8	2,1
		FDP	0,4	1,7	0,0	0,8
	Ebenen	EU	13,8	21,6	17,2	17,3
		Bund	41,9	35,1	39,3	39,0
		Länder	43,8	42,1	42,6	42,9
		Kommunen	0,5	1,2	0,8	0,8
	Interessengruppen		16,3	20,3	21,5	19,0
	Unternehmen		8,8	13,3	7,7	10,4
	Medien		6,2	9,5	6,5	7,6
WissenschaftlerInnen		2,0	3,5	2,3	2,7	

Tabelle 2: Standing der Akteure im Diskurs um die Novelle des EEG 2014 nach Medienhaus und Plattform¹²

Tabelle 2 zeigt die Standing-Werte der einzelnen Akteursgruppen als prozentuale Anteile. Betrachtet man das Standing der Akteure im Diskurs insgesamt, zeigt sich, dass Politiker und Parteien den Diskurs mit 58 % aller Äußerungen dominieren. Auch den Interessengruppen gelingt es, mit 19 % aller Wortmeldungen nennenswert auf den Diskurs einzuwirken. Unternehmen (10 %) und Medien (8 %) spielen nur eine geringere Rolle, während der Einfluss von WissenschaftlerInnen (3 %) nahezu gänzlich zu vernachlässigen ist. Der Befund, dass Akteure aus dem Bereich Politik den Diskurs am deutlichsten prägen, mag sich dadurch erklären, dass sich die vorliegende Untersuchung auf einen Diskurs zu einem konkreten Gesetz bezieht (Bahnsen/Linhart/Tosun 2016). Aus Sicht der Politikfeldforschung mag eine detailliertere Auswertung einzelner Gruppen zielführend sein. Dieser Frage möchten wir hier ausdrücklich nicht nachgehen (siehe für entsprechende Auswertungen Bahnsen/Linhart/Tosun 2016), sondern medientyp- und medienhaus-spezifische Unterschiede in den Blick nehmen.

Für die vorliegende Untersuchung steht demnach die Frage im Vordergrund, ob sich die medialen Plattformen strukturell unterscheiden. Ein Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest auf Basis der Gruppen (Politik, Interessengruppen, Unternehmen, Medien, WissenschaftlerInnen) liefert die Prüfgröße $\chi^2 = 13,19$ ($p = 0,010$), aus der ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Standing der Akteure und dem Veröffentlichungsmedium abzuleiten ist. Online- und Print-Diskurse unterscheiden sich also darin, welche Akteure sie wie häufig zu Wort kommen lassen.

Auch auf der Ebene der einzelnen Akteursgruppen fallen signifikante medientypabhängige Unterschiede im Standing der Akteure auf (Tabelle 3 zeigt die Signifikanzniveaus): So können Akteure aus dem Bereich Politik ihre Äußerungen in Online-Artikeln statistisch signifikant erfolgreicher platzieren als in Print-Artikeln (Print: 53 %, Online: 63 %). Interessengruppen (Print: 21 %, Online: 18 %) und Unternehmen (Print: 12 %, Online: 8 %) prägen hingegen den Print-Diskurs signifikant stärker als den Online-Diskurs. Diese Beobachtungen lassen sich auch bei einzelner Betrachtung der Zeitungen aufrechterhalten, sodass hier eine Robustheit der Ergebnisse unterstellt werden darf. Die Ergebnisse stehen im Widerspruch zu den Befunden von Quandt (2008), der die Stärke politischer Akteure im Print-Bereich und die von Verbänden und Unternehmen im Online-Bereich ausmacht.

- 12 Die Werte entsprechen Prozentanteilen. Die Spaltensummen einer Medienplattform addieren sich zu 100 %. Ein Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest zum Zusammenhang zwischen dem Standing der Gruppen nach Medientyp (Online, Print) liefert die Prüfgröße $\chi^2 = 13,19$ ($p = 0,010$). Ein analoger Test zum Zusammenhang zwischen Standing der Gruppen nach Medienhaus (Welt, FAZ, SZ) ergibt $\chi^2 = 24,23$ ($p = 0,002$).

Akteursgruppe		Print, Online	FAZ, Welt	FAZ, SZ	SZ, Welt
Politik		0,001**	0,000***	0,013*	0,259
Parteien	SPD	0,867	0,531	0,295	0,101
	B90/Die Grünen	0,013**	0,526	0,678	0,909
	CDU/CSU	0,018**	0,130	0,689	0,087
	Die Linke	0,688	0,979	0,783	0,792
	FDP	0,288	0,211	0,167	0,481
Ebenen	EU	0,248	0,045*	0,351	0,405
	Bund	0,712	0,175	0,458	0,649
	Länder	0,234	0,739	0,930	0,834
	Kommunen	0,756	0,448	0,770	0,698
Interessengruppen		0,037*	0,108	0,719	0,083
Unternehmen		0,022*	0,029*	0,021*	0,601
Medien		0,731	0,055	0,157	0,849
WissenschaftlerInnen		0,468	0,149	0,357	0,773

Tabelle 3: Signifikanzniveaus (p-Werte) der Unterschiede im Standing der Akteure auf der Grundlage zweiseitiger t-Tests¹³

Innerhalb des Bereichs Politik fällt auf, dass Bündnis 90/Die Grünen den Online-Diskurs signifikant schwächer prägen als den Print-Diskurs (Print: 25 %, Online: 16 %), was etwa angesichts der großen Bedeutung des Internets für Wahlkämpfe der Grünen (Schweitzer/Albrecht 2011) überraschen mag. Nicht weniger beachtenswert ist, dass die Union den digitalen Diskurs signifikant stärker als den Print-Diskurs prägt (Print: 24 %, Online: 34 %). Diese Tendenzen ziehen sich durch die Berichterstattung aller betrachteten Medienhäuser, sodass nicht etwa einzelne Zeitungen diese Trends verursachen. Diese Ergebnisse können durch die geringere Bedeutung der Länderebene im Online-Diskurs bedingt sein, wo die Grünen überdurchschnittlich stark sind.¹⁴ Entsprechend kann das bessere Standing der CDU/CSU im Online-Diskurs auf die Schwerpunktlegung der Online-Zeitungen auf Bundes- und EU-Ebene zurückgeführt werden, welche die Union auch deshalb öffentlichkeitswirksam prägt, weil sie die Bundeskanzlerin stellt. Der Befund, dass neue Medien einen internationaleren Fokus aufweisen als konventionelle Plattformen, steht dabei in Einklang mit den Ergebnissen von Gasher/Gabrielle (2004) und Maier (2010). Die SPD besitzt mit 13 Regierungsbeteiligungen auf Landesebene und als Koalitionspartner auf Bundesebene die Voraussetzung für ein starkes ebenenunabhängiges Standing, sodass sich im Standing entsprechend keine Unterschiede zwischen Online- und Print-Medien zeigen.

Trotz der insgesamt signifikanten Unterschiede zwischen Print- und Online-Medien muss eingeschränkt werden, dass sich die jeweiligen Teildiskurse nicht fundamental unterscheiden. Die Grundergebnisse (Dominanz von Akteuren aus dem Bereich Politik, insbesondere der SPD, relativ große Bedeutung von CDU/CSU und Bündnis 90/Die

¹³ Signifikanzniveaus *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001.

¹⁴ Im Beobachtungszeitraum sind Bündnis 90/Die Grünen wie die Union an sieben Landesregierungen beteiligt, anders als die CDU/CSU aber nicht an der Bundesregierung.

Grünen sowie von Interessengruppen) sind in beiden Diskursen die gleichen. Größere Unterschiede ergeben sich vor allem in der Bedeutung der Landes- und Bundesebene sowie damit zusammenhängend für die Union und die Grünen.

Um die identifizierten Unterschiede zwischen Print- und Online-Medien einordnen zu können, untersuchen wir auch Unterschiede zwischen den Verlagshäusern. Auch diese unterscheiden sich signifikant im Standing der Akteure (Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest, $\chi^2 = 24,23$, $p = 0,002$). Im Signifikanzniveau gleichen sich medientyp- und verlagshausspezifische Effekte damit.¹⁵ Betrachtet man dagegen ausschließlich die Online-Angebote, so ergeben sich – im Gegensatz zur alleinigen Betrachtung von Print-Zeitungen – keine signifikanten Unterschiede in der Deutungshoheit der Akteure (Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest, $\chi^2 = 10,25$, $p = 0,241$). Online-Zeitungen scheinen sich somit durch eine stärkere Homogenität hinsichtlich dieses Aspekts auszuzeichnen – eine mögliche Folge der oben beschriebenen Abhängigkeit von Nachrichtenagenturen (Gasher/Gabrielle 2004).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das Standing der Akteure signifikant zwischen den Veröffentlichungsplattformen variiert, in ähnlichem Ausmaß wie es sich zwischen den Medienhäusern unterscheidet.

5.2 Die inhaltlich-argumentative Struktur des Diskurses um die EEG-Novelle

In einem zweiten Schritt vergleichen wir die Online- und Print-Diskurse unter inhaltlichen Gesichtspunkten. Dabei betrachten wir zunächst, inwieweit die Zustimmung zu der Novelle zwischen den Veröffentlichungsplattformen variiert. Im Anschluss untersuchen wir Online- und Print-Artikel auf Grundlage der Deutungsrahmen (»Frames«) auf Unterschiede.

5.2.1 Zustimmung und Ablehnung der EEG-Novelle

Bei den im Diskurs getätigten Äußerungen unterscheiden wir zwischen Aussagen, die die Novelle unterstützen (positive Äußerung zur Novelle) und solchen, die auf mögliche Probleme im Zuge der Novelle aufmerksam machen (negative Äußerung zur Novelle). Wortbeiträge, die konkrete Anpassungswünsche zum Ausdruck bringen, werden als Forderungen klassifiziert. Tabelle 4 zeigt die prozentuale Verteilung der Pro-/Contra-Argumente und Forderungen im Diskurs. Demnach bezieht die Mehrheit der Äußerungen gegen das Gesetzesvorhaben Stellung, während etwa ein Drittel der Beiträge die Novelle verteidigt. Den Forderungen kommt mit ca. 5 % der Nennungen eine untergeordnete Rolle zu.

¹⁵ Auf Grundlage von Cramér's V gleichen sich fernerhin medientyp- ($V = 0,106$) und verlagshausspezifische ($V = 0,102$) Effektstärken.

	Äußerung	Welt	FAZ	SZ	alle
Print-Artikel	Pro-Argument	40,5	35,1	33,9	36,4
	Contra-Argument	54,1	60,1	62,9	59,0
	Forderung	5,4	4,7	3,2	4,6
Online-Artikel	Pro-Argument	41,5	32,1	34,6	37,6
	Contra-Argument	51,5	61,6	62,1	56,2
	Forderung	7,0	6,3	3,3	6,2
alle	Pro-Argument	41,1	34,0	34,2	37,0
	Contra-Argument	52,4	60,7	62,5	57,6
	Forderung	6,5	5,3	3,2	5,4

Tabelle 4: Pro-/Contra-Argumente und Forderungen im Diskurs um die Novelle des EEG 2014 nach Medienhaus und Plattform¹⁶

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Medientypen, so fällt auf, dass Print- und Online-Artikel vergleichbare Zustimmungsraten aufweisen. So enthalten beide Medientypen eher Argumente, die der Novelle negativ gegenüber stehen (Print: 59 %, Online: 56 %), als positive Äußerungen (Print: 36 %, Online: 38 %). Entsprechend sind die Unterschiede in der Zustimmung bzw. Ablehnung der Novelle zwischen Print- und Online-Medien marginal und statistisch insignifikant, was auch Tabelle 5 formal entnommen werden kann.

	Print, Online	FAZ, Welt	FAZ, SZ	SZ, Welt
Bewertungstendenz (Mittelwerte)	Print: -0,23 Online: -0,19	FAZ: -0,27 Welt: -0,11	FAZ: -0,27 SZ: -0,28	SZ: -0,28 Welt: -0,11
Signifikanzniveau	0,376	0,002**	0,792	0,006**

Tabelle 5: Bewertungstendenzen und Signifikanzniveaus (p-Werte) der Unterschiede auf der Grundlage zweiseitiger t-Tests¹⁷

Im Widerspruch zu den Befunden von Quandt (2008) zeichnen sich die neuen Medien also hier nicht durch eine negativere Berichterstattung aus. Generell muss man jedoch für beide Veröffentlichungsplattformen konstatieren, dass die Bewertung im Mittel negativ ausfällt. Diese medienübergreifende negative Tonalität steht wiederum in Einklang mit den Ergebnissen von Quandt (2008).

Im Gegensatz zu den Distributionskanälen zeigen sich zwischen den Häusern signifikante Unterschiede (Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest, $\chi^2 = 16,67$, $p = 0,002$). Dabei

16 Die Werte entsprechen Prozentanteilen. Die Spaltensummen jeder Medienplattform addieren sich zu 100 %. Ein t-Test zum Unterschied in Zustimmung/Ablehnung zwischen den Medientypen (Online, Print) liefert $p = 0,376$. Ein Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest zum Zusammenhang zwischen Zustimmung/Ablehnung und Medienhaus (Welt, FAZ, SZ) liefert die Prüfgröße $\chi^2 = 16,67$ ($p = 0,002$).

17 Signifikanzniveaus * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$; positive Äußerung = 1, Forderung = 0, negative Äußerung = -1.

werden in Artikeln der Welt die Vorzüge der Novelle deutlich häufiger herausgestellt als in den Beiträgen der FAZ und der SZ. Es mag zunächst erstens überraschen, dass die SZ als eher links geltendes Organ nicht stärker die Novelle des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers unterstützt und dass zweitens die Unterschiede nicht zwischen der SZ einerseits und den als konservativ-liberal geltenden Welt und FAZ andererseits zu finden sind, sondern die Welt hier eine Sonderstellung einnimmt, während FAZ und SZ sich stärker ähneln (siehe Maurer/Reinemann 2006 zur Verortung der Medienhäuser im publizistischen Spektrum). Eine Erklärung hierfür sind die Bedenken, die Novelle könne zu einer Verlangsamung der Energiewende führen, die eher von linken Redaktionen geteilt werden (Zeh/Odén 2014). Da der Diskurs um das EEG primär im sozioökonomischen Bereich zu verorten ist, schlägt hier die stärker wirtschaftsliberale Ausrichtung der Welt im Vergleich zur FAZ und zur SZ offenbar deutlicher zu Buche als die generell konservative Redaktionslinie der FAZ.

5.2.2 Die »Frames« im Diskurs um die EEG-Novelle

Neben der Bewertungsrichtung der Äußerungen lassen sich diese auch in Bezug auf die transportierten Deutungsmuster (»Frames«) unterscheiden. So können etwa Wortbeiträge, die die Novelle kritisieren, auf sehr unterschiedliche Facetten abstellen oder gänzlich andere Argumentationslinien verfolgen. Als Ergebnis einer früheren Analyse des Print-Diskurses zur EEG-Novelle 2014 (Bahnsen/Linhart/Tosun 2016), in der das gleiche methodische Instrumentarium verwendet wurde wie in der vorliegenden Untersuchung, haben wir insgesamt zehn »Frames« identifiziert, die dem Diskurs zugrunde liegen. Dabei wurde jede im Diskurs getätigte Äußerung genau einem Argument oder einer Forderung zugeordnet. Argumente und Forderungen, die sich in ihrer Stoßrichtung ähneln, wurden dann zu »Frames« zusammengefasst. Wir ergänzen dieses Vorgehen analog für die Online-Medien. Die erneute Konstruktion der »Frames« des Diskurses, nun auf Basis von Print- und Online-Medien, ergab keine neuen Deutungsrahmen, die alleine in den Online-Medien vorkommen. Vielmehr konnten alle in den Online-Artikeln platzierten Argumente den zehn »Frames« zugeordnet werden, die wir bereits im Print-Diskurs identifiziert hatten. Die Übersicht über die Inhalte dieser so identifizierten zehn »Frames«, in der auch die häufigsten Argumente und Forderungen innerhalb der »Frames« benannt werden (Bahnsen/Linhart/Tosun (2016, S. 119 f.), ist gleichermaßen für die vorliegende Arbeit gültig. Eine Kurzübersicht dieser »Frames« geben wir in Tabelle 6.

»Frames« im Diskurs um die Novelle des EEG 2014

Verteilungskonflikte

Äußerungen in diesem »Frame« enthalten Ansichten über die angemessene Verteilung der Kosten und Nutzen der Energiewende. Dabei kommen insbesondere Konflikte zwischen Verbrauchern und von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen, zwischen Verbrauchern und privaten Eigenstromproduzenten, zwischen den Ländern sowie zwischen Mietern und Eigenheimbesitzern zur Sprache.

Wirtschaftlichkeit

Dieser »Frame« enthält Forderungen und Argumente, die einerseits auf die Wirtschaftlichkeit, andererseits auf die Bezahlbarkeit der Energiewende Bezug nehmen. Wirtschaftlichkeit bedeutet dabei, dass die Energiewende ökonomisch effizient und kostengünstig umgesetzt werden soll. Bezahlbarkeit stellt auf ein für die Verbraucher angemessenes absolutes Preis- und Kostenniveau der Versorgung ab.

Wertschöpfung

Nennungen in diesem »Frame« thematisieren die Auswirkungen der EEG-Novelle auf deutsche Arbeitsplätze und die in Deutschland erbrachte wirtschaftliche Leistung. Entsprechende Argumente und Forderungen nehmen daher einen unternehmenszentrierten Standpunkt ein. Dabei werden sowohl Folgen für Unternehmen im Bereich der EE als auch im konventionellen Industrie- oder Dienstleistungssektor angesprochen.

Europäischer Wettbewerb

Dieser »Frame« spiegelt den Konflikt zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission während des Gesetzgebungsverfahrens über die Konkurrenz deutscher und europäischer Unternehmen unter Energiegesichtspunkten wider. Darin wird insbesondere die Frage diskutiert, inwieweit die Gesetzesnovelle den internationalen Wettbewerb verzerrt und konform mit Europäischem Recht ist.

Umweltverträglichkeit

Äußerungen in diesem »Frame« setzen sich mit den Auswirkungen der Reform, die als Steuerungselement der Energiewende betrachtet werden kann, auf die Umweltbedingungen auseinander. Argumente und Forderungen sprechen dabei mögliche Veränderungen des Klimas, der Luft, der Böden, der Gewässer sowie der Tier- und Pflanzenwelt an.

Politische Unterstützung

Wortmeldungen in diesem »Frame« lassen zwar eine Bewertung der EEG-Novelle 2014 (Pro/Contra) erkennen, beinhalten jedoch keine Begründungen oder Argumente für diese Einschätzung.

Versorgungssicherheit

Dieser »Frame« beinhaltet Äußerungen, die sich auf die Versorgungssicherheit mit Strom beziehen. Diese bezieht sich sowohl auf die technische Zuverlässigkeit der Stromversorgung als auch auf die Frage der Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland.

Planungssicherheit

Beiträge, die die Auswirkungen der Novelle auf private Investitionen in die EE thematisieren, finden sich in diesem »Frame«. Dabei kommt die Transparenz für Investoren, der Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen sowie die Risikobewertung künftiger Investitionen in die EE zur Sprache.

Politischer Prozess

Dieser »Frame« verdichtet Aussagen, die auf der Metaebene den Gesetzgebungsprozess kommentieren. Argumente und Forderungen in diesem Deutungsrahmen nehmen etwa auf das Tempo des Gesetzesvorhabens, die Einbindung politischer und gesellschaftlicher Akteure oder staatsorganisationsrechtliche Einschätzungen Bezug.

Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung der Bürger an der Energiewende ist Gegenstand von Äußerungen in diesem »Frame«. Dabei können Forderungen und Argumente einerseits auf die Bürgerbeteiligung an der Energieproduktion und andererseits auf die demokratische Partizipation an politischen Entscheidungen, die Energiewende betreffend, eingehen.

Tabelle 6: Inhaltliche Beschreibung der »Frames«

Tabelle 7 zeigt die prozentualen Anteile an Äußerungen in den jeweiligen »Frames« nach Veröffentlichungsplattform und Medienhaus. Dies erlaubt Aussagen darüber, welche Deutungsmuster im Diskurs bedeutsamer oder weniger bedeutsam sind und inwiefern diesbezüglich Unterschiede zwischen einzelnen Medientypen und -häusern bestehen. Hierbei ist zunächst festzuhalten, dass die Subdiskurse in Print- und Online-Medien ähnliche Strukturen aufweisen. Die beiden »Frames« Verteilungskonflikte und Wirtschaftlichkeit sind jeweils die meistdiskutierten; der »Frame« Bürgerbeteiligung spielt in beiden Medientypen kaum eine Rolle. Alle weiteren »Frames« bewegen sich auf nicht zu unähnlichem Niveau dazwischen.

	»Frame«	Welt	FAZ	SZ	alle
Print-Artikel	Verteilungskonflikte	17,1	19,4	17,2	18,3
	Wirtschaftlichkeit	15,2	15,3	17,2	15,7
	Wertschöpfung	10,5	11,7	10,8	11,2
	Europäischer Wettbewerb	12,8	6,5	10,2	9,1
	Umweltverträglichkeit	8,6	13,5	11,8	11,7
	Politische Unterstützung	5,5	7,2	10,2	7,3
	Versorgungssicherheit	7,8	8,8	7,5	8,2
	Planungssicherheit	11,3	10,1	4,8	9,4
	Politischer Prozess	10,1	5,6	5,9	7,0
	Bürgerbeteiligung	1,2	1,8	4,3	2,1
Online-Artikel	Verteilungskonflikte	14,6	19,0	16,3	16,2
	Wirtschaftlichkeit	15,6	17,5	21,6	17,1
	Wertschöpfung	13,2	9,0	6,5	10,9
	Europäischer Wettbewerb	9,6	14,9	8,5	11,0
	Umweltverträglichkeit	8,0	9,0	7,8	8,4
	Politische Unterstützung	10,4	9,0	15,7	10,9
	Versorgungssicherheit	11,0	7,8	9,2	9,8
	Planungssicherheit	6,8	4,9	6,5	6,2
	Politischer Prozess	9,6	6,3	5,2	7,9
alle	Bürgerbeteiligung	1,0	2,6	2,6	1,7
	Verteilungskonflikte	15,5	19,2	16,8	17,2
	Wirtschaftlichkeit	15,5	16,2	18,9	16,4
	Wertschöpfung	12,3	10,7	8,8	11,0
	Europäischer Wettbewerb	10,7	9,7	9,4	10,1
	Umweltverträglichkeit	8,2	11,8	10,3	10,0
	Politische Unterstützung	8,7	7,9	12,7	9,1
	Versorgungssicherheit	9,9	8,4	8,3	9,0
	Planungssicherheit	8,3	8,1	5,6	7,7
	Politischer Prozess	9,8	5,9	5,6	7,5
	Bürgerbeteiligung	1,1	2,1	3,5	1,9

Tabelle 7: »Frames« im Diskurs um die Novelle des EEG 2014 nach Medienhaus und Plattform¹⁸

18 Die Werte entsprechen Prozentanteilen. Die Spaltensummen einer Medienplattform addieren sich zu 100 %. Ein Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest zum Zusammenhang zwischen der Bedeutung der »Frames« und Medientyp (Online, Print) liefert die Prüfgröße $\chi^2 = 22,45$ ($p = 0,008$). Ein analoger

Es lassen sich allerdings auch nach Medientyp unterschiedliche Schwerpunkte in der Berichterstattung identifizieren. Während in den Print-Medien Verteilungskonflikte am stärksten thematisiert werden, wird in Online-Medien am häufigsten auf die Wirtschaftlichkeit der Novelle rekurriert. Auffallend ist ferner, dass in Online-Artikeln häufiger Positionen für oder gegen die Novelle bezogen werden, ohne Gründe für diese inhaltliche Bewertung der Reform zu nennen (»Frame«: Politische Unterstützung; Print: 7,3 %, Online 10,9 %). Dieser Effekt ist, wie ein entsprechender t-Test zeigt, statistisch signifikant (siehe Tabelle 8 für Signifikanzniveaus der t-Tests). Zudem wird in digitalen Medien signifikant seltener die umweltpolitische Dimension des Diskurses (»Frame«: Umweltverträglichkeit) thematisiert. Betrachtet man das »Frame-System« in Gänze, so zeigt sich, dass sich auch die Berichterstattung insgesamt hinsichtlich der relativen Bedeutung der »Frames« in Online-Medien signifikant von der in Print-Medien unterscheidet (Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest, $\chi^2 = 22,45$, $p = 0,008$).

»Frame«	Print, Online	FAZ, Welt	FAZ, SZ	SZ, Welt
Verteilungskonflikte	0,245	0,057	0,344	0,576
Wirtschaftlichkeit	0,424	0,723	0,272	0,161
Wertschöpfung	0,843	0,329	0,359	0,095
Europäischer Wettbewerb	0,193	0,518	0,897	0,522
Umweltverträglichkeit	0,018*	0,021*	0,482	0,253
Politische Unterstützung	0,009**	0,549	0,012*	0,043*
Versorgungssicherheit	0,250	0,323	0,927	0,385
Planungssicherheit	0,012*	0,896	0,140	0,113
Politischer Prozess	0,445	0,006**	0,849	0,022*
Bürgerbeteiligung	0,535	0,106	0,170	0,005**

Tabelle 8: Signifikanzniveaus (p-Werte) der Unterschiede der Bedeutung der »Frames« auf der Grundlage zweiseitiger t-Tests¹⁹

Das häufigere Aussprechen bloßer politischer Unterstützung ohne Argumentation in Online-Medien kann hierbei als Indiz für eine eher oberflächlichere Berichterstattung, ohne Sachzusammenhänge in ihrer Tiefe auszuleuchten, gewertet werden, was in Übereinstimmung mit den Ergebnissen von De la Piscina et al. (2015) und Engebretsen (2006) steht.²⁰ Die Unterrepräsentation umweltpolitischer Themen in digitalen Medien steht in Einklang mit den Ergebnissen von Maier (2010).

Test zum Zusammenhang zwischen der Bedeutung der »Frames« und Medienhaus (Welt, FAZ, SZ) ergibt $\chi^2 = 39,45$ ($p = 0,002$).

19 Signifikanzniveaus * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

20 Online- und Print-Artikel unterscheiden sich zudem teilweise in der Zusammensetzung der »Frames« (anhand von Tabelle 7 nicht ersichtlich), da einige einzelne Argumente und Forderungen innerhalb der »Frames« ausschließlich in den neuen Medien genannt werden und andere nur in den

Wie für das Standing der Akteure gilt aber auch für die Bedeutung der »Frames«, dass sich die Teildiskurse in den Print- und Online-Medien trotz signifikanter Unterschiede nicht diametral unterscheiden. Die größten Unterschiede in Prozentpunkten finden sich bei den »Frames« Politische Unterstützung, Umweltverträglichkeit und Planungssicherheit. Mit Unterschieden von 3,6, 3,3 bzw. 3,2 Prozentpunkten bleiben diese Unterschiede überschaubar und ergeben in der Auswertung ein ähnliches Gesamtbild.²¹

Gleichzeitig finden sich in der thematischen Ausrichtung der Berichterstattung auch Unterschiede zwischen den Medienhäusern, die sich ebenso als statistisch signifikant erweisen (Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest, $\chi^2 = 39,45$, $p = 0,002$). Auffällig sind dabei etwa die stärkere Fokussierung auf den »Frame« Umweltverträglichkeit in FAZ und SZ im Vergleich zur Welt oder die häufigere Thematisierung der Bürgerbeteiligung im Zuge der Energiewende bei der SZ. Diese Unterschiede lassen sich auf die medienhausspezifische Ausrichtung zurückführen: So kann die stärkere Schwerpunktlegung auf umweltpolitische Themen in FAZ und SZ darauf zurückgeführt werden, dass diese Medienhäuser eine im Vergleich zur Welt linkere Ausrichtung verfolgen und damit energie- und umweltspezifischen Themen größere Aufmerksamkeit schenken (Eilders 2002; Zeh/Odén 2014).

Vergleicht man medien- und verlagshausspezifische Effekte, so lässt sich festhalten, dass diese in Bezug auf die »Frames« sowohl hinsichtlich des Signifikanzniveaus als auch in ihrer Effektstärke²² übereinstimmen. Auf die thematische Struktur eines Artikels nehmen also Medienhaus und Distributionskanal gleichermaßen Einfluss.

6 Zusammenfassung und Fazit

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich der von uns untersuchte Diskurs in konventionellen und neuen Medien signifikant voneinander unterscheidet. Einerseits beeinflusst der mediale Distributionsweg die argumentative Struktur der Debatte und die inhaltliche Ausleuchtung von Sachgegenständen, andererseits wirkt die Veröffentlichungsplattform darauf ein, welche Akteure wie häufig zu Wort kommen. Unser Untersuchungsgegenstand, die EEG-Novelle, wird dabei sowohl in digitalen als auch in Print-Medien übereinstimmend kritisch gesehen. Wie und durch wen diese Kritik zum Ausdruck kommt, unterscheidet sich jedoch zwischen Online- und Print-Medien. Auch die

gedruckten Medien vorkommen. 38 Äußerungen werden hierbei ausschließlich im Print-Diskurs genannt, während 24 Argumente und Forderungen alleine in den digitalen Medien auftauchen. Dies entspricht den Befunden von Engebretsen (2006), die eine detailliertere und tiefgründigere Berichterstattung in den Print-Medien nahelegen.

21 Innerhalb der einzelnen Verlagshäuser finden sich allerdings größere Unterschiede zwischen den Print- und Online-Angeboten. Ein auffallend hoher Unterschied von 8,4 Prozentpunkten findet sich zwischen FAZ und faz.net beim »Frame« Europäischer Wettbewerb. Im Durchschnitt (2,6 Prozentpunkte) sind die Unterschiede aber auch mit Blick auf die einzelnen Häuser eher gering.

22 Siehe hierfür Cramérs V ($V = 0,106$ für medienabhängige und $V = 0,105$ für verlagshausspezifische Effekte).

Qualität der journalistischen Produkte hängt vom Distributionskanal ab: Online-Artikel weisen eine geringere Vielfalt an Begründungen sowie inhaltlichen Facetten auf und liefern häufiger (wenngleich auf niedrigem Niveau) bloße Meinungsbekundungen ohne argumentativen Unterbau.

Im Vergleich zeigt sich, dass die Größe der Unterschiede zwischen den Medientypen dem Ausmaß der Unterschiede zwischen den Verlagshäusern entspricht, wobei zwischen den Medienhäusern zusätzlich die Unterstützung der Novelle signifikant variiert. Dass die zahlreichen Einordnungen der Medienhäuser nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung nicht zwischen neuen und konventionellen Verbreitungsformen unterscheiden, kann hierbei als Defizit angesehen werden. Unsere Hinweise darauf, dass Online-Zeitungen eine deutlich stärkere Homogenität offenbaren, die Unterschiede in der politischen Ausrichtung der Medienhäuser abschwächt, unterstreicht zusätzlich die Relevanz der medialen Plattform.

Die Fragmentierung der Öffentlichkeit, die sich durch die Etablierung neuer Technologien vollzogen hat, führt also nicht zur vollständigen Kontinuität der konventionellen Öffentlichkeitsformen, sondern vielmehr zur strukturellen Veränderung der Öffentlichkeit. Unser Beitrag zeigt, dass sich beide Distributionsformen nicht nur darin unterscheiden, welche Diskurse sie wie stark aufgreifen. Vielmehr unterscheiden sich auch die einzelnen Diskurse selbst.

Für die Methode der Diskursanalyse setzt diese Ausdifferenzierung der Kommunikationsarenen und die damit einhergehende Konstituierung unterschiedlicher Öffentlichkeiten und Diskurse die bewusste Auswahl der zu analysierenden Medien voraus. Untersuchungen, die nur eine mediale Plattform berücksichtigen, betrachten lediglich einen Teildiskurs und sind daher in der Reichweite ihrer Schlüsse ähnlich beschränkt wie Analysen, die sich nur auf Diskurse einzelner Zeitungen beziehen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass sich – trotz signifikanter Unterschiede zwischen Print- und Online-Medien in allen Bereichen unserer Diskursanalyse – die jeweiligen Subdiskurse bei dem von uns untersuchten Fall nicht grundlegend unterscheiden. Die Grundaussagen der früheren Analyse (Bahnsen/Linhart/Tosun 2016), die den öffentlichen Diskurs zur EEG-Novelle alleine auf Basis der Print-Medien analysiert, gelten weiterhin, wenn Online-Medien einbezogen werden. Unser Fazit fällt somit ambivalent aus. Um einen Grobüberblick über die einen Diskurs prägenden Akteure und »Frames« zu erhalten, mag es ausreichen, sich auf eine der Arenen zu beschränken. Insbesondere in Hinblick auf das Verhältnis von Aufwand und Erkenntnisgewinn scheinen unsere Ergebnisse den einseitigen Fokus auf nur eine Teilöffentlichkeit zu rechtfertigen. Details in den Analyseergebnissen sollten dann allerdings nicht überbewertet werden.

Aufgrund von signifikanten Unterschieden zwischen dem Online- und dem Print-Diskurs sowohl auf der Ebene der Akteure als auch auf der Ebene der »Frames« kann der Diskurs jedoch nur vollständig erfasst werden, wenn neben verschiedenen Verlagshäusern auch unterschiedliche Vertriebsformen berücksichtigt werden. Um bei gleichem Aufwand eine höhere Analysequalität zu erhalten, wäre in aufbauenden Arbeiten zu überprüfen, ob eine Verbreiterung der Datengrundlage – also eine Berücksichtigung verschiedener Medienhäuser- und -typen – eine hilfreiche Option ist, wenn dafür Bei-

träge der einzelnen Medien nicht vollständig, sondern nur stichprobenartig in die Analyse eingehen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass neben unserer Auswahl der Medienhäuser selbstverständlich auch unsere Auswahl der analysierten Medientypen den Diskurs nur teilweise erfasst. Neben Online- und Print-Medien finden öffentliche Diskurse unter anderem etwa auch im Fernsehen und Hörfunk statt. In diesem Zusammenhang seien die App-gestützten mobilen Medienkanäle erwähnt, die sich durch ihre Reichweite und Schnelligkeit der Nachrichtenproduktion und -übermittlung auszeichnen und eine wichtige Entwicklung im Bereich der digitalen Berichterstattung darstellen. Inwiefern dortige Subdiskurse mit den hier untersuchten übereinstimmen, muss jedoch Gegenstand weiterer Forschung sein.

Literatur

- Bahnsen, O./Linhart, E./Tosun, J. (2016): Wer mit wem in der Energiepolitik? Eine Analyse des öffentlichen Diskurses über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014. In: *der moderne staat* 9(1), S. 109–134.
- Barnhurst, K. (2013): Newspapers experiment online. Story content after a decade on the web. In: *Journalism* 14(1), S. 3–21.
- Boczkowski, P. J./Mitchelstein, E. (2013): *The news gap. When the information preferences of the media and the public diverge*. Cambridge: MIT-Press.
- Breit, L. (2014): Die Auswirkungen von Trimedialität auf journalistische Qualität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Magisterarbeit, Universität Wien. Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Cacciatore, M. A./Anderson, A. A./Choi, D. H./Brossard, D./Scheufele, D. A./Liang, X./Ladwig, P. J./Xenos, M./Dudo, A. (2012): Coverage of emerging technologies. A comparison between print and online media. In: *New Media and Society* 14(6), S. 1039–1059.
- De la Piscina, T. R./Gorosarri, M. G./Aiestaran, A./Zabalondo, B./Agirre, A. (2015): Differences between the quality of the printed version and online editions of the European reference press. In: *Journalism* 16(6), S. 768–790.
- Doyle, G. (2010): From television to multi-platform. Less from more or more for less? In: *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies* 16(4), S. 431–449.
- Eilders, C. (2002): Conflict and consonance in media opinion. Political positions of five German quality newspapers. In: *European Journal of Communication* 17(1), S. 25–63.
- Engelbrechtsen, M. (2006): Shallow and static or deep and dynamic? Studying the state of online journalism in Scandinavia. In: *Nordicom Review* 27(1), S. 3–16.
- Ferree, M. M./Gamson, W. A./Gerhards, J./Rucht, D. (2002): *Shaping abortion discourse, democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gabriel, O. W./Kornelius, B. (2011): Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011. Zäsur und Zeitenwende? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42(4), S. 784–804.
- Gamson, W. A. (2004): Bystanders, public opinion, and the media. In: Snow, D. A./Soule, S. A./Kriesi, H. (Hrsg.): *The Blackwell companion to social movements*. Malden: Blackwell Publishing, S. 242–261.
- Gamson, W. A./Modigliani, A. (1989): Media discourse and public opinion on nuclear power. A constructionist approach. In: *American Journal of Sociology* 95(1), S. 1–37.
- García-Avilés, J. A./Kaltenbrunner, A./Meier, K. (2014): Media convergence revisited. Lessons learned on newsroom integration in Austria, Germany and Spain. In: *Journalism Practice* 8(5), S. 573–584.

- Gasher, M./Gabrielle, S. (2004): Increasing circulation? A comparative news-flow study of the Montreal Gazette's hard-copy and online editions. In: *Journalism Studies* 5(3), S. 311–323.
- Gebauer, K. E. (1998): Regierungskommunikation. In: Jarren, O./Sarcinelli, U./Saxer, U. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS, S. 464–472.
- Gerhards, J./Neidhardt, F. (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze*. WZB Discussion Paper No. FS III 90-101. Berlin: WZB.
- Gerhards, J./Neidhardt, F. (1991): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. In: Müller-Doohm, S./Neumann-Braun, K. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*. Oldenburg: Universität Oldenburg, S. 31–89.
- Gitlin, T. (1980): *The whole world is watching*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Goffman, E. (1974): *Frame analysis. An essay on the organization of experience*. Cambridge: Harvard University Press.
- Gothe, H. (2011): Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011. Dosierter Machtwechsel in Mainz. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42(4), S. 764–783.
- Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hauns, S./Dietz, M./Nullmeier, F. (2013): Der Ausstieg aus der Atomenergie. Diskursnetzwerkanalyse als Beitrag zur Erklärung einer radikalen Politikwende. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1(3), S. 288–315.
- Herbes, C./Jirka, E./Braun, J. P./Pukall, K. (2014): Der gesellschaftliche Diskurs um den ›Maisdeckel‹ vor und nach der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012. In: *GAiA* 23(2), S. 100–108.
- Herschinger, E./Nonhoff, M. (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft. In: Angermüller, J./Nonhoff, M./Herschinger, E./Magilchrist, F./Reisigl, M./Wedl, J./Wrana, D./Ziem, A. (Hrsg.): *Diskursforschung: Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Bielefeld: transcript, S. 192–207.
- Hess, S./Kleinschmit, D./Theuvsen, L./Von Cramon-Taubadel, S./Zschache, U. (2010): Explaining path dependence through discourse analysis: The case of seasonal farm workers in Germany. In: Schreyögg, G./Sydow, J. (Hrsg.): *The hidden dynamics of path dependency: Institutions and organisations*. London: Palgrave Macmillan, S. 197–216.
- Hess, S./Von Cramon-Taubadel, S./Zschache, U./Theuvsen, L./Kleinschmit, D. (2012): Explaining the puzzling persistence of restrictions on seasonal farm labour in Germany. In: *European Review of Agricultural Economics* 39(4), S. 707–728.
- Hoffman, L. (2006): Is internet content different after all? A content analysis of mobilizing information in online and print newspapers. In: *Journalism and Mass Communication* 83(1), S. 58–76.
- Hofmann, M. (2015): Crossmedia in der Redaktion. Newsdesk, Newsflow. In: Breyer-Mayländer, T. (Hrsg.): *Vom Zeitungsverlag zum Medienhaus. Geschäftsmodelle in Zeiten der Medienkonvergenz*. Wiesbaden: Springer, S. 173–183.
- Hohlfeld, R. (2013): Journalistische Beobachtung des Publikums. In: Meier, K./Neuberger, C. (Hrsg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, S. 135–146.
- IVW – Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (2016): Datenbank mit den IVW-Quartalsauflagen. Tageszeitungen Gesamtliste, <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1111&u=&p=&b=a&t=Tageszeitungen+Gesamtliste> (Abruf 24.8.2016).
- Jakubetz, C. (2011): *Crossmedia*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Jarren, O./Donges, P. (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS.

- Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (2001): Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Eine Einführung. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Wiesbaden: VS, S. 7–27.
- Kerchner, B. (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): *Foucault. Diskursanalyse der Politik*. Wiesbaden: VS, S. 33–67.
- Kerchner, B./Schneider, S. (2006): ›Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste‹: Zum Potential der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft. Einleitung. In: Kerchner, B./Schneider, S. (Hrsg.): *Foucault. Diskursanalyse der Politik*. Wiesbaden: VS, S. 9–30.
- Klauß, S. M. (2015): Strukturwandel der Öffentlichkeitsarbeit durch interaktive Medien. In: Friedrichsen, M./Kohn, R. A. (Hrsg.): *Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien*. Wiesbaden: Springer, S. 189–206.
- Klingemann, H. D./Vollmer, K. (1998): Politische Kommunikation als Wahlkampfkommunikation. In: Jarren, O./Sarcinelli, U./Saxer, U. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS, S. 396–405.
- Klüver, H. (2012): Die Macht der Informationen. Eine empirische Analyse von Lobbyerfolg in der Europäischen Union. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53(2), S. 211–239.
- Koopmans, R. (2004): Movements and media. Selection processes and evolutionary dynamics in the public sphere. In: *Theory and Society* 33(3), S. 367–391.
- Langenbucher, W. R./Lipp, M. (1982): Kontrollieren Parteien die politische Kommunikation? In: Raschke, J. (Hrsg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*. Opladen: Leske und Budrich, S. 217–234.
- Lee, A. M./Lewis, S. C./Powers, M. (2014): Audience clicks and news placement: A study of time-lagged influence in online journalism. In: *Communication Research* 41(4), S. 505–530.
- Leonard, N. (2013): Vorwärts (n)immer? Normalität, Normativität und die Krise des Journalismus. In: Kramp, L./Novy, L./Ballwieser, D./Wenzlaff, K. (Hrsg.): *Journalismus in der digitalen Moderne. Einsichten, Ansichten, Aussichten*. Wiesbaden: Springer, S. 17–33.
- Linhart, E./Dhungel, A. K. (2013): Das Thema Vermaismung im öffentlichen Diskurs. In: *Berichte über Landwirtschaft* 91(2), S. 1–24.
- Linhart, E./Windwehr, J. (2012): Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43(3), S. 579–597.
- Loosen, W. (2005): Zur medialen ›Entgrenzungsfähigkeit‹ journalistischer Arbeitsprozesse: Synergien zwischen Print-, TV- und Online-Redaktionen. In: *Publizistik* 50, S. 304–319.
- Maier, S. R. (2010): Newspapers offer more news than do major online sites. In: *Newspaper Research Journal* 31(1), S. 6–19.
- Matthes, J. (2009): What's a frame? A content analysis of media-framing studies in the world's leading communication journals, 1990–2005. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 86, S. 349–367.
- Mast, C./Stehle, H./Krüger, F. (2010): Themen, Akteure und Strategien: Eckpunkte erfolgreicher Energiekommunikation. Ergebnisse der Studie Energiekommunikation. Stuttgart: Universität Hohenheim.
- Maurer, M./Reinemann, C. (2006): *Medieninhalte. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Neidhardt, F. (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–41.
- Neuberger, C./Tonnemacher, J./Biebl, M./Duck, A. (1998): Online – the future of newspapers? Germany's dailies on the World Wide Web. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 4(1), <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1083-6101.1998.tb00087.x/full> (Abruf 24.8.2016).

- Pfetsch, B. (1999): Government news management – strategic communication in comparative perspective. WZB Discussion Paper No. FS III 99-101. Berlin: WZB.
- Poor, N. D. (2007): A cross-national study of computer news sites. Global news, local Sites. In: *The Information Society* 23(2), S. 73–83.
- Pürer, H. (2015): Medien in Deutschland. Presse, Rundfunk, Online. Stuttgart: UTB.
- Quandt, T. (2008): Neues Medium, alter Journalismus? Eine vergleichende Inhaltsanalyse tagesaktueller Print- und Online-Nachrichtenangebote. In: Quandt, T./Schweiger, W. (Hrsg.): *Journalismus online. Partizipation oder Profession*. Wiesbaden: VS, S. 131–155.
- Quittner, J. (1995): The birth of way new journalism. Online unter <http://centennial.journalism.columbia.edu/1995-journalisms-digital-future/> (Abruf 14.4.2016).
- Rudzio, W. (2011): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 8. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Sabatier, P. A. (1987): Knowledge, policy-oriented learning, and policy change. An advocacy coalition framework. In: *Science Communication* 8(4), S. 649–692.
- Sabatier, P. A. (1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: *Policy Sciences* 21(2), S. 129–168.
- Sarcinelli, U. (2011): *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden: VS.
- Scheufele, D. A./Tewksbury, D. (2006): Framing, agenda setting, and priming. The evolution of three media effects models. In: *Journal of Communication* 57(1), S. 9–20.
- Schröder, J. (2014): IVW: Deutsche HuffPost mit fast 10 Millionen Visits, <http://meedia.de/2014/04/08/deutsche-huffington-post-startet-mit-fast-10-mio-visits-in-die-ivw> (Abruf 24.8.2016).
- Schulz, W. (2011): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS.
- Schweitzer, E. J./Albrecht, S. (2011): *Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS.
- Sebaldt, M./Straßner, A. (2004): *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Singer, J. (2001): The metro wide web. Changes in newspapers' gate-keeping role online. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 78(1), S. 65–80.
- Speth, R. (2010): Das Bezugssystem Politik, Lobby, Öffentlichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60(19), S. 9–15.
- Tenenboim-Weinblatt, K./Neiger, M. (2015): Print is future, online is past. Cross-media analysis of temporal orientations in the news. In: *Communication Research* 42(8), S. 1047–1067.
- Ullrich, P. (2008): Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick. In: Freikamp, U./Leanza, M./Mende, J./Müller, S./Ullrich, P./Voss, H. J. (Hrsg.): *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 19–32.
- Van der Wurff, R./Lauf, E./Balcytiene, A./Fortunati, L./Holmberg, S./Paulussen, S./Salaverria, R. (2008): Online and print newspapers in Europe in 2003. Evolving towards complementarity. In: *European Journal of Communication Research* 33(4), S. 403–430.
- Von Beyme, K. (1980): *Interessengruppen in der Demokratie*. München: Piper.
- Vowe, G./Dohle, M. (2007): Politische Kommunikation im Umbruch. Neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48(2), S. 228–259.
- Wallner, C./Adolf, M. (2011): Zur Erklärungskraft von Öffentlichkeitstheorien für Kommunikationsinnovationen. Eine Metastudie zu klassischen Öffentlichkeitstheorien. In: Wolling, J./Will, A./Schumann, C. (Hrsg.): *Medieninnovationen. Wie Medienentwicklungen die Kommunikation in der Gesellschaft verändern*. Band 38 der Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 409–426.
- Weiß, C. (2014): Apps, Online, Print. Crossmediale Content-Führung. In: Breyer-Mayländer, T. (Hrsg.): *Vom Zeitungsverlag zum Medienhaus*. Wiesbaden: Springer, S. 129–136.

- Wendelin, M./Engelmann, I./Neubarth, J. (2014): Nachrichtenfaktoren und Themen in Nutzerrankings. Ein Vergleich der journalistischen Nachrichtenauswahl und der Selektionsentscheidungen des Publikums im Internet. In: Medien und Kommunikationswissenschaft 62(3), S. 439–458.
- Westle, B./Begemann, C./Rütter, A. (2015): Wahlprogrammatik und politische Berichterstattung. Vermittlung politischer Themen und Issues durch Tageszeitungen. In: Korte, K. R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer, S. 317–343.
- White, D. M. (1950): The ›gate keeper‹. A study in the selection of news. In: Journalism Quarterly 27, S. 383–390.
- Zeh, R./Odén, T. (2014): Die Nachwehen von Fukushima in Schweden und Deutschland. In: Wolling, J./Arlt, D. (Hrsg.): Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen. Ilmenau: Universitätsverlag Ilmenau, S. 211–232.

Anschriften:

Oke Bahnsen
 Universität Mannheim, MZES
 A5, 6
 68131 Mannheim
 Email: Oke.Bahnsen@mzes.uni-mannheim.de

Prof. Dr. Eric Linhart
 Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft
 Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz
 Email: Eric.Linhart@phil.tu-chemnitz.de

Warum VWL studieren?

Sinnangebote ökonomischer Lehrbuchliteratur

Zusammenfassung: Mithilfe einer wissenssoziologischen Diskursanalyse fragt der vorliegende Aufsatz nach Sinnangeboten, die grundlegende ökonomische Lehrbuchliteratur für Neulinge im Fach bereithält. Dabei können drei Deutungsmuster rekonstruiert werden, die hier allesamt theoretisch kontextualisiert werden. Einen besonderen Fluchtpunkt bildet dabei die Foucaultsche Auseinandersetzung mit der Politischen Ökonomie. Überraschenderweise beinhaltet keines der drei Angebote eine Befähigung zu kritischer Urteilskraft, wie man sie in pädagogischen Kontexten westlicher Provenienz vermuten könnte.

Stichworte: Lehrbücher, Volkswirtschaftslehre, ökonomische Bildung, Foucault, Subjektivierung, wissenssoziologische Diskursanalyse

Summary: By conducting a discourse analysis (SKAD) in the field of academic economics textbooks, this paper aims at reconstructing meaning structures offered to undergraduate students. The study finds three major structures, all of which are contextualized theoretically, with prominent reference to the Foucauldian reflection of the science of Political Economy. Surprisingly, none of them encourages the student to think critically, as could have been expected in a pedagogical context of western tradition.

Keywords: Economic education, textbook economics, discourse analysis, SKAD, Foucault, subjectivation

1 Einleitung

Folgt man Gregory Mankiw, Mark Taylor und anderen wichtigen LehrbuchautorInnen der Volkswirtschaftslehre, so lässt sich eine jede ökonomische Fragestellung einem der folgenden Bereiche zuordnen: (a) was (b) wie (c) für wen produziert werde (Mankiw/Taylor 2014, S. 1; Samuelson/Nordhaus 2010, S. 7 f.; Schiller 2008, S. 2, 12). Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung dieser ökonomischen Leitfragen scheint an dieser Einteilung wirtschaftswissenschaftlichen Fragens bemerkenswert, dass die Frage nach dem »Warum?« eines Produzierens stillschweigend ausgeklammert wird. Damit aber bleibt der spezifische Sinn ökonomischen Produzierens unbestimmt, da »unbefragt«.

So muss es nicht verwundern, dass die ökonomische Wissenschaft *sich selbst* im Hinblick auf ihre eigene Sinnhaftigkeit ebenso wenig zu reflektieren pflegt.¹ Dieser Eindruck

1 Ich verwende den Sinnbegriff als relationale Kategorie, die etwas bezeichnet, an dem ein Verstehender teilhaben muss, sofern er oder sie sich sinnvoll auf ein Zu-Verstehendes beziehen (können) möchte. Dazu gehören neben den Inhalten und Formen insbesondere auch die Zwecke eines Zu-Verstehenden (hier: des VWL-Studiums). Die Teilhabe daran ist als soziale Praxis dabei sowohl reflexiv, wie auch performativ zu verstehen (Wrana 2015).

zumindest entsteht, wenn man bedenkt, dass Studierende und Angehörige des Faches mit spezifisch reflexiven Gebieten – wie etwa der Philosophie, Geschichte oder Methodologie (zumindest) ihrer Disziplin – kaum mehr in Berührung kommen.² Der vorliegende Beitrag möchte gerade vor diesem Hintergrund die Frage nach dem Sinn der Volkswirtschaftslehre stellen, beschränkt sich dabei jedoch auf das Feld akademischer ökonomischer *Bildung*: »Warum VWL studieren?«. Wie sich zeigen wird, lassen sich in den wichtigsten Lehrbüchern des Faches durchaus Antworten auf diese Sinnfrage finden – die jedoch fast ausschließlich implizit aufgebracht und stets ohne weitere oder tiefergehende Erklärungen verhandelt werden. Dieser Schritt soll am betreffenden Material nachgeholt werden. Es werden hier somit keine *möglichen* Sinnangebote erörtert. Vielmehr werden sinnstiftende Fragmente ökonomischer Lehrbuchliteratur gesammelt, zusammengeführt und expliziert, die heute noch zu finden sind.

Um diesem Erkenntnisinteresse nachzugehen habe ich mit Mitteln des Forschungsprogramms der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) gearbeitet (Keller 2001, 2011, 2013) und einen besonderen Analyseschwerpunkt auf grundlegende »Deutungsmuster« ökonomischer Lehrbuchliteratur gelegt. In der dadurch ermöglichten Fokussierung auf die bedeutungstiftende Tiefenstruktur wirtschaftswissenschaftlicher Diskurse knüpft die vorliegende Arbeit an wissenschaftssoziologische und diskurslinguistische Arbeiten in und über die Volkswirtschaftslehre an (vgl. für einen Überblick Maeße 2013, Kap. 4), erweitert diese jedoch um eine Analyse von Lehrbuchinhalten. Diskursanalytisch vorgehende Arbeiten in Bezug auf akademische VWL-Lehrbücher liegen bereits in begrenztem Umfang bei Zuidhof (2014), Pahl (2011) und Klamer (1990) vor.³ Der spezifische Beitrag des vorliegenden Artikels liegt somit nicht auf methodischer oder theoretischer Ebene, sondern vielmehr in der interdisziplinären Fruchtbarmachung wissenssoziologischer Diskursanalyse im Gegenstandsbereich akademischer, ökonomischer Bildung. Damit wird die WDA gleichsam in diejenige Disziplin zurückgetragen, mit der sich auch Foucault eingehend auseinandersetzte und darin die Erforschung gouvernementaler Diskurse der Moderne aufwarf (Foucault 2006).

Im Rahmen der Analyse konnten insgesamt drei sinnstiftende Deutungsmuster rekonstruiert werden, die als solche je in mindestens drei der insgesamt acht untersuchten Fälle vorzufinden waren. Neben einem wissenschaftsbezogenen und auf Wahrheit bedachtem (Kapitel 3), wurde ebenfalls ein ökonomisch orientiertes und auf Verwertung des Erlernten zielendes Deutungsmuster (Kapitel 4) gefunden. Ein letztes Muster zielt auf eine Identitätsstiftung der Studierenden, die diesen eine Form von (Selbst-)Ermächtigung verspricht (Kapitel 5). Ich werde alle Deutungsmuster sowohl am empirischen Material belegen, als auch in theoretische Diskurszusammenhänge stellen, die eine explizite Auseinandersetzung mit denselben ermöglichen und anregen sollen. Zunächst umreißt

2 Vgl. für den deutschen Fall die Vollerhebung der Pflichtfächer von grundständigen volkswirtschaftlichen Studiengängen in Rebhan (2017).

3 Das Medium des Lehrbuches als solches ist jedoch als Gegenstand diskursanalytischer Forschung weithin erschlossen (vgl. etwa Olson 1980; Klerides 2010; Macgilchrist 2015).

ich jedoch kurz den ökonomischen Lehrbuchdiskurs und führe die hier angelegten Analysedimensionen ein.

2 Der ökonomische Lehrbuchdiskurs und Analysedimensionen

Die hier durchgeführte Diskursanalyse hat die Beantwortung folgender Forschungsfrage zum Anliegen: »Warum ist es sinnvoll, VWL zu studieren?«. Diese wurde im Rahmen einer Vollerhebung an die Vorwörter und Einführungskapitel (zumindest Vorwörter und Kapitel 1, sofern ein einschlägiger thematischer Bezug bestand auch Kapitel 2) der wichtigsten internationalen Einführungslehrbücher der Volkswirtschaftslehre gerichtet.⁴ Dieses Sample von Diskursfragmenten zeichnet sich aufgrund eines hohen Standardisierungsgrades der inhaltlichen Ausbildung angehender Volkswirte (Graupe 2013, S. 143 f.; Beckenbach/Daskalakis/Hofmann 2016, Kap. 7.3 & 7.5) und des Lehrbuches als solchem (Smith 2000, S. 42 ff.) durch eine starke Homogenität aus. Insofern weist der Lehrbuchdiskurs auch keine Diskurskoalitionen auf, sondern ist vielmehr als weitestgehend oppositionsloser, »univoker Diskurs« zu beschreiben. Dies ist in Teilen darauf zurückzuführen, dass das Genre der ökonomischen Lehrbuchliteratur mit Paul A. Samuelson's *Economics* (1948 zum ersten Mal aufgelegt) eine Art »Archetyp« kennt, an der es über die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit standardisiert entwickelt wurde (Bäuerle 2017, S. 253 f.). Mit seiner Übersetzung in über 41 Sprachen (Skousen 1997, S. 137) wurde es zum »internationalen Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie« (Samuelson/Nordhaus 2007, o. S.). Mitte der 1970er Jahre wurde dieses Buch im Hinblick auf Marktanteile von Campbell McConnell's *Economics* überholt (vgl. Elzinga 1992, S. 874). Ein dritter vielgelesener Lehrbuchautor ist Gregory Mankiw. 2012 hielten die Lehrbücher von McConnell (mittlerweile gemeinsam mit Stanley Brue und Sean Flynn herausgegeben) und Mankiw (*Principles of Economics*) gemeinsam 40 Prozent des Marktanteils für einführende ökonomische Lehrbuchliteratur (vgl. Lopus/Paringer 2012, S. 298). In einem inhaltlich wie strukturell ohnehin weitestgehend homogenen Diskurs dürfen die acht hier behandelten Lehrbücher aufgrund ihrer Marktanteile (ebd.), ihrer Auflagenzahl (eigene Erhebung) und ihrer Verkaufswahrscheinlichkeit auf *amazon.com* (Zuidhof 2014, S. 159) als »Schlüsseldokumente« (Schmied-Knittel 2013, S. 172 f.) gelten; die drei hier hervorgehobenen aus den genannten Gründen gewissermaßen als »Schlüsseldokumente der Schlüsseldokumente«.

Ohne an dieser Stelle eine eingehende Analyse der Genese, Akteure und Organisation des ökonomischen Lehrbuchdiskurses vorlegen zu wollen, seien zwei Facetten seiner Be-

4 Wo es sinnvoll erschien, wurden weitere Textstellen hinzugezogen. Mit »Einführungslehrbüchern« sind solche gemeint, die in Veranstaltungen wie »Einführung in die VWL« oder »Grundlagen der VWL«, im englischen Sprachraum »Econ101« verwendet werden. Die hier berücksichtigten acht Lehrbücher sind folgende: Samuelson/Nordhaus (2010); McConnell/Brue/Flynn (2009); Mankiw (2015), sowie Mankiw/Taylor (2014) (die beiden Bücher unterscheiden sich kaum voneinander); Miller (2012); Schiller (2008); Gwartneys et al. (2006); Krugman/Wells (2015) und Frank/Bernanke/Johnston (2013).

deutung und Reichweite hervorgehoben: Zum einen handelt es sich um einen *wissenschaftlichen* Spezialdiskurs, der insbesondere Neulinge des Faches adressiert, weiterhin aber auch für die Disziplin in ihrer Gesamtheit einen paradigmatischen Grundkonsens stiftet, auf die sich höhere Ausbildungsniveaus und letztlich die Disziplin in ihrer Gesamtheit beziehen kann. Im Kontext einer typischen »Lehrbuchwissenschaft« in Kuhn-scher Diktion ist dem einführenden Lehrbuchdiskurs aus diesem Grund eine wichtige Rolle im gesamtwissenschaftlichen Diskurs der VWL beizumessen (Bäuerle 2017): Sein weiteres Publikum ist in diesem Sinne die gesamte Disziplin, sein engeres StudienanfängerInnen. Zum anderen handelt es sich zumindest um einen halböffentlichen »Interdiskurs« (Schmied-Knittel 2013, S. 167 f.), wenn nicht gar um einen *öffentlichen* Diskurs insofern als dass er nicht ausschließlich Fachangehörige der Volkswirtschaftslehre, sondern eine Vielzahl von Studierenden anderer Fächer adressiert. In diesem Sinne erscheint das Lehrbuch dann als öffentliches bzw. öffentlichkeitswirksames *Massenmedium*. So schätzt etwa Pahl (2011, S. 369) das Verhältnis von »reinen« Ökonomen zu Fachfremden in Grundlagenveranstaltungen US-amerikanischer Hochschulen auf 2:100. Unter dem Schlagwort »economic literacy« sind ökonomische Grundlagenveranstaltungen an amerikanischen Colleges mittlerweile als Pflichtfach verankert (Kapeller/Ötsch 2010, S. 17). In Deutschland ist bei mind. 16,3 % der 2,8 Mio. im Wintersemester 2016/2017 an deutschen Hochschulen Immatrikulierten davon auszugehen, dass sie ökonomische Grundlagenveranstaltungen hörten (eigene Schätzung auf Grundlage von Statistisches Bundesamt 2017, S. 14, 327). Aber auch volkswirtschaftlichen AbsolventInnen ist durch ihre Zugehörigkeit zur »gesellschaftlichen Leitwissenschaft« (Ötsch/Pühringer/Hirte 2018, S. 15) ein bedeutender Einfluss auf wissenschaftsexterne, etwa politische und mediale Diskurse der Gegenwart zu attestieren (Pühringer/Bäuerle/Engartner 2017; Christensen 2017). Zusammengenommen untermauern diese Reichweiten des Lehrbuchdiskurses seine potentielle Wirksamkeit über akademische Grenzen hinweg, insofern sie als »theoretische Ideen und Modelle bzw. expertengestützte Wirklichkeitsinterpretationen in das Allerweltswissen der Individuen einsickern und ihre Handlungsweisen mehr oder weniger handlungs- bzw. deutungspragmatisch mitformen« (Keller 2011, S. 183). Der ökonomische Lehrbuchdiskurs muss vor diesem Hintergrund als ein in hohem Maße institutionalisierter und massenmedial vermittelter gesellschaftlicher Wissensvorrat gelten, dessen Inhalte zumindest in wirtschaftsbezogenen Diskursen der Gegenwart vermutet werden dürfen.

Trotz dieser Prominenz und Reichweite des ökonomischen Lehrbuchdiskurses sind die Modi seiner Produktion und insbesondere auch seine Akteure weitestgehend unerforscht. Gründe dafür sind etwa in einer Diskursmacht von mittlerweile nur noch vier Lehrbuchverlagen zu suchen, die keine bis wenige Informationen zur Genese und dem Kontext ihrer Produkte veröffentlichen.⁵ Hinzu kommt, dass die ökonomische Lehrbuchforschung ihren Fokus bislang v.a. auf deren Inhalte legt (vgl. beispielhaft Aslanbei-

5 1992 waren auf dem ökonomischen Lehrbuchverlag noch 20 Verlage aktiv (Lopus/Paringer 2012, S. 297 f.). Die vier verbliebenen sind McGraw-Hill Irwin, Pearson Education, Cengage Learning und Worth.

gui/Naples 1996; van Treeck/Urban 2016) und Fragen der Diskursproduktion (etwa wissenschaftspolitische, institutionelle und ökonomische) unbeantwortet lässt. Dass der Diskurs keinesfalls alleine von den LehrbuchautorInnen, sondern einem weit verzweigten Netzwerk akademischer und nicht-akademischer – in jedem Falle *kollektiver* – Akteure hervorgebracht wird, belegen die in den Acknowledgements der Lehrbücher abgedruckten, umfassenden Listen von beteiligten HochschullehrerInnen wie auch eine erste auf Samuelsons *Economics* bezogene Netzwerkanalyse (Giraud 2014).

Auch die vorliegende Arbeit thematisiert nicht das »Personal der Diskursproduktion« (Keller 2013, S. 38) und seine »institutionellen Infrastrukturen« (ebd.), sondern widmet sich vorrangig den Deutungsmustern, die zur grundlegenden Forschungsfrage in Beziehung stehen. Deutungsmuster sind bedeutungsstiftende Diskurselemente, sie »organisieren individuelle bzw. kollektive Erfahrungen und sie implizieren meist Vorstellungen (Modelle) angemessenen Handelns. Sie stiften dadurch Sinn« (Keller 2011, S. 240). Dabei verweist der Begriff des »Musters« auf den Aspekt des Typischen« (ebd.). Dadurch dass die Frage nach dem Sinn eines volkswirtschaftlichen Studiums an das zentrale Medium dieses Studiums selbst gestellt wurde, erschien sie gleichsam als eine Frage der Selbstlegitimierung entsprechender Literatur. Nachrangig zielte die hier durchgeführte Diskursanalyse auf die diskursiv vermittelten Identitätsangebote (Subjektpositionen) und darunter insbesondere diejenigen der durch die Lehrbücher primär Adressierten (Studierende). Der Zusammenhang zwischen Deutungsmustern und korrespondierenden Identitätsangeboten wird im Folgenden stets fließend thematisiert.

Mit der Fokussierung auf textbasierte Samples ist auch gesagt, dass konkrete *Aneignungen* der diskursiven Narrationen durch Studierende (oder Lehrende) nicht untersucht wurden, wie dies etwa im Rahmen der empirischen Subjektivierungsanalyse geschieht.⁶ Außerdem wurden wiederum im Bereich der textbasierten Diskursäußerungen ausschließlich Lehrbücher und also nicht die potentiellen Auswirkungen dieses Diskurses auf andere Diskurse berücksichtigt.

3 Muster eins: Lerne, was wahr ist!

Warum sollte man Volkswirtschaftslehre studieren? In der siebten Auflage seiner *Principles of Economics* widmet Gregory Mankiw das gesamte Vorwort eben jener Frage nach dem Sinn und Zweck einer ökonomischen Ausbildung:

»Why should you, as a student at the beginning of the 21st century, embark on the study of economics? There are three reasons.

The first reason to study economics is that it will help you *understand the world in which you live*. [...] The second reason to study economics is that it will make you a more *astute participant in the economy*. [...] The third reason to study economics is that it will give you a better understanding of both the potential and the limits of eco-

6 Keller/Schneider/Viehöver (2012); Bosančić (2016); Traue/Pfahl/Globisch (2017); Geimer (2012).

conomic policy. *Economic questions are always on the minds of policymakers in mayors' offices, governors' mansions, and the White House.* [...]

Thus, the principles of economics can be applied in many of life's situations. Whether the future finds you reading the newspaper, running a business, or sitting in the Oval Office, you will be glad that you studied economics.« (Mankiw 2015, S. xi; Hervorhebungen L.B.)

Fassen wir zusammen: Die Auseinandersetzung mit den »ökonomischen Prinzipien« ist unumgänglich, sowohl für jemand, der Fragen an das Funktionieren der ökonomischen Welt hat (1.), für einen aktiven Teilnehmer dieser ökonomischen Welt (2.), als auch schließlich für eine/n LenkerIn der Rahmenbedingungen dieser ökonomischen Welt (3.). Auf allen Ebenen scheint nur dann ein »verständiges« und »verantwortetes« Leben möglich, wenn ein ökonomisches Studium durchlaufen worden ist. Andersherum formuliert: »Ökonomisches« wirkt auf all diesen Ebenen, also scheint ein Wissen um die Funktionsweisen desselben auch für alle hier beschriebenen Bereiche relevant. Zu TrägerInnen dieses Wissens müssen schließlich auch alle hier durch Identitätsangebote angelegten Subjekte werden: WissenschaftlerInnen (1.), ökonomisch Handelnde (2.) und (lenkende) PolitikerInnen (3.).⁷

Samuelson und Nordhaus beschränken die Gründe für die Auseinandersetzung mit ihrem Lehrbuch vor dem Hintergrund einer solchen Universalität des Ökonomischen auf nur einen einzigen Grund:

»as we have come to realize, there is one overriding reason to learn the basic lessons of economics: All your life – from cradle to grave and beyond⁸ – you will run up against the brutal truths of economics.« (Samuelson/Nordhaus 2010, S. 3)

Diese Aussage wird schließlich noch verstärkt: »Of course, studying economics will not make you a genius. But without economics the dice of life are loaded against you« (Samuelson/Nordhaus 2010, S. 3). Ganz gleich, an welchem Ort oder zu welcher Zeit man lebt: die »brutalen Wahrheiten« der Ökonomie bilden einen unhintergehbaren Untergrund des Handelns, mit dem ein/e jede/r umzugehen hat. In unterschiedlichsten Situationen haben Menschen in ihrer Rolle als »Je-schon-Betroffene« ihr ganzes Leben lang mit Gesetzmäßigkeiten zu tun, die sie ignorieren und vergessen können, die dadurch jedoch niemals aufhören werden zu wirken. Wie durch eine unsichtbare Geisterhand gelenkt,

7 Wie sich zeigen wird, sind damit von Mankiw bereits »in a nutshell« alle gefundenen Deutungsmuster und Subjektpositionen eingeführt. Zu ihrer möglichen Synthese auf Musterebene siehe Kapitel 6.

8 Das Jenseits taucht in der deutschen Übersetzung nicht auf (vgl. Samuelson/Nordhaus 2007, S. 17). In einem wissenschaftstheoretischen Sinne geht es bei dem »beyond« um den Geltungsbereich ökonomischer Theorie. Wird ökonomischen Gesetzen eine metaphysische Qualität zugewiesen, so walten diese in allen denkbaren Sphären des Seins, also auch für ein mögliches Sein nach der »Bahre«. Zu den ontologischen Grundlagen ökonomischen Denkens vgl. Brodbeck (2011). Zu den religiösen Tendenzen, bzw. Hintergründen ökonomischen Denkens vgl. Held/Kubon-Gilke/Sturm (2007); Agamben (2014); Nelson (2001).

wirken ökonomische Gesetze unentwegt in der Sphäre menschlichen Handelns, gleich Naturgesetzen:

»Most of us make sensible decisions most of the time, without being consciously aware that we are weighing costs and benefits, just as most people ride a bike without being consciously aware of what keeps them from falling. Through trial and error, we gradually learn what kinds of choices tend to work best in different contexts, just as bicycle riders internalize the relevant laws of physics, usually without being conscious of them.« (Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 7)

Wer eine Kosten-Nutzen-Analyse im richtigen Kontext richtig anzuwenden weiß, der wird sich leichter tun, in seinem Lebensvollzug nicht ständig auf den Boden der Tatsachen zu fallen, sondern die verborgenen Mechanismen desselben zu verstehen und zu berücksichtigen. Ein paar Seiten später formulieren Frank, Bernanke und Johnston (mit Bezug auf eine weitere Naturwissenschaft, die Biologie) ein Versprechen um ein tief greifendes Verständnis der Funktionsweise »gewöhnlicher menschlicher Existenz«:

»Learning a few simple economic principles [...] enables us to see the mundane details of ordinary human existence in a new light. Whereas the uninitiated often fail even to notice these details, the economic naturalist not only sees them, but becomes actively engaged in the attempt to understand them.« (Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 17)

Foucault hat in seinen Vorlesungen zur »Geburt der Biopolitik« (Foucault 2006) herausgearbeitet, dass eine verborgene Welt von Gesetzmäßigkeiten und Funktionsweisen menschlichen Handelns als Legitimationsgrundlage für die schiere Existenz der Politischen Ökonomie als Wissenschaft konstitutiv war. Die Wirtschaftswissenschaften, so Foucault, taten sich in ihrer Entstehungsphase für Regierende als Ratgeber und Beschränker hervor; als ein Feld des Wissens, das die dem alltäglichen Auge verborgenen Wahrheiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens kennt:

»Es gibt eine Natur, die den Gegenständen des Regierungshandelns eigen ist. Es gibt eine Natur, die diesem Regierungshandeln selbst eignet, und die politische Ökonomie wird diese Natur erforschen. [...] Sie ist die andere Seite von etwas, dessen sichtbare Seite, sichtbar für die Regierenden, ihr eigenes Handeln ist. [...] So ist es beispielsweise ein Naturgesetz, erklären die Ökonomen, daß die Bevölkerung sich beispielsweise zu den höchsten Löhnen hin bewegt; es ist ein Naturgesetz, daß ein bestimmter Zollltarif, der die hohen Lebenshaltungskosten schützt, auf verhängnisvolle Weise so etwas wie einen Mangel oder Armut nach sich zieht.« (Foucault 2006, S. 33 f.)

Die Politische Ökonomie sieht also hinter jeder Form von »Regierungshandeln« einen zweiten Phänomenenbereich, gewissermaßen eine Gesetzesebene dieses Handelns. Diese kann man zwar nicht sehen, man kann sie aber mithilfe abstrakter Methoden erfassen. Es sind dies die Methoden der ÖkonomInnen. Durch ihre Fähigkeit, Wahres von Falschem

zu unterscheiden, gelangten diese alsbald in die Position, richtiges von falschem Handeln unterscheiden zu können; und zwar richtig in dem Sinne, dass tatsächliches Handeln mit den verborgenen Prinzipien in Einklang stehen (Foucault 2006, S. 33 f.). Wahrheit wurde so zum zentralen Kriterium richtigen Handelns. Und der spezifische Ort der Moderne, an dem um die Erkenntnis dieser Wahrheit gerungen wird, ist die Wissenschaft der Politischen Ökonomie. Mittlerweile zu einer Lehrbuchwissenschaft herangewachsen, sehen wir im 21. Jahrhundert, dass sie immer noch von diesem traditionsreichen Selbstverständnis zehrt. Heute bietet sie nicht (nur) den Regierenden, sondern jedem/r Interessierten einen Blick für die Gesetze menschlichen Handelns:

»We hope you will find that, in addition to being useful, economics is even a fascinating field. Generations of students, often to their surprise, have discovered how stimulating it is to look beneath the surface and understand the fundamental laws of economics.« (Samuelson/Nordhaus 2010, S. 3; Hervorhebung L.B.)

Der zentrale Sinn einer ökonomischen Ausbildung findet diesem Deutungsmuster gemäß seine Grundlage in der Existenz eines Phänomenenbereiches ökonomischer Gesetze, die im alltäglichen Leben schalten und walten. Das Deutungsmuster hat insofern eine starke klassifikatorische Seite, als dass diskursiv ein eigener Phänomenenbereich geschaffen wird, der die Erfahrung (und Beforschung) von Wirklichkeit maßgeblich verändert: Jeder gewöhnlichen Alltagserfahrung ist nun ein kausaler, gesetzesmäßiger Grund vorgeordnet, der mithilfe wirtschaftswissenschaftlicher Methoden erforscht werden kann. Diese Gesetze haben die Qualität raum- und zeitunabhängiger, d.h. unveränderlicher, Wahrheiten.⁹ Ökonomische WissenschaftlerInnen haben es in einer 250 Jahre währenden Tradition vermocht, diese Wahrheiten zu erkunden und festzuhalten. Das Destillat dieses Findungsprozesses wird nun in Form von Lehrbüchern auch Neulingen zur Verfügung gestellt. Ein Studium der Volkswirtschaftslehre ist deswegen sinnvoll, weil es ein Wissen um die wahren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bereithält. Ein bewusstes und wahrheitsgemäßes Leben, auch dies impliziert der universale Charakter ökonomischer Wahrheiten, kann nur derjenige führen, der die ökonomischen Prinzipien in Form einer abstrakten Denkweise erlernt hat. Als korrespondierendes Identitätsangebot wird

9 In dieser Qualität kommen sie nach der Einteilung von Grimm/Kapeller (2016, S. 18 f.) dem »apriorischen« (oder nach Albert (1963): »platonistischen«) Wahrheitsbegriff am nächsten. Gleichwohl sind sie stets an das Bild eines linearen Wissenschaftsstromes ökonomischen Denkens gekoppelt, einer kohärent-kumulativen Tradition (Kuhn 1996, S. 137 f.). Insofern liegt in der ökonomischen Lehrbuchwissenschaft m.E. ein Hybrid aus »apriorischen« und »kohärenztheoretischen« Wahrheitsverständnissen vor. Darüber hinaus, dies wird das Kapitel 5 zeigen, erhält der Wahrheitsbegriff unter Hinzunahme von Aspekten der Macht einen funktionalen Charakter. Diese dritte Facette ließe sich in der Einteilung von Grimmes/Kapeller wohl am ehesten unter der »performativen Wahrheit« verbuchen, wenngleich die Foucaultschen Reflexionen des Wahrheitsbegriffes darüber hinaus weisen. Die Grimmes-Kapellersche Klassifizierung sieht jedoch insbesondere keinen evidenzbasierten Begriff von Wahrheit vor, der für die Entwicklung eines wirklichkeitsorientierten und erfahrungsbasierten Wissenschaftsverständnisses jedoch maßgebliche Impulse liefern könnte (Masschelein 2010, S. 51; 2000, S. 606).

der/die ÖkonomIn (und nur er/sie!) eingeführt; diese/r ist im Besitz des genannten Wissensvorrates und er bildet gewissermaßen das personifizierte Zielbild des hier betroffenen Bildungsprozesses.

4 Muster zwei: Lerne, was sich lohnt!

Das nun folgende zweite Deutungsmuster lässt sich nicht nur aus den Inhalten ökonomischer Lehrbuchliteratur rekonstruieren, sondern ist maßgeblich auch in ihren Formen (also ihrem Aufbau, ihrer Gestaltung, etc.) zu finden. Darin verweist es auch auf die Eigenheiten anderer Formelemente des ökonomischen Studiums der Gegenwart (Curricula, Prüfungsmodalitäten, etc.). Diesen Doppelcharakter verhandle ich im Folgenden maßgeblich auf Grundlage expliziter Lehrbuchzitate selbst.

Das Lehrbuch von Gwartney et al. enthält ein eigenes Kapitel »Economics as a career«, in dem AbsolventInnen Jahresgehälter von 75.000 bis 90.000 US-Dollar in Aussicht gestellt werden (Gwartney et al. 2006, S. 2; siehe auch Miller 2012, S. 2.). Sinnvoll ist das Studium diesem Kapitel gemäß deswegen, weil es ein hohes (zukünftiges) Einkommen abzuwerfen in der Lage ist. Weitaus häufiger findet sich in den Lehrbüchern der Zwillingsgedanke zu dieser Einkommensbetrachtung: so erlaubt das Studium, negatives Einkommen (also Kosten) zu vermeiden. Schiller legt seinen LeserInnen diesen Gedanken unmittelbar nahe, indem er rät, noch die kleinste Studiensituation vor dem Hintergrund ihrer Opportunitätskosten zu erwägen:

»Even reading this book is costly. That cost is not measured in dollars and cents. The true (economic) cost is, instead, measured in terms of some alternative activity. What would you like to be doing right now? The more time you spend reading this book, the less time you have available for that alternative use of your time. The opportunity cost of reading this text is the best alternative use of your scarce time. [...] Hopefully, the benefits you get from studying will outweigh that cost. Otherwise this wouldn't be the best way to use your scarce time.« (Schiller 2008, S. 6)

In Bildungsangelegenheiten, so klingt es hier an, sind rationale Entscheidungen¹⁰ im obigen Sinne ebenso möglich, wie in allen anderen Lebensbereichen auch. Schließlich unterliegen auch sie den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Weil optimale Entscheidungen möglich sind und das Studium der Volkswirtschaftslehre Werkzeuge zur Herbeiführung solch optimaler Entscheidungen bereithält, wird sich dieses Studium »lohn«en. Mehr noch: Wer es versäumt, dieses Wissen (richtig) einzusetzen handelt nicht entscheidungs-

10 Wenn im Folgenden von »ökonomischem« und/oder »rationalem« Denken, Entscheiden oder Handeln die Rede ist, so ist damit stets die enge Definition Beckers gemeint, in der die Anwendung eines maximierenden Kalküls auf Grundlage einer feststehenden Präferenzordnung in einem je schon angenommenen Kontext einer kompetitiven Marktumgebung das spezifisch »ökonomische«, bzw. »rationale« anzeigt (Becker 1978, S. 4 f.). Dabei handelt es sich, intra- wie interdisziplinär betrachtet, um ein hochgradig selektives Verständnis von Ökonomie und Rationalität (Dürmeier/von Egan-Krieger/Peukert 2006; Maurer/Schimank 2011).

optimal und damit falsch. Somit wird maximal gewinnbringendes Handeln in den Rang einer Norm erhoben. Der Sinn des Studiums liegt diesem Deutungsmuster gemäß nicht mehr im Verständnis ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, sondern vielmehr in ihrer nutzbringenden Verwertung. Was für die Ingenieurwissenschaften zutrifft, gilt ebenso auch für die Wirtschaftswissenschaften: Wenn (ökonomische) Gesetze schon unabhängig von Raum und Zeit gelten und wir sie insofern auch nicht ändern können, so bleibt immer noch die Möglichkeit, sie uns wenigstens zunutze zu machen.¹¹ Und das Maß dieses Nutzens findet der/die angehende ÖkonomIn, in geldwertem Einkommen. Es zu steigern und/oder seine Verminderung zu vermeiden, lernt der Studierende der Volkswirtschaftslehre: »In the business world, the power of economic analysis can help you increase your competitive edge as an employee or as the owner of a business« (Miller 2012, S. 2).

Doch ist die Auseinandersetzung mit den Lehrbüchern nicht nur deswegen lohnend, weil diese ein rentables Wissen vermitteln. In einem weiteren Sinne ist sie auch deswegen lohnend, weil die Lehrbücher selbst bereits nach optimierenden Kriterien ausgestaltet wurden:

»Our textbook grew out of our conviction that students will learn far more if we attempt to cover much less. Our basic premise is that a small number of basic principles do most of the heavy lifting in economics, and that if we focus narrowly and repeatedly on those principles, students can actually master them in just a single semester.« (Frank/Bernkanke/Johnston 2013, S. vii)

Das Lehrbuch von Frank/Bernkanke/Johnston ist gerade deswegen so effizient, weil es sich auf die wichtigsten Gedanken beschränkt und damit das Wesentliche in weniger Zeit übermitteln kann. In dieser optimierten Form deutet sich ein wesentlicher Aspekt des hier beleuchteten Verwertungsmusters an, auf den ich mich im Folgenden fokussieren möchte, um erst gegen Ende des Kapitels wieder auf die Inhalte der Lehrbücher zurückzukommen.

So durchzieht und strukturiert ein spezifisches ökonomisches Denken im obigen Sinne das Feld ökonomischer Bildung über die Inhalte von Lehrbüchern hinaus an verschiedensten Stellen. Der Herstellungsprozess eines Lehrbuches selbst kann in diesem Sinne als von ökonomischen Leitsätzen geprägt beschrieben werden (Pinto 2007, insb. S. 108 ff.; Macgilchrist 2015). Die Vermittlung von Lehrbuchinhalten im Hörsaal wird wiederum begünstigt durch das Angebot ausgearbeiteter Powerpoint-Foliensätze, die der Lehrende nicht eigens entwickeln und damit wertvolle Forschungszeit opfern muss: »after a while, the marginal cost of preparing to teach a traditional principles class drops toward zero while the marginal cost of preparing to teach a social issues course remains relatively high« (Grimes 2009, S. 98; zitiert nach Kapeller/Ötsch 2010, S. 19). Als Lehrveranstaltung überhaupt angeboten wird demnach nur dasjenige, was in der Vorbereitung am wenigsten Kosten produziert. Die ökonomische Ordnung des Feldes zieht sich so-

11 In diesem Sinne knüpft das Deutungsmuster an ein traditionsreiches Motiv der ökonomischen Wissenschaft als Kunstlehre an (Jonas 1964, S. 13 ff.).

dann weiter bis in die Prüfungsformen. So sei es in der ökonomischen Bildung insbesondere aus Kostengründen angebracht, die Prüfungsform der Klausur zu wählen: »Multiple-choice tests are a staple of assessment in economics classes, especially in large enrollment introductory classes, where they are nearly mandated by cost considerations« (Becker 2000, S. 116). Der Kostenfaktor – die Größe der Einführungskurse – kann aber selbst bereits als kostenoptimal ermittelt bezeichnet werden:

»How many students are in your introductory economics class? Some classes have just 20 or so. Others average 35, 100, or 200 students. At some schools, introductory economics classes may have as many as 2,000 students. What size is best? If cost were no object, the best size might be a single student. [...] Why, then, do so many introductory classes still have hundreds of students? The simple reason is that costs do matter. [...] In choosing what size introductory economics course to offer, then, university administrators confront a classic economic trade-off.« (Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 3 f.)¹²

Miller unterstreicht die Nützlichkeit ökonomischer Prinzipien seinerseits am Beispiel der Ermittlung einer optimalen Lernzeit für Klausuren (Miller 2012, S. 2). Der sie umgebende Lernkontext wurde also nach denjenigen Prinzipien gestaltet, die VWL-Studierende im Rahmen ihrer Vorlesungen zu hören bekommen. Die Inhalte des Studiums werden dem adressierten Publikum somit unmittelbar am Beispiel seiner eigenen Studierenerfahrung nähergebracht. Der Modus der Diskursproduktion ist identisch mit den darin gemachten Erfahrungen und schließlich auch mit den darin vermittelten Diskursinhalten. Formen und Inhalte des VWL-Studiums scheinen deckungsgleich aufeinander zu liegen. Mehr noch: Die Formbeispiele belegen die Sinnhaftigkeit des inhaltlich zu Lernenden.

Das Deutungsmuster »Lernen, was sich lohnt« meint somit nicht nur, dass sich das Gelernte für Studierende lohnt (und formuliert entsprechende Handlungsempfehlungen). Eine effiziente Prozessgestaltung von Bildung lohnt sich letztlich *für alle* daran Beteiligten. In diesem Sinne muss der internationale Lehrbuchmarkt auch als ungemein profitables Feld in den Blick genommen werden. Nasar (1995) gibt alleine für den amerikanischen Markt an, dass auf ihm ca. 50 Mio. US-Dollar im Jahr eingespielt werden. Lehrbuchautoren wie Joseph Stiglitz (350.000 US-Dollar) oder Gregory Mankiw (1,4 Mio. US-Dollar) erhielten von ihren Verlagen bemerkenswerte Vorschüsse. Alleine das Lehrbuch von McConnell/Brue hatte im Zeitraum von 1962 bis 1995 jährliche Verkaufszahlen von 150.000 Exemplaren zu verzeichnen (ebd.). Dabei sind bei diesen Zahlen die Erlöse der internationalen Übersetzungen noch nicht einkalkuliert. Ökonomische Bildung scheint angesichts dieser Zahlen in erster Linie unter Verwertungs- und nur zweit-rangig unter Bildungs- oder Wissenschaftsaspekten interessant zu sein. Dieser Gedanke liegt etwa auch dem aus den USA stammenden Instrument sog. »Deans-Listen« zu-

12 Zur Beschreibung der Wirtschaftswissenschaften als »Massenfach« vgl. HRK 2016, S. 9. Mit derselben korreliert das Bild der Hochschule als »Massenuniversität« (Rüttgers 1997, S. 17165).

grunde. Wer durch exzellente Prüfungsleistungen einen Platz darauf ergattert, dem/der winken Unternehmengespräche und Praktika bis hin zu Jobangeboten. Durch solcherlei Arrangements wird ein direkter Eintausch gut benoteter ECTS-Punkte in ein hohes Einstiegsgehalt ermöglicht.

Woher aber stammt dieses ökonomisch begründete Verständnis von Bildungsprozessen? Wenden wir uns in einem nächsten Schritt den politischen und theoretischen Grundlagen gegenwärtiger akademischer Bildung in Europa zu.

Die Studiensituation hat sich für Studierende an europäischen Hochschulen mit der Verabschiedung der »Bologna-Erklärung« im Jahre 1999 durch 29 europäische BildungsministerInnen grundlegend verändert. Aus einer heterogenen Hochschullandschaft, die von unterschiedlichen Abschlüssen und Bildungskulturen geprägt war, sollte durch eine tiefgreifende Hochschulreform binnen elf Jahren ein einheitlicher europäischer Hochschulraum werden (Europäische Bildungsminister 1999). Die Bologna-Reform wirkt dabei im eigentlichen Wortsinn über eine Änderung der *Bildungsformen* (wenngleich in ihrem Zuge sicherlich auch Bildungsinhalte überholt wurden). Der Verwertungsgedanke hält Einzug ins europäische Hochschulsystem über die unternehmerische Ausgestaltung von Bildungsformen und -institutionen: über die einheitliche Systematisierung und Messbarmachung von Studiengängen, Hochschulen und ganzen Bildungsräumen. Um in einem rationalen Sinne bearbeitbar zu werden, wird es daher zur Notwendigkeit, das akademische System in Maß und Zahl zu bringen. Standardisierungen aller Art, vom ECTS-Punkt bis hin zu neuen Besoldungskategorien, werden in der Folge der Reform wie ein Netz über die europäischen Bildungssysteme geworfen, um sie in einheitlichen Kategorien vergleichbar zu machen. »Am Horizont des Weltmarktes für Bildung und Wissenschaft« (Friedrich 2001, S. 247) soll es dieses Raster erlauben, optimale Entscheidungen zu treffen. Diese spezifische Ausformung des Bildungswesens lässt sich als ihre »Ökonomisierung« umschreiben.¹³

Eine theoretische Schlüsselkategorie, die diesen Ökonomisierungsprozess mal implizit mal explizit prägt, ist die des »Humankapitals«. Ihre Rekapitulation soll nun dabei helfen, nicht nur das Reform-Muster des Bologna-Prozesses, sondern auch das in diesem Kapitel beleuchtete Deutungsmuster ökonomischer Lehrbuchliteratur zu verstehen. Der Begriff des Humankapitals spielt bei der Ausbildung des Europäischen Hochschulraumes und der Anpassung seiner Ausbildungsprogramme eine entscheidende Rolle (vgl. die oben genannten Dokumente des Reform-Diskurses). Was aber hat es mit diesem Begriff auf sich und welches Verständnis von Bildung ist ihm inhärent?

Der Begriff des Humankapitals entsteht im Rahmen des sich Ende der 1950er Jahre entwickelnden Forschungsprogramms der »Economics of Education«. Es wird maßgeblich von ÖkonomInnen der Universität von Chicago entworfen und ist damit den imperialen Bestrebungen der »Chicago School of Economics« zuzuordnen, die sich die Ausdehnung ökonomischer Analysewerkzeuge auf die Gesamtheit sozialer Phänomene zur Aufgabe gesetzt hat: »economics is an imperial science: it has been aggressive in address-

13 Für einen Überblick siehe Liesner (2014); Liesner/Sanders (2005); Maeße (2010); Faschingeder et al. (2005).

sing central problems in a considerable number of neighboring social disciplines, and without any invitations« (Stigler 1984, S. 311). Erstmals taucht der Begriff in einem Aufsatz von Jacob Mincer (1958) auf (Foucault 2006, S. 307). Er wird in der Folge zunächst von Theodore Schultz und Gary Becker aufgegriffen. Diese drei Chicagoer Ökonomen gelten daher als die Begründer der Humankapitaltheorie.

Ihr Ausgangspunkt war die Feststellung, dass der Begriff der »Arbeit« im ökonomischen Denken seit der Gründerzeit der Politischen Ökonomie Ende des 18. Jahrhunderts keine substantielle Durchleuchtung erfahren hat. So hätten ÖkonomInnen bislang Arbeit zwar durchaus als einen wesentlichen Faktor von Wohlstandsbildung erfasst, diesen jedoch erstens rein technisch als Variable für aufgebrauchte Arbeitsstunden und zweitens stiefmütterlich im Vergleich zu nicht-menschlichen Kapitalsorten (Land und physisches Kapital, wie bspw. Maschinen) behandelt (Schultz 1959, S. 110). Dieses Versäumnis ziehe sich von Smith über Marx bis hin zur keynesianischen Tradition und liege u.a. auch in einem verkürzten Kapitalbegriff begründet, der lediglich dasjenige Kapital berücksichtige, das auf Märkten zum Kauf und Verkauf angeboten werde (ebd., S. 111). Die Chicagoer Ökonomen stellen sich daher in die Tradition der 1906 formulierten Kapitaldefinition von Irving Fisher, nach der all dasjenige als Kapital bezeichnet wird, was ein zukünftiges Einkommen abzuwerfen in der Lage ist (Foucault 2006, S. 311 f.).

Das intellektuelle Versäumnis bisheriger ÖkonomInnen habe dazu geführt, dass ein Großteil individuellen und gesellschaftlichen Wohlstandes und dessen Triebkräfte nicht erkannt und damit auch nicht abgebildet würden. Der Faktor Arbeit sei nicht einfach nur eine Funktion aufgebrauchter Arbeitsstunden, vielmehr werde unablässig in die Qualität dieser Arbeit investiert, von Individuen selbst ebenso wie von Staaten und Unternehmen (Schultz 1960, S. 571). Die Wege der Investition in Humankapital sind dabei vielfältig: Bildung, Gesundheit, Mobilität oder Flexibilität, ebenso wie die Opportunitätskosten einer Ausbildung (während der Ausbildungszeit entgangene Löhne) und berufsbegleitende Ausbildungen beförderten täglich und weltweit die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit, ohne dass davon theoretische oder statistische Notiz genommen würde (Schultz 1961, S. 1). Schultz wagt es bereits in seinen ersten Papieren, die Größenordnung dieser bislang unbeachtet gebliebenen Quelle von Kapitalbildung in Höhe des nicht-menschlichen Kapitals einzuschätzen (ebd., S. 12). Der Mensch selbst wurde in seiner »Kapitalartigkeit« übersehen, so die einhellige Diagnose der »Economics of Education«.

Den Menschen selbst als Träger und Fürsorger seines eigenen Kapitals zu sehen, brachte vollkommen neue Denkwege mit sich. Zuvorderst wurden damit die klassischen Archetypen des Kapitalbesitzers, bzw. der Kapitalbesitzerin auf der einen Seite und des Arbeiters, der Arbeiterin auf der anderen obsolet: »Laborers have become capitalists not from a diffusion of the ownership of corporation stocks, as folklore would have it, but from the acquisition of knowledge and skill that have economic value« (ebd., S. 3.). ArbeiterInnen sind nunmehr ihre eigenen UnternehmerInnen, die ihre Kapitalbildung durch verschiedenste Entscheidungen optimieren können: Entscheide ich mich für diesen oder jenen Studiengang? Bringt mir ein Studium am Ende des Tages überhaupt mehr Einkommen ein? Steigert eine zweisprachige Erziehung meines Kindes dessen Humankapital? All diese Fragen werden im Rahmen der Humankapitaltheorie vor dem

Hintergrund der einen Frage verhandelt: Kann ich von einer Entscheidung eine Einkommenssteigerung¹⁴ erwarten?

Als Fragen einer ökonomischen Rationalität finden sie nicht im luftleeren, kostenlosen Raum statt, sondern unter der Rahmenbedingung einer Welt knapper Ressourcen (Becker 1962, S. 11). Die bedeutendste dieser knappen Ressourcen ist dabei die Zeit (Mincer 1958, S. 284). Jede Entscheidung wird in diesem Gedankenspiel zur Investition in sein/ihr eigenes Kapital oder – auch dies impliziert die Theorie – zur verpassten Investition (ebd.). Das ganze Leben wird somit zur Unternehmung, Menschen werden zu UnternehmerInnen ihrer selbst (vgl. nächstes Kapitel). Die wichtigste Investition, die sie als solche tätigen können, ist diejenige in ihre eigene Ausbildung:

»The time and effort of students may usefully be approached as follows: (1) Students study, which is work, and this work, among other things, helps create human capital. Students are not enjoying leisure when they study, nor are they engaged wholly in consumption; they are here viewed as ›self-employed‹ producers of capital.« (Schultz 1960, S. 573)

Mit der Humankapitaltheorie werden jegliche Bildungsbemühungen dem Zweck der ökonomischen Verwertbarkeit untergeordnet. Ziel von Bildung ist es, ein höheres Einkommen zu erreichen. Damit wird implizit das Feld der Pädagogik dem Feld der Ökonomie unter- oder eingeordnet. Folgerichtig verwendet Schultz den Begriff »human investment« synonym mit »education« (Schultz 1961, S. 4.). Was sich systematisch oder auf der individuellen Entscheidungsebene zeigt, tritt auch bei makroökonomischen Entscheidungen im Hinblick auf ein ganzes Bildungssystem zutage. Schulen und Hochschulen sind nicht mehr Teil eines Bildungswesens sondern einer »Bildungsökonomie«. Bildungsinstitutionen werden mit der Humankapitaltheorie zu Produktionsstätten. Ihre Produkte sind ausgebildete, d.h. mit Kompetenzen ausgestattete Menschen (Becker 1962, S. 25). Und wie jedes Produkt kennt auch das Produkt »qualifizierter Mitarbeiter« Produktionsfaktoren, durch das es zusammengesetzt wird:

»Ideally, we want a measure of the annual flow of the inputs employed for education. This flow consists of the services of teachers, librarians, and school administrators, of the annual factor costs of maintaining and operating the school plant, and of depreciation and interest.« (Schultz 1960, S. 577)

Humankapital wird jedoch nur insofern gebildet, als dass die erworbenen Fertigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verwertbar sind. Oder, um es in der Terminologie der vorliegenden Arbeit zu sagen: ›Sinnvoll‹ ist (ökonomische) Bildung nur dann, wenn das dort Er-

14 Gemeint ist das über die gesamte Lebensdauer aggregierte, reale Einkommen. Damit taucht auch die Frage einer optimalen Lebensdauer auf, die ebenfalls mithilfe ökonomischer Analyse zu lösen ist: »According to the economic approach, therefore, most (if not all!) deaths are to some extent ›suicides‹ in the sense that they could have been postponed if more resources had been invested in prolonging life« (Becker 1978, S. 9 f.).

lernte zu einer Steigerung eines zukünftigen Einkommens führt. (Ökonomische) Bildung erhält ihre Legitimation in der ökonomischen Verwertbarkeit des dort Erlernten. Bildung, die keinen »return on investment« verspricht, ist in der Perspektive der Humankapitaltheorie daher »sinnlos«. Diesem Verständnis konsequent folgend wird kulturelle Bildung als Konsum aufgefasst (Schultz 1961, S. 4). Makroökonomische Investitionen wiederum, so die Empfehlung, seien von öffentlicher und privater Seite so vorzunehmen, dass sie möglichst hohe Wachstumsraten der Wirtschaft erzeugen. Schultz erwähnt bereits 1960 die prinzipielle Möglichkeit, einen direkten Zusammenhang zwischen Humankapitalinvestitionen und Wirtschaftswachstum zu berechnen, damit auch prognostizieren und in der Folge schließlich eine optimale Investitionshöhe in Bildungsangelegenheiten angeben zu können (Schultz 1960, S. 583).¹⁵

Mittlerweile hat die Humankapitaltheorie in den großen Einführungswerken der Volkswirtschaftslehre einen festen Platz inne.¹⁶ Damit gehört sie zum festen Korpus ökonomischen Denkens, in den die Lehrbücher einzuführen pflegen. Krugman/Wells fassen den Begriff in eine prägnante Formel: »Human capital is the improvement in labor created by education and knowledge that is embodied in the workforce« (Krugman/Wells 2015, S. 544; vgl. auch Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 339). Gwartney et al. ehren Gary Becker gar mit einer Informationsbox (»outstanding economist«), in der sie auf dessen Verdienste um die Humankapitaltheorie hinweisen (Gwartney et al. 2006, S. 532.). Dass die Theorie einen direkten Bezug zu dem Kontext ihrer Vermittlung aufweist, deutet Mankiw in seinem Beispiel des Humankapitalisten »Studierender« an:

»Education, training, and experience are less tangible than lathes, bulldozers, and buildings, but human capital is like physical capital in many ways. Like physical capital, human capital raises a nation's ability to produce goods and services. Also like physical capital, human capital is a produced factor of production. Producing human capital requires inputs in the form of teachers, libraries, and student time. Indeed, students can be viewed as »workers« who have the important job of producing the human capital that will be used in future production.« (Mankiw 2015, S. 530)

Gwartney et al. sprechen ihre LeserInnen ganz explizit als rationale Akteure an, die vor ihrer Studienwahl eine Kosten-Nutzen-Analyse der verschiedenen Studienfächer unter-

15 Diese Gedanken werden später u.a. die Chicagoer Ökonomen Romer und Lucas dazu inspirieren, eine »endogene Wachstumstheorie« zu entwickeln, die eben jenen Zusammenhang zwischen Investitionen in Humankapital und dem Wachstum ganzer Wirtschaftsräume in den Blick nimmt.

16 So wird sie in der Regel in den Kapiteln zur Wachstumstheorie (McConnell/Brue/Flynn 2009, S. 10; Mankiw 2015, S. 527 ff.; Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 509 ff.; Gwartney et al. 2006, S. 352; Schiller 2008, S. 339 ff.; Krugman/Wells 2015, Kap. 24) und der Lohnbildung (Faktormarkt Arbeit) (McConnell/Brue/Flynn 2009, S. 283 f.; Samuelson/Nordhaus 2010, S. 339, 353 f., 361 f.; Mankiw 2015, Kap. 19-1b; Frank/Bernanke/Johnston et al. 2013, S. 339 ff.; Gwartney et al. 2006, S. 551 ff.; Schiller 2008, Kap. 16; Krugman/Wells 2015, S. 544 ff.) aufgegriffen. McConnell/Brue/Flynn (2009, S. 451 f.) verwenden das Konzept außerdem im Kontext der Ökonomik der Migration und der Entwicklungsökonomik (McConnell/Brue/Flynn 2009, Kap. 39; vgl. auch Schiller 2008, S. 742, 749).

nehmen und mahnen an: »A rational person will attend college only if the expected future benefits outweigh the current costs« (Gwartney et al. 2006, S. 532; vgl. auch Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. 510).

Die Rekonstruktion eines zweiten, inhaltlich angebotenen Deutungsmusters führte uns über eine Rekapitulation der formalen Rahmenbedingungen akademischer Bildung schließlich wieder in das diesbzgl. Kapitel von ökonomischer Lehrbuchliteratur zurück. All jenen Diskursfragmenten ist ein Motiv gemein, namentlich die Gerichtetheit von (ökonomischer) Bildung auf ökonomische Zwecke. Studierende der Volkswirtschaftslehre begegnen dem Deutungsmuster eines lohnenden Studiums sowohl in den Inhalten, wie auch in den Formen ihrer Ausbildung. Diese Korrespondenz von Inhalt und Form ernst nehmend, lässt sich das Feld auch als »ökonomisierte ökonomische Bildung« bezeichnen. Das korrespondierende Identitätsangebot zu diesem Deutungsmuster ist das des »unternehmerischen Selbst«; ein rationales Subjekt, das ökonomisches Grundlagenwissen dafür nutzbar macht einem unstillbaren Drang nach Kapitalmehrung (bzw. Einkommenssteigerung) nachzukommen. Dass dieser Drang quasi-naturgesetzlich *in ihm/ihr selbst* angelegt ist, lernt das Bildungssubjekt im Rahmen eines dritten Deutungsmusters.

5 Muster drei: Lerne, wer Du bist!

In Kapitel 3 sind wir bei der Suche nach der Begründung einer verwertenden Rationalität im Studium der Ökonomik auf theoretische Konzepte aus dieser Wissenschaft selbst gestoßen. Im Rahmen der »Economics of Education« wurde seit den späten 1950ern eine Theorie des Humankapitals entwickelt, welche seitdem tief in die Formen und Strukturen heutiger Bildungskontexte eingesickert ist. Ein entscheidendes Problem trägt diese Theorie seit ihrer Geburtsstunde in sich, welches uns schließlich zur Erhellung eines dritten Deutungsmusters ökonomischer Bildung führen wird.

Das »Problem« beginnt mit folgender, frühen Feststellung der Humankapitaltheoretiker: »Since it [human capital; Anm. L.B.] becomes an integral part of a person, it cannot be bought or sold or treated as property under our institutions« (Schultz 1960, S. 571). Eine Investition in diese neue Sorte von Kapital wird unmittelbar in die Person hinein »verpflanzt« (Becker 1962, S. 9), in welche investiert wird. Sie ist mit dieser gewissermaßen untrennbar verschränkt und kann nicht, wie beispielsweise eine Maschine, einfach wieder aus ihr »herausgenommen« und veräußert werden. Eine Verfügungsgewalt über die Investition besteht insofern nur für denjenigen, in den investiert wurde. Dritte besitzen diese Gewalt nur, sofern sie in Gesellschaften leben, in denen Sklaverei nicht unterbunden wird (Schultz 1959, S. 110; zur lehrbuchwissenschaftlichen Tradierung dieses Bildes vgl. Gwartney et al. 2006, S. 532). Die darin liegende ethische Fragestellung einmal außen vor lassend, stellt sich aus ökonomischer, bzw. präziser aus unternehmerischer Perspektive die Frage, ob sich eine Investition in einen anderen Menschen (oder gar die Jugend eines ganzen Landes) lohnt, wenn man in einem Staat lebt, der eine direkte Verfügungsgewalt über andere Menschen gesetzlich verbietet. In dieser Konstel-

lation tut sich eine Lücke auf und diese Lücke wird für den Investierenden zum Risiko (sofern er/sie nicht ausschließlich in sich selbst investiert). Es ist diese beispielhafte Lücke, eine Kontrolllücke, in der Foucault Fragen von Macht verortet. Ich möchte in diesem Kapitel auf Momente akademischer ökonomischer Bildung hinweisen, die sich bei genauerer Betrachtung als Formen oder, in der Terminologie Foucaults: als (diskursive) »Techniken und Technologien der Machtausübung« entpuppen.¹⁷

Macht ist in erster Linie ein produktives Phänomen. Sie wirkt nicht repressiv, sie engt nicht ein oder stützt zurecht, vielmehr entfaltet sie Bereiche und Rituale, innerhalb derer man sich bewegen kann (Foucault 1977, S. 250). Der für Foucault wichtigste dieser Bereiche ist das moderne Subjekt selbst. Das Dispositiv einer Selbstheit besitzt somit für machtanalytische Zugänge zur Moderne im Anschluss an Foucault konstitutiven Charakter: »Nicht die Macht, sondern das Subjekt ist deshalb das allgemeine Thema meiner Forschung« (Foucault 1987, S. 243; 2009; Rose 1998; Bröckling 2007, 2017). Die Produktion von Subjektivität (Subjektivierung) verläuft dabei primär über ein »wahres« Wissen von Subjektivität: ein Wissen um die Wahrheit seiner selbst, seinen »wahren Charakter«, sein »wahres Wesen«, seine »wahren Triebe«, seinen »wahren Kern«, sein »wahres Selbstbild«, seine »wahren Präferenzen«.

In Kapitel 3 haben wir die ökonomische Lehrbuchwissenschaft als eine Wissenschaft kennengelernt, die sich der Erforschung unverbrüchlicher Wahrheiten verschrieben sieht. Sozialen Gefügen liege eine Welt von Gesetzmäßigkeiten zugrunde, die der Mensch zwar nicht sehen, denen er sich jedoch in der Gestalt abstrakter Methoden nähern kann. Nun erhalten diese Wahrheiten als Identitätsangebote mit Foucault einen *produktiven* Charakter: Sie vermögen es, spezifische Bezugnahmen von Subjekten zu sich selbst und ihren Kontexten anzuleiten (Foucault 1978). Ausgerechnet die Politische Ökonomie identifiziert Foucault als diejenige Wissenschaft, die diese Art von Machtentfaltung und die für die Moderne tonangebenden Subjektivierungsangebote im Wesentlichen mit entwickelt hat (Foucault 2000, S. 49). Mit Verweis auf Friedrich A. Hayek benennt Foucault es als genuine Eigenschaft des Neoliberalismus amerikanischer (genauer: Chicagoer) Prägung, dass diese es vermocht hat, ökonomisch-wissenschaftliches Denken in den Rang eines »allgemeinen Denkstils« gehoben zu haben (Foucault 2006, S. 304 f.; vgl. dazu Hayek 1980, S. 100). Von den institutionellen Bedingungen einer solchen Einschätzung einmal abgesehen, scheint dies *inhaltlich* über eine maximale Entgrenzung neoliberal-ökonomischen Denkens erreicht:

»Die Ökonomie gilt nicht mehr als ein gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sie besteht vielmehr aus der Gesamtheit menschlichen Handelns, insofern dieses durch die Allokation knapper Ressourcen zu konkurrierenden Zielen gekennzeichnet ist [...] Im Mittelpunkt steht die Analyse menschlichen Handelns, das sich durch eine bestimmte, ihm eigene (ökonomische) Rationalität auszeichnet. Das Ökonomische ist in dieser Perspektive nicht ein fest umris-

17 Der einzige mir bekannte Versuch, das Feld der ökonomischen Lehrbuchwissenschaft mithilfe der Foucaultschen Gedanken zur Macht zu reflektieren, wurde von Zuidhof (2014) unternommen.

sener und eingegrenzter Bereich menschlicher Existenz, sondern umfasst prinzipiell alle Formen menschlichen Verhaltens.« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, S. 16)

Dieses Erbe ernst nehmend muss es nicht verwundern, dass auch heutige ökonomische Lehrbuchliteratur ein ökonomisches, von jeglichem sozialen Kontext entbundenes Subjektivierungsangebot bereithält, das – ob gewollt oder nicht – die Möglichkeit birgt, Handlungsfelder seiner LeserInnen zu beeinflussen.¹⁸ Damit scheint es geboten, ökonomische Lehrbücher als Medien der politischen Kommunikation zu betrachten und zu analysieren.¹⁹

Zum Zwecke der Führung (*gouvernement*) muss im Geführten eine bestimmte *mentalité* grundgelegt werden. Mankiw/Taylor bereiten die LeserInnen ihres Lehrbuches explizit auf diese Mentalitätsgrundlegung vor:

»Many of the concepts you will come across in this book are abstract. Abstract concepts are ones which are not concrete or real – they have no tangible qualities. We will talk about markets, efficiency, comparative advantage and equilibrium, for example, but it is not easy to physically see these concepts. There are also some concepts that are fundamental to the subject – if you master these concepts they act as a portal which enables you to think like an economist. Once you have mastered these concepts you will never think in the same way again and you will never look at an issue in the same way.« (Mankiw/Taylor 2014, S. 17)

Die Welt des ökonomischen Wissens liegt in »abstrakten Konzepten« vor, die die Funktion eines »Portals« innehaben. Geht man durch diese Konzepte hindurch, so wird man die Welt nie mehr mit gleichen Augen sehen (können). Mankiw/Taylor machen in der Folge deutlich, dass diese Erfahrung mit allem bislang Gedachten und Erfahrenen konfliktieren kann, ja muss. Diese Lernerfahrung sei »normal« (ebd.). Schließlich kommen Studierende währenddessen mit einer Welt in Berührung, die man »physisch« nicht se-

18 Ich werde im Folgenden auf die Foucaultschen Erörterungen zur Kontrollmacht beschränken. Gleichwohl ließen sich auch die disziplinartheoretischen Erwägungen Foucaults für das Phänomen ökonomischer Bildung fruchtbar machen. Zur Unterscheidung siehe Sternfeld 2009: Kap. 4. Dies gilt für alle von Foucault identifizierten Sozialtechnologien und –techniken der Disziplinar-macht: Hierarchien, Strafen und Prüfungen. Ihre Anwesenheit brächte durch die sanktionierenden Wirkungen womöglich eine signifikante Reduktion von verschiedenen Formen des konkreten Umgangs mit Subjektpositionen mit sich. Weiterhin ließe sich die zunehmende Digitalisierung ökonomischer Lehrangebote, in der der Lernende nicht nur als Subjekt, sondern auch als gläsernes »Objekt einer Information« (Foucault 1977, S. 257) erscheint durch die disziplinartheoretischen Möglichkeiten erhellen.

19 Von einigen LehrbuchautorInnen ist bekannt, dass sie ihre Bücher in einem politischen Kontext reflektieren: »Let those who will write the nation's laws if I can write its textbooks« (Barnett/Samuelson 2007, S. 143). Oder aber Mankiw: »In making these decisions [die Auswahl der Lehrbuchinhalte, Anm. L.B.], I am guided by the fact that, in introductory economics, the typical student is not a future economist but is a future voter. I include the topics that I believe are essential to help produce well-informed citizens« (Mankiw 2016, 170).

hen kann – es ist die Welt der untergründigen Gesetze des Sozialen, denen man sich nur mittels abstrakter Methoden nähern kann. Studierende werden dazu angeleitet, sich jene abstrakte Methoden anzueignen und althergebrachte, auf alltägliche Begriffe bezogene Deutungsmuster hinter sich zu lassen, die sie bisher zur Ausdeutung sozialer Phänomene herangezogen hatten: »The challenge, therefore, is to set aside that everyday understanding and think of the term or concept as economists do« (ebd.). Diesen Imperativ finden wir auch bei Samuelson/Nordhaus:

»Students enter the classroom with a wide range of backgrounds and with many pre-conceptions about how the world works. Our task is not to change student's values. Rather, we strive to help students understand enduring economic principles so that they may better be able to apply them – to make the world a better place for themselves, their families, and their communities.« (Samuelson/Nordhaus 2010, S. xx)

Oder aber bei Gwartney et al.:

»In economics you will learn a new and *powerful* way of thinking that might lead you to question some of your current views and to look at things in a different way. [...] economic analysis provides valuable insights about how the world *really* works. These insights, however, often conflict with commonly held beliefs about the way things ›ought‹ to work.« (Gwartney et al. 2006, S. 5, Hervorhebungen L.B.; vgl. auch Miller 2012, S. 5)

Ökonomische Bildung ist somit dann erfolgreich, wenn man die Welt durch sie mit neuen Augen zu sehen lernt, bzw. genauer: mit den Augen der ÖkonomInnen und nicht mehr mit den Augen dessen/derer, der/die sich ursprünglich für das Studium entschieden hatte. Wie aber denkt man dann über das ›Wirkliche‹ nach? Und insbesondere: Welche Subjektivität ist gemäß den Lehrbüchern die typische und eigentliche?

Studierende werden dazu angeleitet, die Welt durch die Brille eines *Selbstunternehmers* anzuschauen, welche ihren Archetyp im »homo oeconomicus« vorfindet (Foucault 2006, Vorl. 9; Bröckling 2007, S. 12). Wenngleich *keines* der untersuchten Lehrbücher diese ökonomische Anthropologie explizit erwähnt, bildet ihre spezifische *ratio* gewissermaßen einen Grundton des Genres. Frank/Bernanke/Johnston schaffen dafür eigens die Kunstfigur des »economic naturalist«:

»Our ultimate goal is to produce economic naturalists – people who see each human action as the result of an implicit or explicit cost-benefit calculation. The economic naturalist sees mundane details of ordinary existence in a new light and becomes actively engaged in the attempt to understand them.« (Frank/Bernanke/Johnston 2013, S. viii)

Der durch das Lehrbuch angeleitete Bildungsprozess erscheint hier nunmehr als ein Produktionsprozess, und zwar als ein Produktionsprozess einer bestimmten Form von Subjektivität, einer ökonomischen Subjektivität. Was dieses Subjekt Frank/Bernanke/Johnston gemäß tut, ist zu rechnen. In den verschiedensten Bereichen des alltäglichen Lebens

wägt es zwischen Kosten und Nutzen ab – und trifft demgemäß Entscheidungen zu seinen (eigenen) Gunsten. Miller weist darauf hin, dass die Universalität dieses ökonomischen Kalküls sich nicht nur auf verschiedene Lebensbereiche, sondern auch für verschiedene motivationale Strukturen, also das Innere des Menschen selbst erstreckt:

»Self-interest does not always mean increasing one's wealth measured in dollars and cents. We assume that individuals seek many goals, not just increased wealth measured in monetary terms. Thus, the self-interest part of our economic-person assumption includes goals relating to prestige, friendship, love, power, helping others, creating works of art, and many other matters.« (Miller 2012, S. 6; vgl. auch Gwartney et al. 2006, S. 5)

Studierende der Volkswirtschaftslehre werden im untersuchten Datensample anhand von unzähligen Beispielen, Übungsaufgaben und Bildinformationen dazu aufgerufen, ihr Leben als ökonomische Unternehmung und die darin gemachten Erfahrungen als Abbilder ökonomischer Gesetze zu verstehen: »Economics touches *every aspect of our lives* and the fundamental concepts which are introduced can be applied across a whole range of life experiences« (Mankiw/Taylor 2014, S. x; Hervorhebung L.B.). Ob in Fragen von Liebe, Macht oder Kunst, das ökonomische Lehrbuchwissen erlaubt in Anbetracht der Fülle an Entscheidungen, die das Leben birgt, immer eindeutige, richtige Entscheidungswege zu ermitteln. Eine kalkulierende *ratio* in verschiedenste Bereiche des Lebens zu tragen und darin immer wieder zur Anwendung zu bringen, wird damit auch zum wesentlichen didaktischen Moment ökonomischer Bildung. Am Ende soll das Bildungssubjekt dazu in der Lage sein, *sich selbst* auf der Grundlage der ihm gegebenen Identitätsangebote und korrespondierender Handlungsoptionen führen zu können. Hier zeigt sich, dass mit Subjektivierungsprozessen und -technologien immer auch ein Gefühl von Mächtigkeit einhergehen kann. Das seinen Denkmustern unterworfenen Subjekt gewinnt in und mit diesen an Sicherheit und Selbst-Bewusstsein (Schäfer 2004, S. 153).

Das Paradoxe an diesem ökonomischen Subjektivierungsprozess ist die Tatsache, dass es denjenigen/diejenige, der/die aus diesem Prozess entsteht, schon gibt. In der performativen Befolgung der ökonomisch-kalkulierenden Lösung realisiert oder verkörpert sich eine vormals abstrakte, konzeptionelle Wahrheit (Kap. 3). Der Subjektivierungsprozess produziert Subjekte, die immer schon existiert haben – jedoch bislang nur als »Realifikationen«, wie sie Bröckling treffend nennt (Bröckling 2007, S. 35 ff.). Die Eigenart des durch Lehrbücher angeleiteten Subjektivierungsprozesses reiht sich somit in das typische Merkmal neoliberaler Führungstechnik ein, die »darauf zielt, eine soziale Realität herzustellen, die [sie] zugleich als bereits existierend voraussetzt« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, S. 9). Das hier beleuchtete Deutungsmuster »Lerne, wer Du bist!« bietet ein Dispositiv an, das sich im Moment seiner Befolgung zugleich als wahr (verstanden im obigen Sinne) beweist. In diesem Sinne ist es ein »produktives Deutungsmuster«. Zuidhof (2014, S. 176 f.) reflektiert neoliberale ökonomische Bildung in Abgrenzung zur klassisch-liberalen in diesem Zusammenhang als »marktkonstruktivistisch«. Im Kontext ökonomischer Bildung kann man somit nicht nur lernen, wer man ist, sondern man

kann auch werden, wer man je schon ist. Obgleich man darin eine eigene Individualität auszubilden vermeint, ist derjenige, der man darin wird in dieser spezifischen Hinsicht identisch mit allen anderen, die in sozialer Resonanz das Diskursuniversum einer ökonomischen Subjektivität hervorbringen und darin leben.

6 Fazit

Wie bereits die letzten beiden Kapitel deutlich zeigten, bergen die hier gefundenen Deutungsmuster m.E. sehr wohl die Möglichkeit, sie durch eine »synchron(isierend)e story line« (Keller 2001, S. 133) miteinander zu verbinden. Das dadurch entstehende »Deutungsarrangement« (Keller 2011, S. 243), bzw. die synthetische Narration des ökonomischen Lehrbuchdiskurses könnte etwa mit der Etablierung eines nicht-erfahrbaren Reiches wahrer Gesetze des Sozialen (Muster 1) beginnen. Studierende erfahren sodann, dass diese Gesetze nicht fernab, sondern vielmehr in ihnen selbst schalten und walten (Muster 3). Der Inhalt dieser Gesetze und damit auch der Bildungssubjekte selbst ist ein rationales Denk- und Handlungsmodell, das in seiner ontologischen Gültigkeit zugleich einen imperativen Zug erhält und eine Dynamik individueller Geldvermehrung in gleichförmiger, sozialer Resonanz in Gang bringt (Muster 2 & 3).

Unabhängig von der Frage, welche Narration besonders sinnvoll erscheint, möchte ich an dieser Stelle hervorheben, dass der Diskurs dem betroffenen Publikum selbst keine Möglichkeit einräumt, eine solche Ausdeutung ihres Bildungsprozesses zu unternehmen. Zu den Eigenheiten des zuletzt beleuchteten Deutungsmusters gehört es schließlich, dass Subjekte zwar ein Wissen um die Inhalte eines bestimmten Subjektivierungsangebotes erhalten. Jedoch wird ihnen der *Prozess*, in dessen Kontext das Angebot unterbreitet wird gerade nicht bewusst gemacht. Dass jeder klassifizierende Akt »ein Vorgang der Entscheidung« ist und damit »jede Sprachliche Äußerung als ›Akt der Macht‹ verstanden werden kann, weil sie eine spezifische Wirklichkeit, einen bestimmten Begriff setzt und damit andere Möglichkeiten ausschließt« (Keller 2011, S. 244) wird dem Studierenden gerade nicht verdeutlicht. Zumindest von der einschlägigen Lehrbuchliteratur wird ihr Bewusstsein nicht auf die Tatsache gelenkt, dass sie im Rahmen ihres Studiums jemand werden und dieses Werden Gegenstand einer Entscheidung sein kann. In diesem Sinne wirkt der hier skizzierte Subjektivierungsprozess und das ihm inhärente Verständnis von Wissen manipulativ.²⁰ In diesem Zusammenhang belegen Arbeiten von Silja Graupe,

20 Ich verwende den Manipulationsbegriff einerseits in seiner Bedeutung des 18. Jahrhunderts, wo er die »geschickte Handhabung und Kunstgriffe« (Wirkus 1992, S. 931) in einem konkreten, handwerklichen Sinne meinte (lat. manus: Hand). In dem hier beleuchteten Kontext wären dies die »arrangierenden« und »steuernden« (ebd.) Kunstgriffe der Regierungskunst. Andererseits verwende ich ihn auch in der heute dominanten Interpretation als Steuerungstechnik fremder Menschen oder gar ganzer Gesellschaften: »Eine neue pejorative Perspektive in der Begriffsbildung entsteht durch die amerikanische Massenkommunikationsforschung (Bernays, Lazarsfeld, Lasswell) seit den zwanziger Jahren des 20. Jh. Hier werden psychologische Techniken der Steuerung und Kontrolle zur emotionalen Beeinflussung und gezielten Steuerung der Menschen in der Massengesellschaft

dass ausgewählte ökonomische Lehrbücher eine Vielzahl von sprachbasierten Techniken beinhalten, denen die Kognitionswissenschaften attestieren, dass sie die Emotionalität, Subjektivität und Wertebasis ihrer LeserInnen unter der Oberfläche ihres Bewusstseins zu verändern vermögen (Graupe 2017). Der Nachweis solcherlei Diskursstrategien muss insbesondere in Anbetracht der anzunehmenden öffentlichen Reichweite des ökonomischen Lehrbuchdiskurses und seiner potentiellen Wirkungen bis in »mehr oder weniger unbewusste Routinen, Körperpraxen und intime Körpererfahrungen hinein« (Keller 2011, S. 267) beunruhigen (vgl. Kapitel 2).

Ferner ist festzuhalten, dass das zuletzt genannte Deutungsmuster streng genommen gar nicht sinnstiftend wirken kann – zumindest nicht für jene, die den durch Lehrbücher angeleiteten Subjektivierungsprozess durchlaufen. So liegen die Zwecke des Bildungsgeschehens in diesem Fall außerhalb desselben. Studierende (und Lehrende) finden sich darin gerichtet auf Zwecke, an deren Entwicklung, Bewertung und Veränderung sie systematisch nicht beteiligt sind. Der Zweck gouvernementaler Machtprozesse scheint sich vielmehr in der selbstreferentiellen Ausweitung ihrer Wirkbereiche und der Steigerung ihrer Wirkungsgrade auszuschöpfen (Foucault 2000, S. 54). Da die Zweckmäßigkeit außerhalb des Bildungsgeschehens liegt, kann auch der Erfolg dieser Bildung nicht vom pädagogischen Ort oder Subjekt her beurteilt werden. Damit aber wächst die Gefahr einer Sinnentleerung von Lernen und Studium in ungeheurem Maße an. Schließlich spielen die Fragen, Vorstellungen und Ansprüche der Studierenden darin keine Rolle – oder allenfalls die eines Störfaktors.

Aber auch die Sinnangebote der anderen beiden hier rekonstruierten Deutungsmuster scheinen vor dem Hintergrund eines traditionellen Verständnisses von Bildung (Borsche 2015) fragwürdig. Weder das Reproduzieren je schon feststehender Wahrheiten, noch ein gewinnorientiertes Ausnutzen eines solchen Gelernten vermag Studierende dazu zu befähigen, bewusste Erkenntnishaltungen einzunehmen und eine kritische Urteilsfähigkeit auszubilden. Gerade die ist aber dringend gefragt, wenn die Gefahren von allzu festgefügten Welt- und Selbstverständnissen offenbar geworden sind. Nicht zuletzt die Ökonomisierungsforschung zeigt auf sehr eindrückliche Weise, welche Momente des kollektiven Scheiterns evoziert werden, wenn soziale und mitweltliche Prozesse exklusiv und unhinterfragt auf der Grundlage ökonomischer Kategorien und der ihnen innenwohnenden Rationalität vollzogen werden.²¹

Foucault selbst deutet in seinem Spätwerk einen Bildungsbegriff an, der in Anbetracht dieser Gefahren helfen mag. Eine gemeinsame Selbstüberwindung und eine Überwindung des gemeinen Selbsts, kann als die je schon ureigene Aufgabe von Bildung verstanden werden, im Sinne von *educere*: eine Hand anbieten, herauswinden, hinausführen (Foucault 2005, S. 134; zur bildungsphilosophischen Rezeption vgl. Masschelein 1996, 2010). So bieten Bildungsprozesse potenziell Zeit und Raum, das dispositive Erbe eines kulturellen Umraums wissenschaftlich zu durchwandern, um zumindest vorüber-

kritisch untersucht und mit dem Begriff Manipulation benannt« (ebd.).

21 Im Hinblick auf empirische Fallbeispiele in verschiedenen sozialen Kontexten vgl. Manzei/Schmiede (2014) (Gesundheitswesen), Faschingeder et al. (2005) (Bildung) und Akyel (2013) (Pietät).

gehend wieder einen Blick für das zu gewinnen, was jenseits aller Dispositive je schon zu uns spricht und verantwortet werden will. Um dem Denken in diesem Sinne wieder einen Dialogpartner geben zu können, scheint für die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart eine Anknüpfung an gegenstands- und wirklichkeitsorientierte Bildungs- und Wissenschaftsverständnisse von zentraler Bedeutung zu sein (Salin 1920; Graupe/Schwaetzer 2015; Masschelein/Wimmer 1996). Bildungsorte sollten eine Entscheidung zwischen diesen und anderen Formen des Umgangs mit der Wirklichkeit nicht vorwegnehmen, sondern vielmehr eine Entscheidungsfähigkeit zur Gestaltung von Selbst- und Weltverhältnissen ermöglichen. So kann die oben beschriebene Kontrolllücke der Humankapitaltheoretiker auch als Ort und Übungsfeld einer Freiheit begriffen werden, auf die echte Bildungsprozesse konstitutiv angewiesen sind. In ökonomisierten Gesellschaften der Gegenwart kann gerade und zuvorderst ökonomischer Bildung die Rolle beigemessen werden, soziale Leitkategorien einer historischen und vielperspektivischen Reflexion zuzuführen, um eine fragliche Gegenwart wieder verantworten zu lernen.

Literatur

- Agamben, G. (2014): Herrschaft und Herrlichkeit: zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung. Homo sacer, II.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Akyel, D. (2013): Die Ökonomisierung der Pietät: der Wandel des Bestattungsmarkts in Deutschland. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 76. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Albert, H. (1963): Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Betrachtung. In: Karrenberg, F./Hans, A. (Hrsg.): Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin: Duncker und Humblot., S. 45–76.
- Aslanbeigui, N./Naples, M.I. (Hrsg.) (1996): Rethinking Economic Principles: Critical Essays on Introductory Textbooks. Chicago: Irwin.
- Bäuerle, L. (2017): Die ökonomische Lehrbuchwissenschaft. Zum disziplinären Selbstverständnis der Volkswirtschaftslehre. In: momentum quarterly 6 (4), S. 251–269.
- Barnett, W. A./Samuelson, P. A. (2007): An Interview with Paul A. Samuelson. In: Barnett, W.A./Samuelson, P. A. (Hrsg.): Inside the economist's mind: conversations with eminent economists. Malden: Blackwell Pub, S. 143–164.
- Beckenbach, F./Daskalakis, M./Hofmann, D. (2016): Zur Pluralität der volkswirtschaftlichen Lehre in Deutschland: eine empirische Untersuchung des Lehrangebotes in den Grundlagenfächern und der Einstellung der Lehrenden. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Becker, G. S. (1962): Investment in Human Capital: A Theoretical Analysis. In: Journal of Political Economy 70(5 Part 2), S. 9–49.
- Becker, G. S. (1978): The Economic Approach to Human Behavior. Chicago: University of Chicago Press.
- Becker, W. E. (2000): Teaching Economics in the 21st Century. In: Journal of Economic Perspectives 14(1), S. 109–119.
- Borsche, T. (2015): ›Bildung‹ – Bemerkungen zu Geschichte und Aufgabe einer Idee. In: Coincidentia Beiheft 5, S. 27–37.
- Bosančić, S. (2016): Zur Untersuchung von Subjektivierungsweisen aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive. In: Bosančić, S./Keller, R. (Hrsg.): Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 95–119.

- Bröckling, U. (2007): Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U. (2017): Gute Hirten führen sanft: über Menschenregierungskünste. Berlin: Suhrkamp.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–40.
- Brodbeck, K.-H. (2011): Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie: Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften. 5. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Christensen, J. (2017): The Power of Economists within the State. Stanford: Stanford University Press.
- Dürmeier, T./von Egan-Krieger, T./Peukert, H. (Hrsg.) (2006): Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft: postautistische Ökonomik für eine pluralistische Wirtschaftslehre. Marburg: Metropolis.
- Elzinga, K. G. (1992): The Eleven Principles of Economics. In: Southern Economic Journal 58 (4), S. 861–879.
- Europäische Bildungsminister (1999): Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, http://media.ehea.info/file/Ministerial_conferences/04/1/1999_Bologna_Declaration_German_553041.pdf (Abruf 20.02.2018).
- Faschingeder, G./Leubolt, B./Lichtblau, P./Prausmüller, O./Schimmerl, J./Striedinger, A. (Hrsg.) (2005): Ökonomisierung der Bildung: Tendenzen, Strategien, Alternativen. Gesellschaft, Entwicklung, Politik 5. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Foucault, M. (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht: über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, H./Rabinow, P. (Hrsg.): Michel Foucault: jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt am Main: Athenäum, S. 243–264.
- Foucault, M. (1978/2000): Die Gouvernamentalität. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 41–67.
- Foucault, M. (2005): The hermeneutics of the subject: lectures at the Collège de France, 1981–1982. New York: Palgrave-Macmillan.
- Foucault, M. (1978/2006): Die Geburt der Biopolitik: Vorlesung am Collège de France, 1978 – 1979. Geschichte der Gouvernamentalität 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1982/2009): Die Regierung des Selbst und der anderen. Berlin: Suhrkamp.
- Frank, R. H./Bernanke, B./Johnston, L. (2013): Principles of economics. 5. Auflage. New York: McGraw-Hill Irwin.
- Friedrich, H. R. (2001): Vorträge der Jahre 1998–2000. Hochschulen im Wandel – Hochschulen im Wort 1. Wiesbaden: Fachhochschule.
- Geimer, A. (2012): Bildung als Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen und die dissoziative Aneignung von diskursiven Subjektfiguren in posttraditionellen Gesellschaften. In: Zeitschrift für Bildungsforschung 2(3), S. 229–242.
- Giraud, Y. (2014): Negotiating the ›Middle-of-the-Road‹ Position: Paul Samuelson, MIT, and the Politics of Textbook Writing, 1945–55. In: History of Political Economy 46 (Supplement 1), S. 134–152.
- Graupe, S. (2013): Ökonomische Bildung: Die geistige Monokultur der Wirtschaftswissenschaft und ihre Alternativen. In: Coincidentia – Zeitschrift für europäische Geistesgeschichte Beiheft 2, S. 139–165.
- Graupe, S. (2017): Beeinflussung und Manipulation in der ökonomischen Bildung – Hintergründe und Beispiele. FGW-Studie Neues ökonomisches Denken 5. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.
- Graupe, S./Schwaetzer, H. (Hrsg.) (2015): Bildung gestalten. Akademische Aufgaben der Gegenwart. Coincidentia, Beiheft 5. Bernkastel-Kues: Aschendorff.
- Grimes, P. W. (2009): Reflections on introductory course structures. In: Colander, D./McGoldrick K (Hrsg.): Educating economists. Cheltenham: Edward Elgar, S. 95–98.

- Grimm, C./Kapeller, J. (2016): Wahrheit und Ökonomie. Genealogie einer diffusen Beziehung. In: Kurswechsel 2016(1), S. 18–29.
- Gwartney, J. D./Stroup, R./Sobel, R. S./Macpherson, D. A. (2006): Economics: private and public choice. 11. Auflage. Mason: Thomson South-Western.
- Hayek, F. A. (1980): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1. Landsberg: verlag moderne industrie.
- Held, M./Kubon-Gilke, G./Sturn, R. (Hrsg.) (2007): Ökonomie und Religion. Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 6. Marburg: Metropolis.
- HRK (Hochschulrektorenkonferenz) (Hrsg.) (2016): Die Studiengangsphase in den Wirtschaftswissenschaften. Bonn: SZ-Druck & Verlagsservice GmbH, www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/HandreichungStudieneingangsphaseWiwi.pdf (Abruf 20.02.2018).
- Jonas, F. (1964): Das Selbstverständnis der ökonomischen Theorie. Berlin: Duncker und Humblot.
- Kapeller, J./Ötsch, W. O. (2010): Perpetuating the Failure: Economic Education and the Current Crisis. In: Journal of Social Science Education 9(2), S. 16–25.
- Keller, R. (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden: VS, S. 113–143.
- Keller, R. (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. Interdisziplinäre Diskursforschung. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2013): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Wiesbaden: VS, S. 27–68.
- Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W. (2012): Theorie und Empirie der Subjektivierung in der Diskursforschung. In: Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W., (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Wiesbaden: VS, S. 7–20.
- Klamer, A. (1990): The textbook presentation of economic discourse. In: Samuels W. J. (Hrsg.): Economics As Discourse. An Analysis of the Language of Economists. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 129–154.
- Klerides, E. (2010): Imagining the Textbook: Textbooks as Discourse and Genre. In: Journal of Educational Media, Memory, and Society 2(1), S. 31–54.
- Krugman, P./Wells, R. (2015): Economics. 4. Auflage. New York: Worth Publishers.
- Kuhn, T. S. (1962/1996): The structure of scientific revolutions. Chicago: University of Chicago Press.
- Liesner, A. (2014): Ökonomisierung der Hochschulen durch den Bologna-Prozess. In: Tremmel, J. (Hrsg.): Generationengerechte und nachhaltige Bildungspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 265–276.
- Liesner, A./Sanders, O. (2005): Bildung der Universität. Bielefeld: transcript.
- Lopus, J. S./Paringer, L. (2012): The principles of economics textbook: content coverage and usage. In: Hoyt, G./McGoldrick, K. (Hrsg.): International handbook on teaching and learning economics. Northampton: Edward Elgar, S. 296–303.
- Macgilchrist, F. (2015): Bildungsmedienverlage: Zur Ökonomisierung in der Schulbuchproduktion. In: Die deutsche Schule 1, S. 49–61.
- Maeße, J. (2010): Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses: zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms. Bielefeld: transcript.
- Maeße, J. (2013): Die Dialektik von Ökonomie, Diskurs und Regierung. Zur Einleitung. In: Maeße, J. (Hrsg.): Ökonomie, Diskurs, Regierung. Wiesbaden: VS, S. 9–32.
- Mankiw, G./Taylor, M. (2014): Economics. 3. Auflage. Andover: Cengage Learning.
- Mankiw, G. (2015): Principles of economics. 7. Auflage. Stamford, CT: Cengage Learning.
- Mankiw, G. (2016): The Tradeoff between Nuance and Clarity. In: Eastern Economic Journal 42(2), S. 169–170.
- Manzei, A./Schmiede, R. (Hrsg.) (2014): 20 Jahre Wettbewerb im Gesundheitswesen: theoretische und empirische Analysen zur Ökonomisierung von Medizin und Pflege. Wiesbaden: VS.
- Masschelein, J. (1996): Individualization, Singularization and E-Ducation (between Indifference and Responsibility). In: Studies in Philosophy and Education 15(1–2), S. 97–105.

- Masschelein, J. (2000): Can Education Still Be Critical? In: *Journal of the Philosophy of Education* 34(4), S. 603–616.
- Masschelein, J. (2010): E-Ducating the Gaze: The Idea of a Poor Pedagogy. In: *Ethics and Education* 5(1), S. 43–53.
- Masschelein, J./Wimmer, M. (1996): *Alterität, Pluralität, Gerechtigkeit: Randgänge der Pädagogik*. Studia paedagogica 21. Sankt Augustin: Academia Verlag.
- Maurer, A./Schimank, U. (Hrsg.) (2011): *Die Rationalitäten des Sozialen*. Wiesbaden: VS.
- McConnell, C./Brue, S./Flynn, S. (2009): *Economics*. 18. Auflage. Boston (u.a.): McGraw-Hill Irwin.
- Miller, R. (2012): *Economics today*. 16. Auflage. Boston: Pearson Addison-Wesley.
- Mincer, J. (1958): Investment in Human Capital and Personal Income Distribution. In: *Journal of Political Economy* 66(4), S. 281–302.
- Nasar, S. (1995): A Hard Act to Follow? Here Goes. *The New York Times*, 14. März 1995, Abschn. Business, www.nytimes.com/1995/03/14/business/a-hard-act-to-follow-here-goes.html (Abruf 20.02.2018).
- Nelson, R. H. (2001): *Economics as religion: from Samuelson to Chicago and beyond*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Ötsch, W.O./Pühringer, S./Hirte, K. (2018): *Netzwerke Des Marktes: Ordoliberalismus Als Politische Ökonomie*. Wiesbaden: VS.
- Olson, D. R. (1980): On the Language and Authority of Textbooks. In *Journal of Communication* 30(1), S. 186–196.
- Pahl, H. (2011): Textbook Economics: Zur Wissenschaftssoziologie eines wirtschaftswissenschaftlichen Genres. In: *PROKLA* 164(41), S. 369–387.
- Pinto, L. E. (2007): Textbook Publishing, Textbooks, and Democracy: A Case Study. In: *Journal of Thought* 42 (1&2), S. 99–121.
- Pühringer, S.; Bäuerle, L.; Engartner, T. (2017): Was denken (zukünftige) ÖkonomInnen? Einblicke in die politische und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit ökonomischen Denkens. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 66 (4): S 547–556.
- Rebhan, C. (2017): Einseitig oder plural? eine quantitative Analyse der wirtschaftswissenschaftlichen Einführungslehrbücher an deutschen Hochschulen. Marburg: Metropolis.
- Rose, N. (1998): *Inventing Our Selves: Psychology, Power and Personhood*. Cambridge Studies in the History of Psychology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rüttgers, J. (1997): Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 189. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 11. September 1997, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13189.pdf> (Abruf 20.02.2018).
- Salin, E. (1920): *Nationalökonomie als Wissenschaft*. Unveröffentlichtes Manuskript. UB Basel, NSB B 367.
- Samuelson, P.; Nordhaus, W. (2007): *Volkswirtschaftslehre: das internationale Standardwerk der Mikro- und Mikroökonomie*. 3. Auflage. Landsberg: mi-Fachverlag, Redline.
- Samuelson, P. (2010): *Economics*. 19. Auflage. Boston: McGraw-Hill Irwin.
- Schäfer, A. (2004): Macht – ein pädagogischer Grundbegriff? Überlegungen im Anschluss an die genealogischen Betrachtungen Foucaults. In: Ricken, N./Rieger-Ladich, M. (Hrsg.): *Michel Foucault: pädagogische Lektüren*. Wiesbaden: VS, S. 145–163.
- Schiller, B. (2008): *The economy today*. 11. Auflage. Boston: McGraw-Hill Irwin.
- Schmied-Knittel, I. (2013): Satanismus und rituelle Gewalt: Wissenssoziologische Analyse eines okkulten Gefahrendiskurses. In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 163–186.
- Schultz, T. W. (1959): Investment in Man: An Economist's View. In *Social Service Review* 33(2), S. 109–117.
- Schultz, T. W. (1960): Capital Formation by Education. In: *Journal of Political Economy* 68(6), S. 571–583.
- Schultz, T. W. (1961): Investment in Human Capital. In: *American Economic Review* 51(1) S. 1–17.

- Skousen, M. (1997): The Preseverance of Paul Samuelson's Economics. In: *Journal of Economic Perspectives* 11(2): S. 137–152.
- Smith, L. M. (2000): A Study of Paul A. Samuelson's Economics: Making Economics Accessible to Students. Dissertation. Palmerston North [NZ]: Massey University.
- Statistisches Bundesamt (2017): Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1 – endgültige Ergebnisse – Wintersemester 2016/2017, www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bildung-ForschungKultur/Hochschulen/StudierendeHochschulenEndg2110410177004.pdf?__blob=publicationFile (Abruf 20.02.2018).
- Sternfeld, N. (2009): Das pädagogische Unverhältnis: Lehren und Lernen bei Rancière, Gramsci und Foucault. Wien: Turia und Kant.
- Stigler, G. J. (1984): Economics: The Imperial Science? In: *The Scandinavian Journal of Economics* 86(3), S. 301–313.
- Traue, B./Pfahl, L./Globisch, C. (2017): Potentiale und Herausforderungen einer empirischen Subjektivierungsforschung. In: Lessenich, S. (Hrsg.): *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*, http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016 (Abruf 20.02.2018).
- van Treeck, T./Urban, J. (2016): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie*. Berlin: iRights Media.
- Wirkus, B. (1992): Manipulation. In: Ueding, G./Kalivoda, G./Robling, F.-H./Zinsmaier, T./Fröhlich, S. (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*. Band 5, L-Musi. Tübingen: Niemeyer, S. 930–945.
- Wrana, D. (2015): Zur Lokation von Sinn. Das Subjekt als Bedingung und Gegenstand von Diskursanalyse und qualitativer Forschung. In: Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Diskurs – Interpretation – Hermeneutik. Zeitschrift für Diskursforschung Beiheft 1*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 14–42.
- Zuidhof, P.-W. (2014): Thinking Like an Economist: The Neoliberal Politics of the Economics Textbook. In: *Review of Social Economy* 72(2), S. 157–185.

Anschrift:

Lukas Bäuerle (MA)
Cusanus Hochschule
Bahnhofstraße 5, 54470 Bernkastel-Kues
E-Mail: lukas.baeuerle@cusanus-hochschule.de

Review

Schellh h, J./Reichertz, J./Heins, V./
Flender, A. (Hrsg.) (2018):
Großerzählungen des Extremen.
Neue Rechte, Populismus, Islamismus,
»War on Terror«. Bielefeld: transcript.

Im Rahmen des weltweit erstarkenden Populismus und der nun schon lange anhaltenden Konjunktur der politischen Rechten trifft der von *Jennifer Schellh h, Jo Reichertz, Volker M. Heins* und *Armin Flender* herausgegebene Sammelband »Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror« fraglos den Nerv der Zeit. Derzeit werden seitens der Sozialwissenschaften zahlreiche Versuche unternommen, die politischen Verschiebungen erklärbar zu machen – in diesem Kontext mehrten sich auch die Tendenzen, den Phänomenbereich auf seine rhetorischen, kommunikativen, sprachlichen oder diskursiven Logiken und Gesetzmäßigkeiten hin zu untersuchen (zur grundlegenden Forderung vgl. Klärner/Kohlstruck 2006; ein aktuelles Beispiel ist sicherlich Leo/Steinbeis/Zorn 2017). In diesem Terrain ist auch der im transcript-Verlag neu erschienene Sammelband zu verorten: Er erhebt den Anspruch, durch die Untersuchung extremistischer »Großerzählungen« zum einen über Narrative des Extremen zu informieren, zum zweiten aber auch eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, inwiefern diese Narrative in die Leiterz hlungen der westlichen Welt eingeordnet werden können oder im Gegenteil von diesen abweichen.

Wie man an der allgemeinen Themenstellung schon sehen kann, wird der Begriff des »Extremen« hier sehr weit gefasst. Er beinhaltet die vier schon im Buchtitel genannten Komplexe »Neue Rechte«, »Populismus«, »Islamismus« und »War on Terror«, denen freilich fundamental unterschiedliche Untersuchungshorizonte zugrunde liegen: Während die Artikel über die Neue Rechte und den Populismus vorwiegend auf die Entwicklungen in Deutschland bezogen sind, widmen sich die Beiträge zum »Islamismus« und dem »War on Terror« in ihrer großen Mehrheit internationalen Dynamiken. Als nicht immer explizit benannter Tenor der einzelnen Abschnitte lässt

sich dabei die Wiederentstehung einer neuen, bipolar ausgerichteten Weltordnung zwischen dem »Westen« und dem »Osten« erkennen. Die Beiträge über den Islamismus und den War on Terror legen zumindest die Vermutung nahe, dass eine solche politische Neustrukturierung von beiden Seiten rhetorisch konstruiert und damit als eine Art »self-fulfilling prophecy« auch stabilisiert wird. Im Sammelband selbst ist diese Entwicklung mit den vorwiegend in Deutschland analysierten Tendenzen zur »Neuen Rechten« und dem »Populismus« leider kaum verknüpft. So vermisst man letztendlich eine Erklärung dafür, warum gerade diese vier Themenbereiche als die zentralen »Großerzählungen des Extremen« gewählt und in der Folge näher behandelt werden. Auf der anderen Seite kann diese Verbindung in möglichen Folgestudien ohne weiteres näher untersucht werden, da die insgesamt 14 Artikel des Bandes eine aufschlussreiche und vielseitige Sammlung unterschiedlichster Erkenntnisse zu den Rhetoriken des Extremen bieten. Lediglich der Komplex »Islamismus« f llt ansatzweise aus der Fragestellung heraus, die Herausbildungen von Extremismus in der westlichen Welt analytisch zu verfolgen und kritisch zu diskutieren. Vor allem der Beitrag von *Susanne Schröter* stellt in dieser Hinsicht eine zwar hochinteressante, aber schwer in Zusammenhang mit den anderen Artikeln zu setzende Studie über den »Dschihadismus« dar, da er kaum die Verbindung zu den Entwicklungen in der westlichen Welt offenbart. In den Artikeln von *Aladin El-Mafaalani* und *Jo Reichertz* wird dagegen sehr klar, dass die Rechtfertigungsstrategien und Feindkonstruktionen des fundamentalistischen Islams mitunter ein immanentes Problem des »Westens« sind.

In scharfem Gegensatz zu den Auseinandersetzungen über den Islamismus stehen die drei Artikel über die Neue Rechte von *Jennifer Schellh h*, *Daniel-Pascal Zorn* und *Thomas Pfeiffer*. Der Begriff der Neuen Rechten entstammt zentral einer vor allem in den 80er Jahren in Deutschland und Frankreich entbrannten Debatte, die eine Art »Neuerfindung« rechter Bewegungen konstatierte. Diese, so die vielfach untersuchte und durchaus evidente These, l se sich von dem langen Schatten des Nationalsozialismus ab und orientiere sich wieder an staats-theoretischen und bürgerlichen Grundlagen wie etwa der Theorie Carl Schmitts (zur Herkunft der Neuen Rechten siehe

beispielsweise Gessenharter 1998; dieser Zeit entstammen im Übrigen die meisten Artikel zur sogenannten Neuen Rechten). Auch bei aktuellen Phänomenen, wie etwa der bei Schellhöf und Pfeiffer gleichermaßen als Beispiel herangezogenen Identitären Bewegung (IB), lässt sich diese Rückbesinnung feststellen. Sie resultiert im ideologischen Muster des Ethnopluralismus, das vor allem von Zorn als eine wirkungsvolle rhetorische Absicherung gegen allzu leichte Angriffe der ›Normalität‹ dechiffriert wird, ohne indes dabei den ›rechten Kern‹ gänzlich zu verkaufen. Hier lässt sich eine diskursive Immunisierung erkennen, die durchaus als Re-Legitimierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder gar Gewalt verstanden werden kann. Die Beiträge konzentrieren sich vor allem auf Westeuropa, eine Verbindung zu den Entwicklungen in den USA oder in Osteuropa wäre sicherlich eine interessante Ergänzung.

Diese wird zentral im Komplex »War on Terror« behandelt, der drei Beiträge von *Volker M. Heins*, *Susanne Kirchhoff* und *Hanna Pfeifer*, sowie *Alexander Spencer* umfasst. Während sich die letzteren der Übernahme westlicher Deutungen seitens islamistischer Akteure widmen, behandeln Heins und Kirchhoff vorwiegend die von der US-amerikanischen Politik lancierte Erzählung des »War on Terror«. Sie wird als extremistisch gewertet, da sie eine stark manichäische Weltordnung suggeriert und fundamentale politische Konsequenzen nach sich zieht – eben auch die Legitimierung von Gewalt. Gerade in Bezug auf den Themenkomplex »Islamismus« kann man hier hervorragend sehen, inwiefern weltpolitisch eine dichotom organisierte rhetorische Zuspitzung erfolgt, die beidseitig gewalttätiges Handeln erlaubt, gar als notwendig erscheinen lässt. Es entsteht der Eindruck einer ähnlich zur Situation des Kalten Krieges strukturierten ideologischen Wieder-Aufladung, die in neuen stabilen »Blöcken« münden könnte.

In die gegenteilige Richtung freilich verweist der Themenkomplex »Populismus«, in dem eben die Loslösung der (rechten) Politik von derartigen ideologisch-starren Gebilden beobachtet wird. Die vier Artikel von *Armin Flender*, *Claus Leggewie*, *Paula Diehl* und *Florian Hartleb* diskutieren die Etablierung des Populismus vor allem in west-europäischen Staaten, wobei immer wieder die FPÖ Jörg Haiders (zur Entwicklung des österrei-

chischen Rechtspopulismus und den Zusammenhang mit dem europäischen Kontext vergleiche etwa Eismann 2002) als grundlegender Bezugspunkt genannt wird. Immer wieder stößt man dabei auf das paradoxe Verhältnis von Populismus und Demokratie, denn obgleich sich der Populismus als Demokratie-interne Bewegung inszeniert, beinhaltet er durchaus als un- oder gar antidemokratisch beschreibbare Tendenzen. In den Beiträgen wird der spannende Versuch unternommen, diese Widersprüchlichkeit aufzugreifen und eine mehr oder minder konsistente »Antwort« auf den Populismus zu geben – dabei wird allerdings kaum erkennbar, inwiefern die herausgestellte Entwicklung in Zusammenhang einerseits zum im ersten Abschnitt beobachteten Ethnopluralismus, andererseits zu den später thematisierten reziproken Komplexen »Islamismus« und »War on Terror« steht. Beispielsweise wird die im Rechtspopulismus stark vertretene Konzentration auf »den Islam« als Feindbild kaum thematisiert, obwohl dies ein interessantes verknüpfendes Argument zum zweiten Teil des Buches gewesen wäre.

Der fehlenden inhaltlichen Verbindung der beiden Teile über die »Neue Rechte« und den »Populismus« ist es vermutlich geschuldet, dass in den Artikeln immer wieder sehr grundlegende Definitionsversuche unternommen werden, wodurch die Beiträge zuweilen redundant erscheinen. *Jennifer Schellhöf* geht etwa in ihrem Artikel »Abgrenzung an allen Fronten« auf die Vorgeschichte des in der »Identitären Bewegung« manifestierten Ethnopluralismus ein, was in weiten Teilen in der Untersuchung »Wir lieben das Fremde – in der Fremde« von *Thomas Pfeiffer* wiederholt wird. Hier wünscht man sich, dass die Forschung systematischer und effektiver aufeinander aufbauen würde und gegebene Erkenntnisse häufiger als Diskussionsgrundlage annehmen würde, anstatt diese immer wieder erneut zu erarbeiten. So rückt das aufschlussreiche Resultat Pfeiffers, dass sich moderne ethnopluralistische Akteure des Arguments bedienen können, selbst Opfer rassistischer Angriffe seitens »gutmenschlicher« Universalisten oder Humanisten zu werden, fast schon in den Hintergrund. In Verknüpfung mit Schellhöfs Überlegungen zur »Identitären Bewegung« und ihrer Beobachtung, wie schwierig es die meisten modernen rechten Bewegungen haben, ideologische Gemeinsamkeiten zu finden,

bildet dies eine anschlussfähige Grundlage zur weiteren Verortung neuer rechter Organisationen und Parteien im politischen (vor allem auch: diskursiven) Kontext. Die paradoxe Grundlage des Ethnopluralismus beschreibt indes vor allem *Daniel Pascal Zorn* im Artikel »Ethnopluralismus als strategische Option« mithilfe eines komplexen philosophischen Ansatzes sehr detailliert und hintergründig. Er fasst den Ethnopluralismus als »dogmatischen Relativismus« auf, was freilich gerade aufgrund (und nicht: trotz!) der Widersprüchlichkeit Virulenz entfaltet; denn durch diese doppelte und sogar gegenläufige Positionierung schaffen es nach Zorn die Akteure dieser Bewegungen, rechte und linke Positionen zu vereinen und in allen möglichen politischen Provenienzen von der Linken über die Mitte bis zur Rechten Anschlussfähigkeit und damit Anziehungskraft für Wählerinnen und Wähler zu generieren. Zorn schildert, wie die rechten Organisationen durchaus mit strategischer Intentionalität inhaltliche Minimalkonsense formulieren, die sich erst durch die lautstarke (und selten wirklich durchdachte, da reflexhafte) Kritik der politischen Gegner wirksam verstärken und auch eine Breitenwirkung entfalten. Der konsequente Verzicht auf rassistische Argumente der Ethnopluralisten in Verbindung mit dem Narrativ eines »Großen Austauschs«, welches trotzdem die Türen öffnet für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, schafft hier ein enormes politisches Repräsentationspotential, das recht stichhaltig den durchgehenden Erfolg populistischer Parteien in vielen westlichen Wohlfahrtsstaaten, aber auch in immer mehr östlichen Ländern, erklären kann.

In den Artikeln über den Populismus wird diese Grundlage dann aber leider nicht mehr weiterverfolgt. Vielmehr setzen sich die Beiträge im Wesentlichen mit der Frage auseinander, in welchem Verhältnis der Populismus zum ihm (meistens) umgebenden System der freiheitlichen Demokratie steht. *Armin Flender* gibt dazu in »Populismus und Demokratie« einen kurzen historischen und sachlichen Überblick, wobei er schließlich den Populismus als »ugly twin« der Demokratie beschreibt. Zurecht weist er darauf hin, dass in der Demokratie die Grundstrukturen populistischen Handelns verankert sind, dass von populistischer Agitation jedoch erst dann gesprochen werden kann, wenn das zugrundeliegende Kollektiv eines »Volkes« überhöht und emotiona-

liert wird. Ein ähnlicher Grundgedanke findet man schon in den Anfängen der bundesdeutschen Rechtsextremismusforschung bei *Erwin Scheuch* (vgl. Scheuch/Klingemann 1967), der schon in den 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf die Normalität des Rechtsextremismus hingewiesen hat. Derartige Überlegungen wurden freilich damals von vielen Seiten als unzulässige Normalisierung, gar als Verharmlosung eines genuin pathologischen Phänomens kritisiert. Noch immer verwehren sich zahlreiche Forscherinnen und Forscher dem Gedanken, rechte und extreme politische Tendenzen als in irgendeiner Weise dem System immanent anzuerkennen und damit analytisch die Wechselwirkungen überhaupt erst in den Blick nehmen zu können – bezüglich des Populismus allerdings trifft man häufiger auf derartige Ansätze. *Claus Leggewie* behält etwa im Beitrag »Entkräftung und Widerstand« eine dezidiert kritische Perspektive bei, konstatiert gleichzeitig aber, dass der Populismus durchaus und mit gutem Grund als »Korrektiv« einer ihrerseits pathologischen Demokratie oder zumindest einzelnen pathologischen Entwicklungen innerhalb dieser begriffen werden kann. Als Kern der dem Populismus zugrundeliegenden Problematiken erkennt er eine »Pseudo-Vernünftigkeit« der Politik und eine signalisierte »Alternativlosigkeit«, gegen die populistische Parteien zurecht anzukämpfen bestrebt sind. Da dieser Kampf jedoch auf illegitime und teilweise nicht demokratische Weise stattfindet, entwickelt Leggewie gleichermaßen Gegenstrategien, die zwar den Populismus zu bekämpfen beabsichtigen, ihn dabei aber trotzdem als möglicherweise sogar heilsames Alarmsignal auffassen. Leggewies Fehlschluss besteht dabei in der Forderung, eine einheitliche und geschlossene Front gegen die AfD zu bilden, da trotz aller inhaltlicher Berechtigung diese dadurch erst die Chance bekommt, sich als Märtyrerin zu inszenieren. Populismus muss, wie man auch in *Florian Hartlebs* Artikel »Gibt es einen europäischen Kern des populistischen Diskurses?« sehen kann, als eine neue, teilweise progressive Gegenbewegung verstanden werden, die allerdings Demokratie-immanent ist und deshalb auch mit demokratischen Mitteln angegangen werden muss. In *Paula Diehls* Beitrag »Rechtspopulismus und Massenmedien« rückt die Aufmerksamkeit dabei auf die immensen Schwierigkeiten, die den Gegnern des Populismus hier aufgrund des Medienkompatibi-

lität des letzteren entgegenstehen. Durch die von den Populisten betriebene stringente Komplexitätsreduktion und die Ablehnung jeglicher Mediatoren zwischen »dem Volk« bzw. seinem »Willen« und der politischen Führung können klare und einfache Botschaften lanciert werden, ohne dass man sich dabei als undemokratisch identifizieren müsste. Im Gegenteil schaffen es Populisten dadurch, sich als genuin demokratisch zu positionieren und die antidemokratischen Bestrebungen in ihrer eigenen Bekämpfung zu identifizieren. Diehl vertritt die These, dass durch die populistischen Bewegungen insbesondere der letzten Jahre eine beispiellose Anschlussfähigkeit rechter Ideologien hergestellt wird – dieses Argument erscheint historisch kurzichtig, da kaum davon auszugehen ist, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten keinerlei rechte Gedanken in die Normalität westlicher Wohlfahrtsstaaten einschleichen hätten können. Viel eher sind es Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse, die klassisch rechten Ansätzen mehr und mehr den Boden unter den Füßen wegziehen.

Zwischen dem Abschnitt über den Populismus und dem über den Islamismus besteht im Sammelband ein inhaltlicher Bruch. *Jo Reichertz* geht in den einleitenden Bemerkungen »Die Erzählungen des Islamismus« auf Narrative ein, die eine fundamentalistische Grundhaltung in Bezug zur islamischen Religion wieder virulent werden lassen. Diese lässt sich sogar als ein Ausdruck einer individualisierten Jugend betrachten, die sich von der liberalen Vorgängergeneration abzulösen bestrebt ist; sie ist in diesem Sinne die »Speer Spitze« einer Rückkehr der Religionen. In seinem Artikel »Manche glauben, aber der Koran sagt...« stellt er eine detaillierte empirische Untersuchung von Koran-Predigern vor, die die Medien zur Verbreitung ihrer Inhalte nutzen. Reichertz untersuchte 250 Predigten und analysierte sie dabei auf verbindende Elemente und diskursive Erfolgsfaktoren. Einen ähnlichen Forschungsgegenstand behandelt *Susanne Schröter* im Artikel »Religiöse Rechtfertigungen des Dschihadismus«; darin wird deutlich, dass große Teile dieser Bewegung nicht zu unterschätzen sind, da sie intellektuell durchaus fundiert sind und ihre hohe Gewaltaffinität tatsächlich mit religiösen und kulturellen Traditionen begründen können. Um demnach dem Phänomen angemessen entgegenzutreten zu können, ist auch der Einbezug der theologischen

Dimension nötig. Eine dezidiert analytische Perspektive entwickelt *Aladin El-Mafaalani* im Beitrag »Protest, Provokation und Plausibilität« zum sich radikalisierenden Islamismus: Fernab der religiösen und kulturellen Verortung interpretiert er den Islamismus als Jugendbewegung und rückt damit die Aufmerksamkeit auf strukturelle Aspekte und auf Funktionslogiken, die habituelle Prägungen und kollektive Orientierungen bei jungen Menschen bewirken können. Der Salafismus bietet demnach gerade im westlichen Kontext eine wirkungsvolle Provokationsmöglichkeit, die durch klare Verhaltensweisen wie die Askese und die eindeutige ideologische Nostalgie leicht inszeniert werden kann. Junge Menschen erleben so eine starke und kompromisslose Religiosität als paradoxen Ausdruck einer Autonomie! Sogar das Tragen eines Kopftuches kann hierbei ironischerweise als Symbol der Freiheit angesehen werden, so der Autor. Die Konstruktion einer internen globalen »Opfergemeinschaft« im aktuellen Salafismus ermöglicht einen hohen Identifikationsgrad, der die weltweite Virulenz gut erklären kann.

Schließlich widmen sich die letzten drei Artikel des Bandes dem Narrativ »War on Terror«, und bieten so gewissermaßen das westliche Gegengewicht zum »Islamismus«. *Volker M. Heins* stellt im Beitrag »Der »War on Terror« als Schauergeschichte« das Narrativ als eine extreme Groß-erzählung vor, die große appellative Macht besitzt und eine stark manichäische Ordnung suggeriert. Im Anschluss daran geht *Susanne Kirchhoff* in ihrem Beitrag auf die denkbaren politischen Implikationen der Kriegsmetaphorik ein. In großer analytischer Detailgenauigkeit erläutert sie, inwiefern die Metapher einen Deutungsrahmen vorgibt und damit Handlungsspielräume eröffnet, beispielsweise die Betonung der Nation und die Sicherung der territorialen Souveränität, die gerade bezüglich der US-amerikanischen Regierung durchaus als Legitimationsstrategie angesehen werden kann. Die ebenfalls beobachtbare Metaphorik des »Verbrechens« kann als eine wirkungsvolle Alternative zur Kriegsmetapher gefasst werden, da sie ein verändertes Set politischer Handlungsweisen nach sich zieht – Kirchhoff beobachtet hierbei eine sukzessive Ablösung der Kriegs-Metapher. Nichtsdestoweniger ist durch die häufige Zuschreibung des »Kriegs« eine dauerhafte und stabile Angst vor dem Terror vorhan-

den; die übermäßig häufige Aktivierung des Frames macht einen stabilen großen Feind sichtbar und kann in diesem Sinne leicht politisch missbraucht werden. *Hanna Pfeifer* und *Alexander Spencer* schließlich widmen sich im Artikel »Krieg der Erzählungen« wieder dem östlichen Bereich, in dem sie den Dschihad im »Islamischen Staat« als ein Narrativ auffassen, das von westlichen romantisierenden Logiken beeinflusst ist. Auch hier liegt ein Ansatz vor, der die globale Anschlussfähigkeit einer ehemals räumlich begrenzten Religion zu erklären in der Lage ist.

Freilich leidet auch dieser Artikel unter dem Problem der unzureichenden inhaltlichen Verknüpfung der Artikel; die Fokussierung eines spezifischen Untersuchungsgebietes hätte sicherlich die analytische Konzentration auf Narrative stichhaltiger gemacht und die vier Bereiche besser miteinander in Zusammenhang bringen können. So ist der Sammelband schlussendlich als aufschlussreiche Informationsquelle für eine weltweite besorgniserregende Entwicklung zu verstehen, die durch eine intensivere Verknüpfung der einzelnen Untersuchungsgegenstände und -horizonte an Validität und Relevanz gewinnen könnte.

Literatur

- Eismann, W. (2002): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Wien: Czernin.
- Gessenharter, W. (1998): Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. In: Gessenharter, W./Fröchling, H. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen: Leske und Budrich.
- Klärner, A./Kohlstruck, M. (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Klärner, A./Kohlstruck, M. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburger Edition.
- Leo, P./Steinbeis, M./Zorn, D.-P. (2017): Mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Stuttgart: Klett-Cotta.

Scheuch, E./Klingemann, H. (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften.

Anschrift:

Max Makovec
Universität Augsburg
Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät
Universitätsstr. 10, 86159 Augsburg
maxmakovec@outlook.de

Lönnendonker, J. (2018):
Konstruktionen europäischer Identität.
Eine Analyse der Berichterstattung über
die Beitrittsverhandlungen mit der
Türkei 1959 bis 2004.
Köln: Herbert von Halem.

Die Frage des Türkeibeitritts zur europäischen Gemeinschaft ist ein Dauerbrenner im politischen und medialen Diskurs zur EU und ihrer Vorgängerinstitutionen. Die über die Zeit variierenden Antworten geben nicht nur Auskunft zum Image der Türkei in Europa, sondern sie spiegeln auch das Selbstverständnis der Europäer und dessen Veränderungen wider. Was in den 1950er Jahren noch aussah wie eine logische Erweiterung des damaligen europäischen Wirtschaftsraums, kollidiert heute mit politischen, kulturellen, aber auch geografischen Zuschreibungen europäischer Identität. Vor allem im deutschen Diskurs ist die Türkei zudem durch die zwielichtigen Notstandsgesetze der Präsidentschaft Erdogan, der Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel und die Posse um das Schmähdgedicht von Jan Böhmmermann in Konflikt mit dem Ideal einer europäischen Wertegemeinschaft geraten. Auf dem kurvenreichen Weg zwischen einstiger Nähe und aktueller Entfremdung liegen Militärdiktaturen, aber auch beachtliche Reformen in der Türkei und immer wieder Verhandlungsschritte sowie – auf Seiten der EU – die große Osterweiterung, zahlreiche Krisen und regelrechte Identitätserschütterungen etwa um Verfassungsreferenden, den Euro und die europäische Flüchtlingspolitik.

In ihrer 2004 begonnenen und 2016 an der TU Dortmund eingereichten, 672 Seiten starken Dissertation unternimmt es *Julia Lönnendonker*, die unendliche Geschichte türkisch-europäischer Beziehungen und Verhandlungen in der Langzeitperspektive nachzuvollziehen. Mit Blick auf den deutschen Mediendiskurs zwischen 1959 und 2004 verfolgt sie das Ziel, die mit Nähe und Distanz zur Türkei einhergehenden Identitätskonstruktionen zur EU detailliert zu untersuchen. Damit beschreitet *Julia Lönnendonker* keine ganz neuen Pfade. Im Gegenteil, die Themen europäische Identität (Díez Medrano 2003; Lichtenstein 2014) und europäische Öffentlichkeit (Koopmans/Statham 2010; Tobler 2010; Wessler et al. 2008) ziehen seit gut zwanzig Jahren die Auf-

merksamkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung auf sich. Auch die Debatte zum Türkeibeitritt wurde bereits mehrfach bearbeitet (Negrine et al. 2008; Schneeberger 2009; Walter 2008; Wimmel 2006) und dies durchaus in ähnlicher Methodik (v.a. Madeker 2008). Jürgen Gerhards (2008) hat sogar den Versuch unternommen, die Türkei über empirisch messbare kulturelle Faktoren von der EU abzugrenzen. Trotzdem gelingt es *Julia Lönnendonker*, eine neue Perspektive auf den Gegenstand einzunehmen und sich insbesondere von der Vielzahl international vergleichender, meist quantitativ angelegter Medienanalysen abzugrenzen. Im Vergleich zu anderen qualitativen Arbeiten besticht die Dissertation durch die besondere Tiefe der Analyse und den Umfang des untersuchten Materials. Die Arbeit beinhaltet eine ausführliche theoretische Diskussion sowie eine überwiegend qualitative Analyse deutscher Printmedien. Neben den Beziehungen zwischen der Türkei und der europäischen Gemeinschaft – verstanden als Sammelbegriff für EU, EG und EWG – reflektiert *Julia Lönnendonker* durchgängig auch das besondere deutsch-türkische Verhältnis.

Im Theorieteil ihrer Dissertation legt *Julia Lönnendonker* zunächst offen, welches Konzept europäischer Identität der Arbeit zugrunde liegt. Den Begriff versteht sie in einer konstruktivistischen Perspektive als stets im Plural existierend und sich dynamisch wandelnd. Analog zu Arbeiten, die Öffentlichkeits- und Identitätstheorie integrieren, bezieht sie europäische Identität auf inhaltliche Vorstellungen von der EU, die in öffentlichen und größtenteils medial vermittelten Diskursen in Sprecherkonkurrenz kollektiv verhandelt werden. Abgrenzungen zu Outgroups gelten in diesem Prozess als konstitutiv und tragen dazu bei, eigene Charakteristika und Grenzen zu definieren. Basierend auf diesem Identitätskonzept wählt *Julia Lönnendonker* die Türkei als »Beispiel eines potenziell Anderen (...) zur Rekonstruktion der Identitätszuschreibungen einer europäischen Identität« (S. 30).

Darauf aufbauend gibt *Julia Lönnendonker* einen Überblick zum kultur- und geschichtswissenschaftlichen Diskurs zur europäischen Identität sowie zur Geschichte der Beitrittsverhandlungen. Sie diskutiert dabei die weltpolitischen Rahmenbedingungen, in denen sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der europäi-

schen Gemeinschaft bzw. Deutschland entwickelt haben. Auf dieser Zeitreise lernt der Leser die historische Vielfalt europäischer Identitätszuschreibungen kennen und staunt zugleich über die Permanenz der türkischen Rolle als Identitätsmarker für die unterschiedlichen Ausprägungen europäischer Gemeinschaft – sei es als osmanische Gefahr für das christliche Europa, später als Partner im kapitalistischen Westblock oder als diktatorisches Gegenbild europäischer Demokratien. Bezogen auf den langen Verhandlungsprozess zur Mitgliedschaft der Türkei wird außerdem der Eindruck eines tragisch verpassten Beitritts gezeichnet. Es wird vor Augen geführt, wie die Verhandlungspartner Abkommen und Meilensteine ganz unterschiedlich interpretiert, wechselseitig Erwartungen geweckt und Hoffnungen enttäuscht haben – bis hin zur Kränkung der Türkei durch die Osterweiterung 2004.

In den folgenden Kapiteln (3–5) arbeitet Julia Lönnendonker den bereits in mehreren Arbeiten zu lesenden Kanon der sozialwissenschaftlichen Europaforschung ab. Sie setzt sich grundlegend mit den Begriffen Öffentlichkeit bzw. europäische Öffentlichkeit und öffentliche Meinung auseinander und referiert die Ebenenunterscheidung von Öffentlichkeit sowie den Forschungsstand zur Europäisierung nationaler Medien. Weiter setzt sich die Autorin mit der Kritik am Identitätskonzept auseinander und diskutiert unterschiedliche konzeptionelle Ansätze und Befunde in der Forschung zur europäischen Identität, wobei sie in guter Struktur sowohl Studien zur Makroebene öffentlicher Diskurse als auch zur Mikroebene der Individuen berücksichtigt. Identität und Öffentlichkeit, gemäß des Forenmodells von Neidhardt und Gerhards definiert als »ein zwischen Politik und Gesellschaft vermittelndes intermediäres System« (S. 75), versteht sie als notwendige Bedingungen für die Legitimation demokratisch verfasster Gemeinschaften. Den Rahmen für die theoretische Auseinandersetzung geben daher demokratietheoretische Überlegungen. Julia Lönnendonker differenziert aufwändig zwischen »liberalen«, »republikanisch-kommunitaristischen« und »deliberativen« Demokratiemodellen, die sich in ihren normativen Anforderungen unterscheiden und für die sie die theoretischen Annahmen und Befunde der Öffentlichkeits- und Identitätsforschung jeweils durchdekliniert. Die differenzierte Diskussion der Demokratiemodelle

ist für sich genommen informativ und schafft ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Arbeiten zur europäischen Öffentlichkeit und Identität. Der Gewinn für die eigene empirische Analyse ist aber kaum ersichtlich. Generell leidet die Theoriearbeit unter dem Anspruch auf Vollständigkeit und hätte noch stärker auf die Ziele der Arbeit und den empirischen Anwendungsfall hin verdichtet werden können. Das betrifft insbesondere den Exkurs zur empirischen Forschung über »deliberative Öffentlichkeitsmodelle« sowie die langen Ausführungen zum deutschen Mediensystem und zu normativen Funktionen von Medien, die ebenfalls für die drei Demokratiemodelle durchdiskutiert werden (Kapitel 4).

Im empirischen Teil der Arbeit untersucht Julia Lönnendonker mediale Diskurse zur Türkei als Prozesse gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen. Die methodische Vorgehensweise ist aufwändig und kombiniert mehrere Ansätze. Julia Lönnendonker führt eine wissenssoziologische, historisch vergleichende Diskursanalyse durch, die sich an hermeneutischen Verfahren orientiert. Kernstück der Arbeit ist eine qualitativ-induktive Inhaltsanalyse, die sich in Teilen an der Grounded Theory orientiert. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive innovativ ist die Ergänzung des Ansatzes um eine qualitative Metaphernanalyse. Zusätzlich werden Teile des Materials über Korrespondenz- und Clusteranalysen quantitativ ausgewertet. Die Analyse orientiert sich an zentralen Ereignissen in den Beitrittsbemühungen der Türkei zur europäischen Gemeinschaft und bezieht sich auf fünf Zeiträume zwischen 1959 und 2004. Untersuchungsobjekte sind fünf überregionale Qualitätszeitungen (Welt, FAZ, SZ, FR und ab 1987 die taz) sowie die Boulevardzeitung BILD und die Regionalzeitung WAZ. Alle relevanten methodischen Entscheidungen sind auf rund 100 Seiten transparent gemacht und begründet. Stellenweise entwickelt sich die Arbeit dabei erneut zum Lehrbuch, das betrifft etwa die ausführlichen Informationen zur Metaphernanalyse sowie zu den Qualitätskriterien der qualitativen Forschung. Darin, dass Teile des Materials im Dortmunder Institut für Zeitungsforschung aufwändig auf Mikrofilm gesichtet, kopiert und abgeschrieben werden mussten, wird das Problem der mangelnden Digitalisierung historischer Zeitungsbestände deutlich. Hier sind Investitionen dringend notwendig, da

sich daraus auch für andere historische Forschungen erheblich Hindernisse ergeben.

Die Befunde sind sehr sorgfältig und systematisch dargestellt und interpretiert. Für jeden Zeitraum erläutert Julia Lönnendonker nach einem kurzen Überblick zum Sample zunächst den politischen Hintergrund der Berichterstattung, bevor sie auf die Befunde der qualitativen Inhaltsanalyse eingeht. Sie bezieht sich dabei auf räumliche und inhaltliche Definitionen Europas, auf die Beziehung zwischen der Türkei und Europa sowie auf Zuschreibungen zur Identität der Türkei. Daran anschließend stellt sie die Befunde der Metaphernanalyse vor und gibt eine Zusammenfassung für den jeweiligen Zeitraum. Die Befunde werden dabei regelmäßig auf die politischen Rahmenbedingungen zurückgeführt.

Obwohl die Analyse keinen internationalen Vergleich beinhaltet, ermöglichen die Befunde ein tiefgehendes Verständnis der europäischen Debatte zum Türkeibeitritt. Sie decken Entwicklungslinien und Inkonsistenzen in der Debatte auf und lassen den Leser nachvollziehen, wie sich Identitätskonstruktionen, aber auch geografische Wahrnehmungen im Zusammenhang mit politischen Rahmenbedingungen verändern. Das betrifft zunächst das Raumkonzept Europa und dessen Grenzen. Während die Türkei zu Beginn der Analyse wie selbstverständlich zu einem Europa gezählt wird, das sich räumlich in der Konkurrenz der Wirtschaftsverbünde EWG und EFTA konstituiert, verengt sich der europäische Raum im Diskurs später auf das Institutionengefüge der EU und schließt die Türkei auch vom europäischen Kontinent aus. Dies spiegelt sich auch in den Metaphern zu Europa wider, in denen Europa zunächst ein gemeinsames Dach für die beiden Wirtschaftsverbünde und die Randstaaten bildet und später als ein Haus gezeichnet wird, an dessen Tür die Türkei anklopft und um Einlass bitten muss.

Inhaltlich wird die europäische Gemeinschaft zunächst als eine Wirtschaftsgemeinschaft gesehen, Ideen von Europa als eine politische Gemeinschaft oder eine Wertegemeinschaft werden erst spät prominent. Die Konjunktur der einzelnen Identitätszuschreibungen ist aber keineswegs gradlinig. Vielmehr bestätigen die Befunde die in früheren Arbeiten zur europäischen Identität festgestellte Kontextabhängigkeit von Identitätskonstruktionen. Dass sich dabei erst in jüngerer

Zeit relevante Unterschiede im publizistischen Spektrum zeigen, passt zu Befunden der europäischen Öffentlichkeitsforschung. Demnach war die deutsche Europapolitik noch in den 1990er Jahren kein publizistisches Streitthema und die EU hat erst nach der Jahrtausendwende eine Politisierung erfahren. Mit Blick auf die Türkei manifestieren sich die Unterschiede zwischen konservativer und links-liberaler Presse allerdings weniger als Konflikte zur Marktregulierung oder zur Verbindlichkeit der Integration, sondern sie beziehen sich auf Definitionen europäischer Werte und die These vom christlichen Europa.

Im Anschluss an die gelungene qualitative Analyse stellt Julia Lönnendonker die Befunde ihrer statistischen Korrespondenz- und Clusteranalysen vor. Die Verbindung des qualitativen mit dem quantitativen Verfahren liegt im Trend der »Digital Humanities« und ermöglicht Einblicke in Diskurskoalitionen, die Stabilität von Identitätsdeutungen und Verbindungen zwischen Sprechergruppen und bestimmten Ausdeutungen europäischer Identität. Wie Julia Lönnendonker selbst offenlegt, bringt die quantitative Auswertung qualitativ codierter Daten Unschärfen mit sich. Problematischer aber ist, dass in den durchaus aufwändigen Arbeitsschritten der vorangegangenen qualitativen Analyse kaum noch ein Erkenntnisgewinn hinzugefügt werden kann. Ähnlich wie die abschließende Rückführung der Befunde auf die theoretisch diskutierten Demokratiemodelle wirkt die quantitative Analyse wie ein nicht unbedingt notwendiger Kürlauf nach einer bereits glänzenden diskursanalytischen Demonstration.

Auch wenn nicht alle Abschnitte, Kapitel und Analyseschritte zwingend sind, überzeugt die Dissertation von Julia Lönnendonker insgesamt durch ihre Tiefe und die von der Autorin an den Tag gelegte Sorgfalt. Besonders hervorzuheben ist die Vielzahl liebevoll gestalteter Visualisierungen, die Kernbotschaften und Zusammenhänge in Theorie, Methode und in der Ergebnisdarstellung wunderbar veranschaulichen und begreifbar machen. Völlig zu Recht wurde die Arbeit mit dem Nachwuchspreis der DGPK Fachgruppe Kommunikationsgeschichte ausgezeichnet.

Im Jahr 2018, nach Erscheinen der Dissertation, scheint die Frage nach einem Beitritt der Türkei zur EU endgültig beantwortet. Zugespitzt: Ein islamisch geprägter, autokratisch regierter

Unrechtsstaat mit schwacher Wirtschaftsleistung, der geografisch außerhalb des europäischen Kontinents liegt, darf unmöglich Mitglied der EU werden. Die Arbeit von Julia Lönnendonker beweist jedoch, wie schnell sich die Perspektiven ändern können. Schließlich ist es auch umgekehrt kaum mehr vorstellbar, dass noch 2004, als Julia Lönnendonker ihr Thema aufgegriffen hat, die Zeichen auf einen nahen Beitritt standen. Mit Blick auf die Historie des Diskurses darf man also auch auf dem Tiefpunkt der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei getrost davon ausgehen, dass diese Geschichte noch längst nicht zu Ende erzählt ist. Aber auch in anderer Hinsicht hält die Dissertation für die EU Lehren bereit. Der Entfremdungsprozess zwischen der Türkei und der EU muss eine Warnung sein für aktuelle Assoziierungsbemühungen. Das gilt insbesondere für die Ukraine, die Beitritts Hoffnungen hegt und als Land auf der Schwelle zwischen der EU und Russland von Seiten der EU bislang eine strategisch-ambivalente Behandlung erfahren hat. Ähnlich wie die Türkei wird auch die Ukraine mit Abkommen gelockt und gleichzeitig auf Distanz gehalten. Mindestens in diesem Fall besteht daher das Potenzial, das Drama um die Türkei zu wiederholen.

Literatur

- Diez Medrano, J. (2003): *Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*. Princeton: Princeton University Press.
- Gerhards, J. (2005): *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden: VS.
- Koopmans, R./Statham, P. (Hrsg.) (2010): *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lichtenstein, D. (2014): *Europäische Identitäten. Eine vergleichende Untersuchung der Medienöffentlichkeiten ost- und westeuropäischer EU-Länder*. Konstanz: UVK.
- Madeker, E. (2008): *Türkei und europäische Identität. Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt*. Wiesbaden: VS.
- Negrine, R./Kejanlioglu, B./Aissaoui, R./Papathanassopoulos, S. (2008): *Turkey and the European Union. An Analysis of How the Press in Four Countries Covered Turkey's Bid for Accession in 2004*. In: *European Journal of Communication*, 23(1), 47–68.
- Schneeberger, A. (2009): *Constructing European Identity through Mediated Difference: A Content Analysis of Turkey's EU Accession Process in the British Press*. In: *Journal of Media and Communication* 1(1), 83–102.
- Tobler, S. (2010): *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa*. Wiesbaden: VS.
- Walter, J. (2008): *Die Türkei – das Ding auf der Schwelle. (De-)Konstruktionen der Grenzen Europas*. Wiesbaden: VS.
- Wessler, H./Peters, B./Brüggemann, M./Kleinen-von Königslöw, K./Sifft, S. (2008): *Transnationalization of Public Spheres*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Wimmel, A. (2006): *Transnationale Diskurse in Europa. Der Streit um den Türkei-Beitritt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*. Frankfurt am Main: Campus.

Anschrift:

Dr. Dennis Lichtenstein
 Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH
 Zentrum für Politische Kommunikation
 Am Seemooser Horn 20,
 88045 Friedrichshafen | Bodensee
 Dennis.Lichtenstein@zu.de

Summer School

›The Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD)‹

University of Augsburg, July 29-31, 2019

Organizers: Prof. Dr. Reiner Keller, Dr. Saša Bosančić, MA Matthias Roche

<http://kellersskad.blogspot.de>; <http://www.uni-augsburg.de/keller>

Following the success of the last two international workshops with participants from different countries spanning from Indonesia to Brazil, from Japan to the Netherlands, from Scotland to Poland and from Canada to Russia, there will be another introductory workshop in English on the Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD) at the University of Augsburg in 2019. The organizers invite novices as well as experienced academics from a wide range of disciplines, including but not limited to sociology, ethnology, political science, linguistics, psychology and educational science, to explore the potential of this approach to studying discourses in the context of their own projects and research.

Discourse Studies today cover a large field of approaches across the social sciences, ranging from work inspired by Foucault to Critical Discourse Analysis and through to hegemonic stability theory, corpus linguistics, and on to more interpretive approaches. SKAD is perhaps the most recent major approach to emerge in this field, drawing from Berger & Luckmann's sociology of knowledge, the interpretative paradigm in pragmatist sociology, and core Foucaultian concepts in the analysis of regimes of power/knowledge. In doing so, SKAD re-directs discourse research towards Foucaultian research interests about questions of social relationships of knowledge & knowing and politics of knowledge & knowing. Concerning itself with 'ways of doing', it uses elements of qualitative research design (like theoretical sampling, sequential analysis, analysis by contrasting cases, category building, discourse ethnography) and interpretative analytics.

Since the late 1990s, the Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD) has experienced considerable popularity in discourse research in Germany and several other countries. Today, it informs a large amount of discourse research and publications in the field of discourse studies. Workshops introducing theory, methodology and methods of SKAD research have been established in Germany for more than 15 years now. Workshops in French and English have followed suit in the last years

(e.g., in the United States, Switzerland, Austria, France, Denmark, Belgium, United Kingdom, Romania).

The Augsburg SKAD summer school builds on the broad interest in SKAD in international contexts. SKAD workshops address core issues of the concrete doing and practice of discourse research. It addresses colleagues from the Social Sciences and the Humanities who are interested in learning about SKAD and its particular profile within the field of discourse studies as well as in doing SKAD research/using SKAD methodologies in their own concrete work in the context of discourse research.

The workshop will discuss the following topics:

- SKAD: what is at stake when using SKAD in discourse research?
- SKAD theory: discourses – and how to conceptualize them
- Research questions and conceptual tools in SKAD
- The methodology of interpretative analytics
- Getting into the field: methods of data collection and analyzing data
- Getting out of the field: from data analysis to comprehensive diagnostics

During the workshop, small data sessions will be included, that is participants will work together on concrete data. Furthermore, participants may present their own research project and data, which will be discussed in a group setting.

Please visit **www.diskurswissenschaft.de** for up-to-date information and details concerning registration, venues, etc.



Die **Zeitschrift für Diskursforschung** ist die erste Fachzeitschrift, die der anhaltenden Konjunktur von sozialwissenschaftlicher Diskursforschung im deutschsprachigen Raum Rechnung trägt. Als interdisziplinäres Forum für discourse studies wird sie theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge aus den Sozialwissenschaften und angrenzenden Disziplinen veröffentlichen.

The Journal for Discourse Studies | Zeitschrift für Diskursforschung (ZfD) – is the first peer-reviewed academic journal to react to the ever rising importance of discourse research in social sciences in the German speaking countries. As an interdisciplinary forum for discourse studies, the journal includes theoretical, methodological as well as empirical articles from social sciences and neighboring disciplines.

Herausgeber/Editors: Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Beirat/Scientific Board: Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Peter A. Kraus, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

Redaktion/Editorial Office: Martin Blessinger, Sasa Bosancic, Christopher Schwitanski, Universität Augsburg, Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Keller), Postfach, 86135 Augsburg, E-Mail: [zfd\(at\)phil.uni-augsburg.de](mailto:zfd(at)phil.uni-augsburg.de), Tel. 0821/598-4071, www.uni-augsburg.de/zfd

ZfD – Regeln für die Einreichung der Manuskripte: Die ZfD unterliegt einem doppelten anonymen peer-review-Verfahren. Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden und sollten einen Gesamtumfang von 60 000 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Jedem Artikel ist ein Abstract sowohl in deutscher und englischer Sprache (inklusive der Übersetzung des Titels) im Umfang von 600-800 Zeichen beizufügen sowie 6-8 Keywords in beiden Sprachen. Das Manuskript ist anonymisiert und entsprechend der formalistischen Hinweise der ZfD einzureichen. Alle Regeln zur Einreichung der Manuskripte finden Sie auf der Homepage www.uni-augsburg.de/zfd

Manuscript submission: The Journal for discourse studies (ZFD) is a double reviewed journal. Manuscripts can be submitted in german an english language. The scope for submitted texts is 60.000 characters including space characters. Every article should be accompanied by an abstract in both German and English (and this should include a translation of the title). Abstracts should be between 600 and 800 keystrokes in length. The manuscript texts themselves should bear no indication of the name(s) of the author(s). Our general guidelines for submissions can be found at www.uni-augsburg.de/zfd

Verlag/Publisher: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

Anzeigen/Advertisement: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, 69441 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-386, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheftbestellungen/Subscription: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-330, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: medienservice@beltz.de

Bezugsbedingungen/Subscription: Jahresabonnement Euro 49,00, Studierende mit Studiennachweis Euro 35,00, Einzelheft Euro 29,95, jeweils zzgl. Versand. Der Gesamtbezugspreis (Abonnement zzgl. Versandkosten) ist preisgebunden. Jahresabonnement (3 Hefte). Das Kennenlernabo umfasst 2 Hefte zum Preis von Euro 29,95 inkl. Versand.

Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Jahresregister finden Sie auf www.beltz.de

Printed in Germany
ISSN 2195-867X



Christian Paulick

Eine Spurensuche anormaler Identität im Werk Michel Foucaults

Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft
und Sozialforschung

2018, 520 Seiten, broschiert, € 39,95 (441326)

Das Buch befragt das Denken Michel Foucaults nach der Idee anormaler Identität und bietet eine Neusystematisierung des foucaultschen Werkes in seiner aktuellen Gänze.



Almut Zwengel

Zusammenleben mit Zu- und Eingewanderten

Eine Einführung in die Migrationssoziologie

2018, 184 Seiten, broschiert, € 19,95 (44-2622)

Das Buch informiert über MigrantInnen in Deutschland, über Heterogenität und Benachteiligung. Aufgezeigt werden theoretische Zugänge zur Migration. Ebenfalls werden empirische Untersuchungen vorgestellt und aktuelle Herausforderungen durch die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen diskutiert.



Jürgen Ritsert

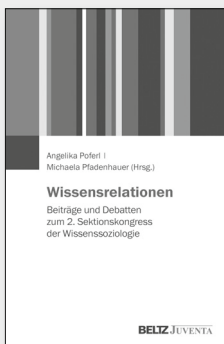
Summa Dialectica

Ein Lehrbuch zur Dialektik

Gesellschaftsforschung und Kritik

2017, 252 Seiten, broschiert, € 26,95 (44-3677)

Diese kompakte Einführung in das dialektische Denken geht vom Verhältnis zwischen Analytik und Dialektik in der Philosophiegeschichte aus und illustriert dialektisches Denken anhand von Argumentationsfiguren aus dem philosophischen Werk von Hegel.



Angelika Pöferl / Michaela Pfadenhauer (Hrsg.)

Wissensrelationen

Beiträge und Debatten zum
2. Sektionskongress der Wissenssoziologie

2018, 926 Seiten, Hardcover, € 68,- (44-3861)

Auch als **E-Book** erhältlich

Nach „Wissensrelationen“ zu fragen heißt, die soziologisch zentrale Kategorie des Wissens von ihren Rändern her aufzugreifen. Mit „Wissensrelationen“ werden die Beziehungen von Wissen zu jeweils anderen Formen der Weltwahrnehmung und Weltgegebenheit sowie die Grenzen von Wissen selbst in den Mittelpunkt gestellt.



Richard Münch

Der bildungsindustrielle Komplex

Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat

Neue Politische Ökonomie der Bildung

2018, 392 Seiten, broschiert, € 27,95 (44-3950)

Auch als **E-Book** erhältlich

Die weitgehende Ersetzung von Sozialpolitik durch Bildungspolitik führt zu einem gnadenlosen Wettbewerb um Bildungszertifikate, in letzter Konsequenz zu einem brutalen Sozialdarwinismus des survival of the fittest.



Stefan Joller

Skandal und Moral

Eine moralsoziologische Begründung der Skandalforschung

Edition Soziologie

2018, 248 Seiten, broschiert, € 34,95 (44-3927)

Auch als **E-Book** erhältlich

Skandale aktualisieren Moral und wer Skandale verstehen will, ist auf einen differenzierten Begriff der Moral angewiesen. Diese Leerstelle füllt der Band in Rückgriff auf eine Soziologie der Moral.

Der umfassende Blick auf die Interpretative Sozialforschung



Leila Akremi / Nina Baur /
Hubert Knoblauch / Boris Traue (Hrsg.)

Handbuch Interpretativ forschen

Reihe: Grundlagentexte Methoden

2018, 962 Seiten

Hardcover, € 49,95

ISBN 978-3-7799-3126-3

Auch als **E-Book** erhältlich

Bislang fehlte der Versuch, die übergreifenden Gemeinsamkeiten der etablierten und neueren Ansätze der Interpretativen Sozialforschung darzustellen, sie in ihrer methodischen Vorgehensweise anwendbar und in Form eines Handbuchs zugänglich zu machen. Das »Handbuch Interpretativ forschen« füllt diese Lücke und stellt etablierte und neuere Ansätze vor, zeigt die methodischen Vorgehensweisen und liefert auf diese Weise einen einzigartigen Überblick.

Aus dem Inhalt:

- Theorie und Empirie der Interpretativität in der qualitativen Sozialforschung
- Theorie und Empirie der Interpretativität in der quantitativen Sozialforschung
- Analyse kultureller und struktureller Ordnungen
- Rekonstruktion von Handlungsprozessen und -produkten
- Untersuchung der Medialität und Materialität von Gesellschaften
- Methoden zur Erfassung langfristigen sozialen Wandels